

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:

Jürgen Jakob Becker

Nina George

Claudia Hamm

André Hansen

Bodo Pieroth

und viele andere

HerrenbergDas sogenannte Herrenberg-Urteil sorgt für Aufregung im Kultursektor. Ein genauerer Blick auf die Situation lohnt sich. **Seite 3****Gefahren der KI**Das Thema künstliche Intelligenz beschäftigt Schriftsteller und Übersetzer, aber auch die ganze Kulturbranche. **Seite 4, 5 und 12****Reform-Tagebuch**Hermann Parzingers neue Kolumne über die Strategie zur Umsetzung künftiger Strukturen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz. **Seite 6****Gegen das Schweigen**Das Berliner Ensemble mit Veranstaltungen, in denen unterschiedliche Positionen zu Wort kommen und gehört werden. **Seite 8**

Worst Case

In den kommenden Monaten stehen in neun Bundesländern Kommunalwahlen und die Wahl zum Europäischen Parlament an. Im September folgen dann noch drei Landtagswahlen. Den Wahlmarathon startet am 26. Mai Thüringen. Zur Wahl stehen die Oberbürgermeister der fünf kreisfreien Städte Erfurt, Jena, Gera, Weimar und Suhl, die Oberbürgermeister der kreisangehörigen Städte Eisenach, Mühlhausen, Altenburg, Gotha und Ilmenau, 13 der 17 Thüringer Landräte, 63 hauptamtliche und 19 ehrenamtliche Bürgermeister. Die Mitglieder aller 17 Thüringer Kreistage. Die meisten Mitglieder der Gemeinde- und Stadträte und viele Ortsteilbürgermeister sowie Ortsteilratsmitglieder.

Für den Kulturbereich sind die Kommunalwahlen die vielleicht wichtigsten Wahlen überhaupt, denn auf der kommunalen Ebene wird entschieden, wie viel Geld dem Theater, dem Museum, der Bibliothek oder der Musikschule am Ort zur Verfügung gestellt wird und wer die Einrichtung leitet. Das kulturelle Leben findet zu einem großen Teil auf der kommunalen Ebene statt, hier leben und arbeiten die Künstlerinnen und Künstler, hier ist das kulturelle Angebot der Kultureinrichtungen und kulturellen Bildungseinrichtungen verortet. Hier finden der kulturelle Austausch und die Auseinandersetzung über das kulturelle Geschehen statt. Hier passieren auch die kleinen oder großen kulturellen Aufreger. Hier wird über zu viel Freizügigkeit im Theater oder auch über zu spießige Inszenierungen gestritten. Deshalb sind die Wahlen in den Städten und Gemeinden für uns so wichtig.

Nicht nur in Thüringen müssen wir uns auf den Worst Case vorbereiten. Rechtsextreme werden bei den Wahlen in diesem Jahr an wichtige Schaltstellen, gerade in Kommunen, gewählt werden. Bürgermeister und Landräte, nicht nur in Thüringen, werden voraussichtlich in viel zu vielen Fällen von der AfD gestellt werden. In den Kreistagen, Gemeinde- und Stadträten wird der Einfluss der Rechtsextremen höchstwahrscheinlich deutlich wachsen. Die Leitungen von Kultureinrichtungen, die in kommunaler Trägerschaft sind, müssen mit Verantwortlichen für Organisation und Personal in der Verwaltung, wie Landräten und Bürgermeistern, umgehen, auch wenn diese einer rechtsextremen Partei angehören. Sie müssen auch mit den gewählten Ratsvertretern ein Arbeitsverhältnis finden. Das ist für viele von uns Neuland und eine persönliche Überwindung. Doch wir müssen uns dieser Herausforderung stellen. Der Deutsche Kulturrat hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, wählen zu gehen und die demokratischen Parteien zu wählen! Noch haben wir es in der Hand, ob die Freiheit der Kunst erhalten werden kann. In Thüringen und überall, wo in diesem Jahr gewählt wird.

Olaf Zimmermann,
Herausgeber von
Politik & Kultur



Wo brennt's?

Kulturpolitik in der Kommune. Seiten 15 bis 27



FOTO: ADOBE STOCK/BLUELIGHT

Die große Freiheit der Kunst

Über die Auslegung von Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes

BODO PIEROTH

Die Kunstfreiheit des Art. 5 Abs. 3 GG ist ein schöner Indikator für das große Maß an Freiheit, das heute in Deutschland unter dem Regime des Grundgesetzes herrscht. Nachdem die Freiheit der Kunst 1919 in der Weimarer Verfassung überhaupt das erste Mal in der deutschen Verfassungsgeschichte gewährleistet wurde, weil »früher unfreie Zustände« geherrscht hatten, hat der Parlamentarische Rat 1949 die Kunstfreiheit nicht nur übernommen, sondern auch noch verstärkt: Zum einen gelten alle Grundrechte nicht nur als Programmsätze, sondern »binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht«. Zum andern ist die Kunstfreiheit ohne eine Ermächtigung zu einschränkenden Gesetzen, also »vorbehaltlos« gewährleistet.

Zwar ist der Wortlaut des Art. 5 Abs. 3 GG seither unverändert geblieben. Aber Verfassungsrecht ändert sich nicht allein durch die Änderungen des Verfassungstextes. Die Veränderungen der geschichtlichen sozialen Wirklichkeit lassen das Verfassungsrecht nicht unberührt. Dieser Verfassungswandel realisiert sich vor allem in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das letztinstanzlich über das Verständnis des geltenden Verfassungsrechts entscheidet und dessen Entscheidungen nicht nur die Exekutive und Judikative binden, sondern in bestimmten Fällen sogar Gesetzeskraft haben. Und das Bundesverfassungsgericht hat die Wirkkraft und Bedeutung der Kunstfreiheit weiter ausgebaut.

Dabei hat die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Kunstfreiheit teil an den zusätzlichen Funktionen oder Dimensionen der Grundrechte: Erstens gelten die Grundrechte nicht nur im Verhältnis zwischen dem Einzelnen und dem Staat, sondern grundsätzlich, wenn auch abgeschwächt, im Verhältnis zwischen den Einzelnen untereinander; man spricht von mittelbarer Drittwirkung oder Ausstrahlung der Grundrechte. Damit wird darauf reagiert, dass Gefahren für die Freiheit und Gleichheit der Menschen im modernen hochkomplexen, industrialisierten, globalisierten und digitalisierten Staat

nicht nur von diesem, sondern auch von privater wirtschaftlicher und sozialer Macht ausgehen. Zweitens wirken die Grundrechte auf die Auslegung und Anwendung des einfachen Rechts in der Weise ein, dass die Spielräume der Auslegung zur Erzielung eines verfassungsgemäßen Ergebnisses genutzt werden müssen; das nennt man verfassungs- oder grundrechtskonforme Auslegung. Zugunsten der Freiheit wirkt sich hierbei häufig der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit aus. Drittens gebieten die Grundrechte grundsätzlich, dass der Staat nicht nur Eingriffe unterlässt, sondern auch bei bestimmten Gefahren zum Schutz der Grundrechte tätig wird; das begründet Teilhabe-, Leistungs- und Schutzrechte des Einzelnen gegen den Staat.

Die Grundrechte gelten nicht nur im Verhältnis zwischen dem Einzelnen und dem Staat, sondern auch im Verhältnis der Einzelnen untereinander

Das bedeutet für die Kunstfreiheit: Erstens wird der Schutzbereich sachlich sehr weit verstanden. Nach dem sogenannten offenen Kunstbegriff handelt es sich um ein Werk der Kunst, wenn »es wegen der Mannigfaltigkeit ihres Aussagegehalts möglich ist, der Darstellung im Wege einer fortgesetzten Interpretation immer weiter reichende Bedeutungen zu entnehmen, sodass sich eine praktisch unerschöpfliche, vielstufige Informationsvermittlung ergibt«. Kunst ist also nicht auf überkommene Werktypen wie Malen, Bildhauen, Dichten, Theaterspielen usw. beschränkt, sondern umfasst auch neue, ungewöhnliche und überraschende Ausdrucksformen wie Happening, Aktionskunst, Live Performance, Straßentheater, Graffiti, satirische Aufkleber und Poster usw. Erst recht kommt es nicht auf eine hohe Qualität des Kunstwerks an und ist die »engagierte« Kunst von der Freiheitsgarantie

nicht ausgenommen. Weit wird der Schutzbereich auch in persönlicher Hinsicht verstanden: Sowohl der Werkbereich wie der Wirkungsbereich sind geschützt, außer dem Künstler also auch diejenigen, die eine »unentbehrliche Mittlerfunktion« zwischen Künstler und Publikum ausüben wie der Verleger.

Zweitens dürfen die Schranken anderer Grundrechte, wie der Meinungs- oder der allgemeinen Handlungsfreiheit nicht auf die Kunstfreiheit übertragen werden. Grenzen hat die Kunstfreiheit nur im sogenannten kollidierenden Verfassungsrecht: Es bedarf eines gleichrangigen Verfassungsguts, das gegen die Kunstfreiheit abzuwägen ist, wobei beiden die größte Verwirklichung zu ermöglichen ist; das nennt man auch praktische Konkordanz. Ein einfaches Beispiel: Der grundrechtliche Schutz des Lebens verbietet den Mord auf der Bühne. Die gerichtliche Praxis hat es mit komplexeren Kollisionslagen zu tun. Häufig geht es um die Abwägung zwischen Kunstfreiheit und Allgemeinem Persönlichkeitsrecht.

Die einzigen beiden Male, in denen das Bundesverfassungsgericht ein Bücherverbot ausgesprochen hat, betrafen Schlüsselromane, die das Allgemeine Persönlichkeitsrecht Dritter so schwer beeinträchtigt haben, dass die Kunstfreiheit des Autors bzw. Verlegers dahinter zurücktreten musste, nämlich »Mephisto« von Klaus Mann und »Esra« von Maxim Biller. Als Verstoß gegen die Menschenwürde hat das Bundesverfassungsgericht die Karikatur von Rainer Hachfeld in der Zeitschrift »konkret« gewertet, die den Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß als Schwein darstellte, das sich an einem anderen Schwein in richterlicher Amtstracht sexuell betätigte. Im Übrigen hat das Gericht politisch oppositionelle Kunst immer wieder geschützt, indem es strafrechtliche Verurteilungen wegen Äußerungsdelikten aufgehoben hat. Auch pornographische Kunstwerke fallen unter die Freiheitsgarantie; allerdings kann hier der grundgesetzliche Kinder- und Jugendschutz

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 05/24
ISSN 1619-4217
B 58 662



EDITORIAL

Worst Case
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Die große Freiheit der Kunst
Bodo Pieroth 01

SEITE 2

Kulturmensch
Maren Kroymann 02

AKTUELLES

Kein Wunschkonzert
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Ungefragte und unvergütete Nutzung von Literatur: Das ist kein Kulturgut. Das ist Schüttgut
Nina George 04

Veränderungen durch KI: Wortfolgen sind keine Texte
Claudia Hamm 04

Übersetzen in Zeiten von KI: Über Elefanten sprechen
André Hansen 05

Förderpraxis in Zeiten von KI: Übersetzer sind Urheber eines Werks
Jürgen Jakob Becker 05

Der Hauptfriedhof in Hanau: Gedächtnislandschaft im Zeichen der Integration
Tobias Pehle 06

Reform-Tagebuch (Folge 1)
Hermann Parzinger 06

Bedrohte Sprachen und Dialekte im Berliner Lautarchiv: »In my native home Liscarroll...«
Christopher Li 07

Ein Zeichen gegen das Schweigen
Oliver Reese und Johannes Nölting im Gespräch 08

Möller meint: Eine Entscheidung mit politischer Signalwirkung
Johann Michael Möller 09

REAKTION

Vertrauen ist gut, kritische Selbstreflexion ist besser
Martina Kessel 10

INTERNATIONALES

Unser Zusammenleben ist eine kulturelle Leistung
Klaus-Dieter Lehmann 10

Turkmenistan: Architektonische Ikonen für die Elite
Philipp Meuser 11

MEDIEN

KI: Mehr Risiken als Chancen
Helmut Hartung 12

KULTURELLES LEBEN

Filmemacherin Jeanine Meerapfel: Transatlantische Geschichten
Andreas Kolb 13

Claussens Kulturkanzler: Literaten im öffentlichen Diskurs
Johann Hinrich Claussen 13

Personen & Rezensionen 14

KOMMUNALE KULTURPOLITIK

Unsere wichtigsten Kulturorte: Schützt unsere Dörfer und Städte – es brennt!
Olaf Zimmermann 15

Das kommunale Engagement ist entscheidend
Daniela Schneckenburger im Gespräch 16

Kulturelle Bildung ist ein zentraler Punkt
Marc Elxnat im Gespräch 16

Kultur ist kein Nice-to-have
Jörg Freese im Gespräch 17

Zu den Bildern 17

Ein buntes Spektrum der Kulturpolitik: 27 Antworten auf eine Frage 18

Aachen
Heinrich Brötz 19

Aalen
Bernd Schwarzendorfer 19

Brandenburg an der Havel
Stephanie Knitter 19

Bremerhaven
Michael Frost 20

Coburg
Can Aydin 20

27 ANTWORTEN ...

Darmstadt
Hanno Benz 20

Detmold
Frank Hilker 21

Erfurt
Christian Horn 21

Flensburg
Fabian Geyer 21

Frankfurt (Oder)
Milena Manns 22

Freiburg
Ulrich von Kirchbach 22

Halle (Saale)
Judith Marquardt 22

Husum
Martin Kindl 23

Kaiserslautern
Manfred Schulz 23

Limburg an der Lahn
Marius Hahn 23

Lüneburg
Florian Forster 24

Magdeburg
Regina Stieler-Hinz 24

Marburg
Thomas Spies 24

Münster
Cornelia Wilkens 25

Neubrandenburg
Silvio Witt 25

27 ANTWORTEN ...

Oldenburg
Jürgen Krogmann 25

Regensburg
Wolfgang Dersch 26

Rostock
Eva-Maria Kröger 26

Saarbrücken
Sabine Dengel 26

Trier
Markus Nöhl 27

Würzburg
Achim Könneke 27

Zwickau
Sebastian Lasch 27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 28

Lawrows Träume 28

Karikatur 28

Impressum 28

DER AUSBLICK 6|24

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Juni 2024.
Im Fokus steht das Thema »Demokratie sichern: Zusammenhalt in Vielfalt leben«.

Fortsetzung von Seite 1

die Verbreitung einschränken. Drittens hat das Bundesverfassungsgericht auch die Interpretation der Grundrechte als Teilhabe-, Leistungs- und Schutzrechte des Einzelnen gegen den Staat auf die Kunstfreiheit angewendet, allerdings mit weniger weittragenden Folgen als bei den bisher betrachteten Weiterungen. Aus der objektiven Wertentscheidung für die Freiheit der Kunst folgt zweierlei: Eine staatliche Förderung ist zwar grundsätzlich zulässig, aber nur sehr begrenzt verpflichtend. Der Pflichtgehalt hat sodann eine negative und eine positive Dimension: Es gibt einerseits keine Pflicht zur finanziellen Förderung einzelner Künstler, und diese haben keinen Anspruch auf finanzielle Leistungen aus der Kunstfreiheitsgarantie, möglicherweise aber aus dem allgemeinen Gleichheitssatz. Andererseits hat die grundsätzliche staatliche Pflicht zur Förderung freier Kunst normative Wirkungen für die Organisation

und das Verfahren der Förderung. So muss die Förderung neutral erfolgen, d. h. der Staat darf sich nicht mit einer Kunstrichtung identifizieren, und er darf bestimmte Kunstrichtungen nicht diskriminieren, d. h. er muss für pluralistische Vielfalt sorgen; das kann vor allem durch die Einschaltung unabhängiger sachverständiger Gremien geschehen.

Aktuell ist viel von einem neuen Kulturkampf und »cancel culture« als Folge von »political correctness« die Rede. Angesichts des in diesen Diskussionen schnell ansteigenden Erregungspegels tut nüchterne juristische Betrachtung not, die zuallererst sorgfältige Differenzierung verlangt. Ich nehme als Beispiel Ausstellungen und Museen. Bei ihnen kommt »cancel culture« nur dann überhaupt in Betracht, wenn sie staatlich veranstaltet oder getragen werden; Private haben die Freiheit zu entscheiden, ob sie etwas zeigen wollen oder nicht. Sodann ist die Kunstfreiheit nicht beeinträchtigt, wenn Warnhinweise neben den Kunstwerken darauf aufmerksam machen, dass einige Betrachter das Werk anstößig oder verstörend finden können. Man nimmt auf gewisse Befindlichkeiten des Publikums Rücksicht, ohne das Kunstwerk selbst zu beeinträchtigen. Kommentierende Einordnungen sind in Ausstellungen und Museen seit je her üblich und regelmäßig hilfreich.

Die Entscheidung über Anschaffung und Präsentation von Kunstwerken muss kunstspezifisch, d. h. allein nach künstlerischen Maßstäben, neutral und nicht-diskriminierend getroffen werden. Sonstigem öffentlichen, heute digital verstärkten Druck, der soziale, politische oder moralische Interessen verfolgt, darf sich die öffentliche

Hand grundsätzlich nicht beugen. Erst wenn sie es tut, kann von »cancel culture« gesprochen werden. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass die staatlichen Galerien und Museen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Einrichtung das Hausrecht und die Ordnungsgewalt haben, die beispielsweise greifen, wenn die Gefahr besteht, dass Kunstwerke beschädigt oder zerstört werden. Diese Befugnisse haben noch größeres Gewicht bei einer öffentlichen Einrichtung, die eine andere Aufgabe als die Pflege und Vermittlung der Kunst hat und für die die Kunst nur schmückendes Beiwerk ist, wie etwa an Gebäuden der Verwaltung. In diesen Fällen liegt in der Entfernung eines Kunstwerks keine Verletzung der Kunstfreiheit und kein Fall von »cancel culture« vor.

Die verfassungsrechtliche Kunstfreiheit ist in der Debatte um »political correctness« häufig ein rhetorisches Kampfmittel, wenn eine Rechtsverletzung behauptet wird, die nicht besteht. Gefährlicher ist der umgekehrte Fall, dass eine Rechtsverletzung in Abrede gestellt wird, wo sie tatsächlich existiert. Hierzu rechne ich die theoretisch verbrämte Forderung, Kunstwerke zu zerstören, zu vernichten oder Künstlern bestimmte Sujets zu verbieten. Denn auch wenn die Kunst und die Gesellschaft sich weiter wandeln werden und es dementsprechend auch in Zukunft Verfassungswandel geben wird, setzt die Verfassung einem Abbau von Freiheit definitiv Widerstand entgegen.

Bodo Pieroth war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 2013 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Politik an der Universität Münster



FOTO: PRIVAT

Kulturmensch Maren Kroymann

Eigentlich wollte oder sollte sie Lehrerin werden. Die 1949 in Tübingen geborene »höhere Tochter aus einem Tübinger Akademikerhaushalt«, wie es auf ihrer Website heißt, kam im Elternhaus vor allem mit Hochkultur in Berührung; die Pop- und Rockmusik ihrer Jugendzeit brachten ihr zunächst die vier Brüder nahe, die im Gegensatz zur »unordentlichen« Schwester »ordentliche« Berufe wählten. Musik jedenfalls spielte schon früh in Kroymanns Leben eine wichtige Rolle. Statt des Lehrerberufs entschied sie sich für die Bühne. Schon ihr erstes Bühnenprogramm »Auf du und du mit dem Stöckelschuh« war ein voller Erfolg. Dass sie ihren wunderbaren Humor mit gewissen, häufig feministischen »Botschaften« verbindet, zeigte sich schon in diesem Programm. Es folgten erste Fernsehauftritte und eine große Bühnen- und Fernsehkarriere. Als erste Frau erhielt sie mit »Nachtschwester Kroymann« eine eigene Satiresendung. Sie kann aber auch »ernst« und spielte und spielt in zahlreichen Fernsehproduktionen ganz unterschiedliche Rollen. Maren Kroymann ist eine Künstlerin, die scharf beobachtet, das Beobachtete humorvoll umsetzt und in einer großartigen Bühnenpräsenz dem Publikum präsentiert. In ihrer Show »In My Sixties« feiert sie »50 Jahre Pubertät«, lässt die Musik der 60er Jahre ebenso Revue passieren wie pubertäre Erinnerungen. Sie habe haufenweise Ratgeber lesen müssen, erzählt sie im Rahmen des Programms, mit »Regeln, wie man korrekt Mädchen ist«.



FOTO: MATHIAS BOTHOR

Diese Regeln hat sie dann nicht mehr lange befolgt. 1993 outete sie sich als eine der ersten prominenten Frauen als lesbisch. Und in ihrer Sendung »Kroymann« thematisiert sie mit der Frage »Ist die noch gut?« humoristisch-pointiert die »alternde Künstlerin«, die immerhin (noch einmal?) eine Show bekommt. Gegenüber der Produktionsassistentin erklärt sie: »Normalerweise lasst ihr doch Frauen über 50 gar nicht mehr vor die Tür – zumindest nicht, wenn sie aussehen wie über 50.« Das sitzt! Maren Kroymann wurde – zu Recht – mit zahllosen Preisen ausgezeichnet, die hier unmöglich alle gelistet werden können. Jetzt wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Die Redaktion von Politik & Kultur gratuliert sehr herzlich.

Kein Wunschkonzert

Status von Selbstständigen im Kultursektor

OLAF ZIMMERMANN &
GABRIELE SCHULZ

Sozialversicherungsrechtlicher Status ist kein Wunschkonzert; dieses ist ein Standardsatz im Fachausschuss Arbeit und Soziales des Deutschen Kulturrates, der von Heinrich Schafmeister, langjähriges Vorstandsmitglied des Bundesverband Schauspiel und zuständig für Fragen der sozialen Sicherung, im Ausschuss geprägt wurde. Der sozialversicherungsrechtliche Status, also abhängig beschäftigt oder selbstständig, ist keine Frage der freien Auswahl, der persönlichen Vorliebe, des eigenen Selbstverständnisses oder der wirtschaftlichen Situation von Arbeit- oder Auftraggebern, sondern wird vielmehr von Kriterien bestimmt, die auf gesetzlichen Grundlagen beruhen und in Gemeinsamen Rundschreiben der Sozialversicherungen, die vom GKV-Spitzenverband, der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Bundesagentur für Arbeit herausgegeben werden, konkretisiert werden. Diese Gemeinsamen Rundschreiben werden auch als Grundlage für die Betriebsprüfungen der Sozialversicherungsträger herangezogen, die alle vier Jahre bei Arbeitgebern stattfinden.

In jüngster Zeit hat insbesondere das sogenannte Herrenberg-Urteil für Aufregung im Kultursektor gesorgt. Das sogenannte Herrenberg-Urteil ist eine höchstgerichtliche Entscheidung vor dem Bundessozialgericht (BSG), die im Fall einer Klavierlehrerin erging, die nach 15 Jahren als Honorarkraft in der Musikschule Herrenberg ein Statusfeststellungsverfahren angestoßen hat. Sie ließ klären, ob bei ihr eine abhängige Beschäftigung nicht geboten sei, da sie organisatorisch in die Musikschule eingebunden ist. In letzter Instanz entschied am 30. Juni 2022 das Bundessozialgericht, dass die Klavierlehrerin aufgrund der tatsächlichen Umstände hätte angestellt werden müssen. Die Musikschule bzw. die Stadt Herrenberg muss nun die Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen.

Anderthalb Jahre nach dem BSG-Urteil besteht aktuell eine große Aufregung in der Kulturszene und teilweise wird verbreitet, niemand könne mehr im Bildungsbereich als Honorarkraft tätig sein. Dies ist

mitnichten der Fall, ein genauerer Blick auf die Situation lohnt sich also.

Starker Anstieg selbstständiger Musiklehrer

Wird allein die Gruppe der in der Künstler-sozialkasse versicherten Musiklehrerinnen und -lehrer betrachtet, kann festgehalten werden, dass sich deren Zahl in den letzten 28 Jahren mehr als verdreifacht hat. Im Jahr 1995 wurden 8.514 Versicherte gezählt, im Jahr 2000 waren es schon 13.478, im Jahr 2005 18.740, im Jahr 2010 23.456, im Jahr 2015 26.159, im Jahr 2020 wurde der bisherige Spitzenwert von 27.110 Versicherten in diesem Tätigkeitsbereich erreicht, im Jahr 2023 sank der Wert auf 26.373 Versicherte. Die Zahlen belegen unseres Erachtens zweierlei: Zum einen muss ein imaginäres Früher, in dem es mehr Angebote musikalischer Bildung gäbe, zumindest mit Blick auf die selbstständigen Musiklehrerinnen und -lehrer deutlich hinterfragt werden; zum zweiten stellt sich die Frage, ob dieser beträchtliche Aufwuchs an Selbstständigen mit einem gleichermaßen starken Aufwuchs an abhängig beschäftigten Lehrkräften einherging oder ob der Ausbau des Angebotes musikalischer Bildung nicht zu einem erheblichen Teil vor allem dank selbstständiger Lehrkräfte möglich war und nach wie vor ist.

Nun ist die Beauftragung von Honorarkräften weder ehrenrührig noch per se abzulehnen. Problematisch wird es dann, wenn Honorarkräfte in einen Betrieb eingegliedert und nur darum nicht angestellt sind, weil die finanziellen Ressourcen für eine Anstellung nicht ausreichen. Der Verband deutscher Musikschulen hat für seine aktuell 933 Mitgliedsschulen, die sich entweder in Trägerschaft der öffentlichen Hand befinden oder öffentlich gefördert sind, schon lange gefordert, dass ein Musikschulbetrieb, wie er als Leitbild vom Verband vertreten wird, mit Angestellten als Kernbestand von Beschäftigten arbeiten muss. Das schließt nicht aus, dass unter bestimmten Umständen Honorarkräfte beauftragt werden können. Diese Haltung des Verbands deckt sich mit seinen Positionierungen zum Fachkräftebedarf und der Forderung nach einer adäquaten Vergütung bzw. tariflichen Einstufung von Musikschullehrerinnen und -lehrern. Diverse öffentliche Musikschulen haben nach dem

Herrenberg-Urteil reagiert und Arbeitsverträge mit Musiklehrkräften geschlossen, die vorher dort selbstständig gearbeitet haben. Anders stellt sich vielfach die Situation bei freien Musikschulen oder auch Ballettschulen dar. Sie arbeiten sehr oft mit Honorarkräften zusammen. Ihr Geschäftsmodell basiert vielfach darauf, dass die Inhaber selbst künstlerisch bzw. als Lehrkräfte tätig und über die Künstlersozialversicherung sozialversichert sind. In der Künstlersozialkasse Versicherte können höchstens einen Angestellten beschäftigen, ansonsten verlieren sie ihren eigenen Versicherungsschutz. Das Herrenberg-Urteil könnte also das Geschäftsmodell dieser Unternehmen tatsächlich in Gefahr bringen. Hier stellt sich allerdings die Frage, ob dieses Geschäftsmodell generell unter sozialversicherungsrechtlichen Gesichtspunkten zukunftsfähig und kulturpolitisch wünschenswert ist.

Andere Tätigkeitsbereiche

Werden die Versichertenzahlen anderer Tätigkeitsbereiche der Künstlersozialkasse in den Blick genommen, zeigt sich bei der Mehrzahl ein langsames Absinken oder auch Ansteigen, beides ist vermutlich auf normale Schwankungen zurückzuführen. Im Zehnjahresrückblick zeigen sechs Tätigkeitsbereiche auffällige Veränderungen: Im Tätigkeitsbereich Journalismus sank die Versichertenzahl von 22.720 (2015) auf 15.538 (2023). Hier ist bereits seit einigen Jahren der Trend festzustellen, dass sich die Versichertenzahl in der Altersgruppe über 60 Jahre sukzessive erhöht und in den jüngeren Altersgruppen nur wenige Versicherte nachwachsen. Es liegt die Vermutung nahe, dass eine Kohorte aus der Künstlersozialkasse langsam in den Ruhestand kommt und nicht in gleichem Maße selbstständige Journalistinnen und Journalisten nachfolgen.

Im Tätigkeitsbereich Kamera hat sich die Zahl der Versicherten von 2013 (352) bis 2023 (3.477) nahezu verzehnfacht, im Tätigkeitsbereich Mediendesign ist von 2013 (319) bis 2023 (2.857) nahezu eine Verneunfachung festzustellen, im Tätigkeitsbereich Choreografie von 2013 (305) bis 2023 (1.413) nahezu eine Verfünffachung, im Tätigkeitsbereich Sprecher/Sprecherin ebenfalls von 2013 (152) bis 2023 (816) nahezu eine Verfünffachung und im Tätigkeitsbereich Industrie-/Modedesign ist von 2013 (735) bis 2023 (2.352) eine Verdreifachung der

Die Beauftragung von Honorarkräften ist weder ehrenrührig noch per se abzulehnen. Problematisch wird es, wenn Honorarkräfte in einen Betrieb eingegliedert und nur darum nicht angestellt sind, weil die finanziellen Ressourcen für eine Anstellung nicht ausreichen

Versichertenzahl festzustellen. Der Zuwachs an selbstständigen in der Künstlersozialkasse Versicherten wird verschiedene Ursachen haben. Eine Ursache könnte die Veränderung der Auftragslage und die gestiegene Nachfrage nach künstlerischen Dienstleistungen sein. Es ist gut möglich, dass die Unternehmen lieber mit flexiblen bzw. hochspezialisierten Selbstständigen zusammenarbeiten als mit Angestellten, die nicht so flexibel einsetzbar sind. Wie bereits gesagt, die Zusammenarbeit mit Selbstständigen im Kultursektor ist eingeübt, selbstverständlich und durchaus sinnvoll. Abhängige Beschäftigung durch die Beauftragung von Selbstständigen zu ersetzen, ist allerdings nicht der richtige Weg.

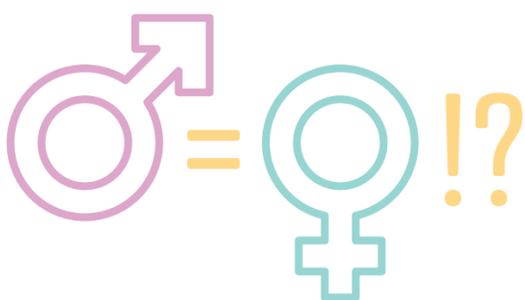
Einschnitt Coronapandemie

Mit Blick auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Kulturbereich waren die Coronapandemie und insbesondere die damit einhergehenden Schließungen ein Einschnitt. Nicht nur wurde noch einmal deutlich, wie prekär die wirtschaftliche Lage vieler ist, es wurde vielen auch bewusst, dass die abhängige Beschäftigung gerade in einer Krisensituation den höheren sozialen Schutz bietet wie z. B. das Kurzarbeitergeld, das Arbeitgeber beantragen und an ihre Mitarbeitenden zahlen konnten, wenn sie pandemiebedingt schließen mussten. Hieraus entstand im Deutschen Kulturrat, nicht zuletzt im eingangs angeführten Fachausschuss Arbeit und Soziales, eine intensive Diskussion, wie zumindest der Zugang von Selbstständigen zur Arbeitslosenversicherung (siehe hierzu: <https://is.gd/loJOr7>) verbessert werden kann, um in Krisenzeiten eine verbesserte soziale Absicherung zu gewährleisten. Ebenso wird darüber diskutiert, wie in den anderen Zweigen der Sozialversicherung, speziell der Rentenversicherung, die soziale Absicherung von Selbstständigen verbessert werden kann. Neben den unstrittig wichtigen gesetzlichen Veränderungen mit Blick auf die soziale Sicherung von Selbstständigen, ist es ebenso bedeutsam, die selbstständige Tätigkeit klar von der abhängigen Beschäftigung zu trennen. Beides, Selbstständigkeit und abhängige Beschäftigung haben ihre Vorzüge und ihre Berechtigung. Doch wie gesagt, Sozialversicherung ist kein Wunschkonzert.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates



Baustelle Geschlechtergerechtigkeit
Datenreport zur wirtschaftlichen und sozialen Lage im Arbeitsmarkt Kultur



Gabriele Schulz, Olaf Zimmermann

Der aktuelle Datenreport zur wirtschaftlichen und sozialen Lage im Arbeitsmarkt Kultur ist da!

236 Seiten mit 83 Tabellen und 39 Schaubildern
ISBN 978-3-947308-36-1 · 22,80 Euro

Im aktuellen Report werden Daten zur Zahl der Erwerbstätigen im Arbeitsmarkt Kultur, dem Frauenanteil, dem Einkommen und dem Gender-Pay-Gap zusammengestellt und bewertet. Der Datenreport geht sowohl auf Soloselbstständige als auch auf abhängig Beschäftigte im Kulturbereich ein. Der Titel »Baustelle Geschlechtergerechtigkeit« macht deutlich, dass es noch viel zu tun gibt. Nach wie vor besteht eine geschlechtsspezifische Segregation der Berufe im Arbeitsmarkt Kultur und nach wie vor existiert ein deutlicher Gender-Pay-Gap. Der Datenreport schließt mit Vorschlägen der Autorin und des Autors ab, wie die Situation zu verbessern ist.

Bestellen Sie die Studie jetzt auf kulturrat-shop.de!

Das ist kein Kulturgut. Das ist Schüttgut

Ungefragte und unvergütete Nutzung von Werken der Literatur

NINA GEORGE

Wir müssen über das Schweigen der Politik sprechen, über diese zutiefst bestürzende Wortlosigkeit gegenüber der Tatsache, dass erfolgreiche generative »KI«-Systeme – wie die stochastische Repetiermaschine ChatGPT, die visuelle Plagiatsschleuder Midjourney, wie Sora, das Videoprogramm, mit dem sich jeder seine eigene Realität basteln kann –, auf jahrzehntelangen, massiven Urheberrechtsverletzungen beruhen.

Wir reden zum Beispiel von 4 Millionen illegitim genutzten Buchwerken aller Genres, vom Publikumsroman bis zum Fachbuch, die in großen Sprachmodellen zusammen mit Presseartikeln, 51 Millionen Amazonrezensionen und Twitter(X)posts als Grundlage für GPT, Bert, Llama oder Copilot dienen. Wir erleben einen seit über zehn Jahren wachsender Berg an »Trainingssets« mit unkreativen Namen wie »the Pile« oder Books1, Books2, Books3. In den Books-Sets stecken zwei meiner Werke fest; dank einiger Daten-Archäologen konnte ich das eruieren, denn wenig überraschend knickern die Oligopole mit Details, um keine Klagen zu riskieren, so sagte etwa Sam Altmann (Open AI). Immerhin wachsen trotz der Heimlichtuerei die Berge, oder vielmehr: Hügel, an Gerichtsverfahren gegen Microsoft, Meta, Alphabet und Konsorten, wie etwa die Sammelklage der US Authors Guild mit 18 Autoren, darunter George R. R. Martin, Jodi Picoult und John Grisham, gegen Open AI. Stets sind es Schriftsteller, die litigieren; das Schweigen der Verlagsgruppen ist fast so auffällig wie das der politischen Entscheider.

Seitens der KI-Unternehmen findet derweil munter hochprofitable Wertschöpfung auf Basis ungefragter, unvergüteter Nutzung statt, und die derzeitige Software kannibalisiert mit Fake-KI-Büchern und unerlaubten KI-Übersetzungen unseren Markt, ahmt reale Neuerscheinungen nach, bevor diese publiziert sind, – und plagierte auf Prompt (getippte Befehls-eingabe) wie »Schreib im Stil von...« Sätzen, Figuren, Plots, Absätze und Ausdruck menschlicher Schöpfer.

Wer jetzt reflexartig murmelt »Aber § 44b Urheberrechtsgesetz erlaubt doch...?«, der sei erinnert, dass die Text- und Data-Mining-(TDM-) Ausnahme, die kurz vor Verabschiedung der EU-Richtlinie 2019/790 in den Text gedübelt wurde, erstens nicht retroaktiv gilt und damit keinerlei Schürfen von geschützten Werken für »KI«-Entwicklung vor dem 7. Juni 2021 legitimiert. Zweitens, dass Text und Data-Mining weder technisch noch rechtlich die weitere Verwendung für das Programmieren von generativer Informatik und das Herstellen von wirtschaftlichen Substituten intellektueller Güter abdeckt. Tech-Unternehmen sollten sich genau überlegen, ob sie auf dem sandigen Grund von 44b ein generatives System bauen. Das dann jene Menschen ersetzt, von denen es sich vorher gratis bedient hat, als »low cost alternative« – gern schon verwendet in Agenturen, Pressehäusern, Hörbuchstudios und den einen oder anderen Buchverlagen. Generierte KI-Cover, KI-Übersetzungen, KI-

Stimmen, KI-Illus, KI-Klappentexte aus der Imitationsdose, ach, wie geil ist der Geiz.

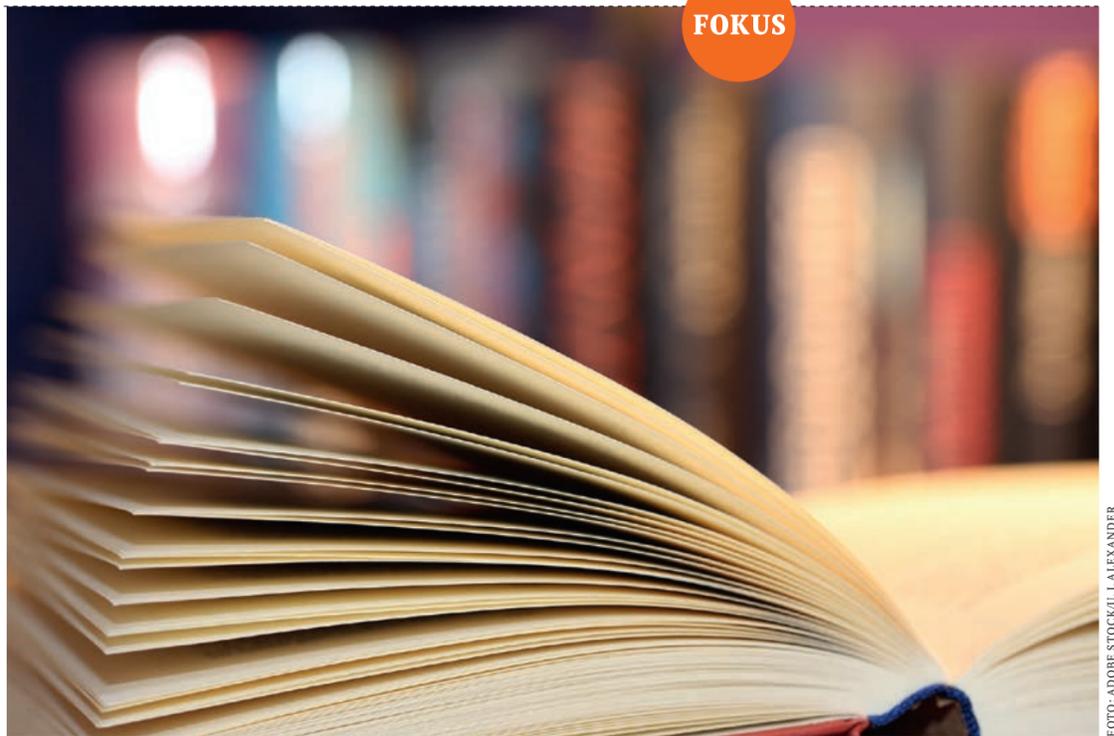
Während die deutschen Digital- und Wirtschaftsministerien wenig überraschend vom Silicon Valleylein am Neckar träumen, zeigte sich bei den internationalen Urheberrechtskonferenzen im Frühjahr 2024, dass auch juristische und kulturpolitische Ressorts das nonchalante »Schwamm drüber« dem Tacheles vorziehen. Alle streben eilig in die smarte Zukunft, diskutieren gar eigene Rechte für die Plagiatsprodukte – und rufen uns Spaßverderben zu: »Dann optet doch out, wenn ihr kein TDM wollt!« (Opt-out: Rechtevorbehalt erklären, ein Verbotsschild an das eigene Werk bembeln.) Super Idee! Wenn es nicht eine bizarre Sache wäre, im Gesetz den Rechtevorbehalt so zu verlangen, dass er »maschinenlesbar« sein soll. Leider wurde versäumt mitzuteilen, in welcher Maschinensprache; ein Satzlein im Impressum reicht nicht, tja, und da schauen wir ratlos, und wissen nicht, ob wir jetzt alle 13,8 Millionen in Europa zirkulierenden Buchtitel verbembeln, oder nur die digitalen, oder nur die seit 2022, wer zahlt die Kosten für diese Notwehr, wer kontrolliert, ob der Opt-out in Metadaten, ISCC-Code oder Kryptogramm respektiert wird? Auch Menschen sollten den Vorbehalt lesen können; es sei an die praktisch veranlagten Buchhändler und Bibliothekare gedacht, die ein Buch in GPT kippen und zusammenfassen lassen, anstatt selbst zu lesen. Zack, ist es unverlernbar in dem Wiederkäu-Automaten, Opt-out keine Option mehr.

Setzen Unternehmen auf maschinelle Piraterieprodukte statt Menschen, muss klar sein: Dieselben Schutzprivilegien wie für Kulturgüter, verringerter Mehrwertsteuersatz oder Buchpreisbindung, kann es für generierte KI-Kotze nicht geben. Das ist kein Kulturgut, das ist Schüttgut. Maschinenprodukte müssen menschenlesbare Warnungen erhalten; auch, weil der Leser es verdient, informiert zu entscheiden, für was er sein Geld ausgibt. Es geht um Vergütungslegitimation gegenüber der VG Wort, es geht um korrekten Umgang mit öffentlichen Geldern bei Preisen, Stipendien oder Verlagsförderung, und dass man sich darauf verlassen kann, keine strunzfaulen Prompts zu würdigen.

Gesamtgesellschaftlich rollt eine Konsequenz auf uns zu, der sich die Politik stellen muss. Mehr Maschinenoutput statt menschlicher Arbeit heißt: geringere KSK-Abgaben und höhere Belastungen für den Bund. Geringere Steuerzahlungen der sonst beauftragten menschlichen Schaffenden. Sinkende Einzahlungen in Vorsorgeleistungen und höhere Altersarmut. Gedemütigtes Handtuchwerfen, Fachkraftverluste – insbesondere bei Übersetzung –, Verlernen von Kulturtechniken. Keinerlei Anreiz für junge Menschen, einen künstlerischen Beruf zu ergreifen. Mit disruptierten Märkten und mangelnder Durchsetzung von Urheberrechten wird den Folgegenerationen eine unheilbare Ungleichheit hinterlassen.

Wer nun weiter schweigt, erklärt sein Einverständnis mit dem schamlosesten Kulturdiebstahl seit Erfindung von 0 und 1.

Nina George ist Schriftstellerin, Ehrenpräsidentin und Politische Beauftragte des European Writers' Council (EWC), der 220.000 Autoren und Autorinnen aus 49 Organisationen und 31 Ländern repräsentiert



Wie wird sich die Arbeit literarischer Übersetzerinnen und Übersetzer durch den Einsatz von KI verändern?

Wortfolgen sind keine Texte

Das Berufsbild des literarischen Übersetzers verändert sich durch KI

CLAUDIA HAMM

Seit es textgenerierende KI gibt, sucht ein »Tool« nach möglichen Anwendungen (oder auch: ein Produkt nach Käufern). Die Frage, wo die Automatisierung von Schreiben, Denken, Übersetzen und Entscheiden überhaupt sinnvoll sein könnte, zeigt, dass diese »Werkzeuge« nie als solche konzipiert wurden: Sie sind nicht aus einer Praxis heraus entwickelt worden, um diese zu erleichtern, sondern sollen diese simulieren und idealerweise substituieren. Das Fernziel aller großen KI-Anbieter ist die Entwicklung sogenannter »starker KI«, die Menschen in sämtlichen Tätigkeiten ersetzen oder übertreffen soll; die Sprachdaten sind dabei nur die Basis. Davon sind wir weit entfernt, und es fragt sich auch, warum das, was bis vor Kurzem noch dystopische Science-Fiction war, nun als verheißungsvolle Zukunft gilt. Doch auch die Anpassung an die bestehenden Produkte verändert schon jedes Berufsbild. Was heißt das im Fall des literarischen Übersetzers?

Es fragt sich, warum das, was bis vor Kurzem noch dystopische Science-Fiction war, nun als verheißungsvolle Zukunft gilt

Zunächst einmal, dass diejenigen, die ersetzt werden sollen, der eigenen Ausplünderung zustimmen würden. Denn um sogenannte Große Sprachmodelle (LLMs) zu trainieren, auf denen Chatbots und Übersetzungssoftware basieren, wurden und werden ohne Information und Honorierung der Urheberinnen und Urheber millionenfach geschützte Werke kopiert – auch die soeben verabschiedete EU-KI-Verordnung hat noch kein Regelwerk geschaffen, damit Einzelne ihre Rechte wahrnehmen können. Das heißt, LLM-Anbieter bereichern sich an Texten, für die Menschen ihre Erfahrungen, Denkleistungen, Ausbildungszeiten, Beziehungen, Träume und Traumata eingesetzt haben und von denen sie leben. Doch auch andere menschliche Leistungen werden abgeschöpft. Da das Internet für die Entwicklung von Sprachmodellen wahllos durchgekämmt wurde, müssen

Abertausende von »Ghost Workers« in Billiglohnländern zu hohen psychischen Kosten erst einmal Gewalt und Diskriminierung herausfiltern – und kommen den Verzerrungen (»biases«) im Sprachoutput doch nicht bei. Und wer die kostenlosen Versionen verwendet, stellt den Unternehmen seine Eingaben, Vorlieben und Nutzerdaten zur Verfügung und trainiert die Modelle gratis mit. Generative KI ist ein geklautes Auto. In diesem Auto kann man mitfahren. Man kann sogar Spaß daran haben, aber es bleibt ein geklautes Auto.

Doch da ist auch noch die Frage nach der Qualität. Eine Reproduktionssoftware verarbeitet weder Emotionen noch ästhetisches Empfinden, sie kennt keine Wahrheit, kein Weltwissen, keine Schönheit – und Hässlichkeit –, keinen Kommunikationsanlass und keine Gründe für Übersetzungsentscheidungen. Stattdessen schafft sie mithilfe von Mustererkennung und Wahrscheinlichkeitsrechnung Als-ob-Texte, hinter denen niemand steht, die zahlreiche Falschbehauptungen enthalten und den Realitätssinn und Wahrheitsbegriff von Menschen verwirren. Denn Menschen haben einen Anlass, etwas »zur Sprache zu bringen«.

Literarische Texte haben unter anderem eine appellative und eine phatische, also beziehungsstiftende Dimension. Jedes Buch spricht, wie es spricht, weil es gehört werden will und weil anders nicht dasselbe gesagt ist – dem gilt es, in der Übersetzung zu »entsprechen«. Der Ton eines Textes, das Register von Erzähler oder Figur, Slang, Sprachspiele, Ironie, Zitate, Sprüche, Rhythmus, Anspielungen auf andere Texte, alles, was tief im kulturellen Gedächtnis jeder einzelnen Sprachgemeinschaft wurzelt und diese immer wieder aktualisiert, muss beim Literaturübersetzen genauso erkannt, interpretiert und neugestaltet werden wie die persönliche Poetik der Autoren. Lebendigkeit ist nichts, das man nachträglich wie Streusel auf Robotertexte streuen kann, wie Apologeten des »Post-Editing« sich das vorstellen. Eine literarische Übersetzung entsteht aus Tausenden von Mikroentscheidungen, durch die das Sprachmaterial eine tiefe innere Verbindung eingeht, sie entsteht aus dem Durchgang durch Sprach- und Kulturkenntnis, Erfahrung, Recherche, Sinne, Verstand und Emotion, aus einer Begegnung mit einem anderen, sich selbst und der eigenen Sprachgemeinschaft. Literaturübersetzende hören und gestalten Stimmen, die Lesende für die des Autors oder der Autorin halten. Ihm oder ihr gilt es, gerecht zu werden.

Maschinenübersetzungen mit ihrer fehlenden Zuwendung und Intention, ihrem mangelnden Verständnis und ihrer Kombination von Altbekanntem leisten all das nicht, insofern verdienen sie gar nicht den Namen Übersetzung – so wenig wie der Output von

Ohne Information und Honorierung der Urheberinnen und Urheber werden millionenfach geschützte Werke kopiert

Chatbots Text genannt werden sollte. Künstliche Intelligenz ist keine Intelligenz. Zu dieser gehört auch emotionale, moralische, soziale, ästhetische Intelligenz und praktische Vernunft. All das kann entmenschlichte Sprache nur vortäuschen.

Über 3.600 Personen und Institutionen wie der Kulturrat Österreich, der PEN Berlin oder die American Literary Translators Association haben aus all diesen Gründen auf change.org das »Manifest für menschliche Sprache« der deutschsprachigen Literaturübersetzerverbände unterzeichnet. Bei der französischen Initiative enchairetenos.org sind es über 6.200, darunter die Nobelpreisträger Annie Ernaux, Olga Tokarczuk und J. M. G. Le Clézio. Sie alle warnen davor, menschliche Übersetzungen, die »mit Hirn und Herz« entstehen, zu entwerten. Der Kreativberuf Literaturübersetzen darf nicht zu einer reinen Bearbeitertätigkeit mutieren. Weitere ökonomische Einbußen würden den Beruf völlig unattraktiv machen, derzeit beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen 18.000 Euro. Wir würden eine Kulturtechnik aufgeben, die darauf beruht, dass Menschen sich über Texte begegnen und erfahren wollen. Der Ressourcenverbrauch würde noch mehr steigen (ein einziger Austausch mit ChatGPT kostet einen halben Liter Wasser; Strom und alles, was für Produktion und Verschrottung von Hardware nötig ist, nicht mitgerechnet). Wir würden die Lust am originären Gestalten aufgeben.

Claudia Hamm ist literarische Übersetzerin (u. a. der Werke von Emmanuel Carrère), Autorin und Theaterregisseurin

Über Elefanten sprechen

Übersetzen in Zeiten von KI

ANDRÉ HANSEN

Wenn Verschwiegene zur Sprache drängt, steht manchmal auch im Deutschen ein Elefant im Raum. Lange war es verpönt, Romane oder Lyrik künstlich übersetzen zu lassen. Schweiß und Tränen gehörten zur Literaturarbeit selbst, nicht erst zur Durchsicht der Honorarabrechnung. Und doch war es ein offenes Geheimnis, dass sich einige Spracharbeiter künstlicher Intelligenz bedienten. Mit Heide Franck und Andreas G. Förster habe ich das Projekt »Kollektive Intelligenz« ins Leben gerufen. Die Absicht: über den Raum sprechen, in dem literarische Übersetzungen heute entstehen. Der Wunsch: über die Elefanten sprechen, die sich in diesem Raum breitmachen.

Wer berufsmäßig Literatur übersetzt, weiß nicht einmal, wie ein nachhaltiges Geschäftsmodell aussieht. Altersarmut ist vorprogrammiert

Bei den ersten Planungen dachten wir noch nicht an große Sprachmodelle, die später unter Marken wie ChatGPT für Furore sorgen sollten. Wir dachten an maschinelle Übersetzungen, wie sie DeepL, Google Translate und Co. schon länger anboten. Die neuronale maschinelle Übersetzung (NMT), die frühere Übersetzungsautomation abgelöst hatte, lieferte immer bessere Ergebnisse. Sie berücksichtigte immer mehr Kontext, lernte durch menschliches Feedback.

In einigen Marktsegmenten des (nichtliterarischen) Übersetzens führte der technische Fortschritt bereits zu Preisverfall und Spezialisierung: Ohne profunde Fachexpertise, ohne Technikenkenntnisse und ein besonders geschultes Sprachgefühl hatte der freie Übersetzer kein Geschäftsmodell mehr.

Wer berufsmäßig Literatur übersetzt, weiß nicht einmal, wie ein nachhaltiges Geschäftsmodell aussieht. Nach einem Vierteljahrhundert stagnierender Honorare ist Altersarmut vorprogrammiert. Zum Schaffen von Weltliteratur



Kollektive statt Künstliche Intelligenz: im »Schwarm« über den Raum sprechen, in dem literarische Übersetzungen entstehen

motiviert vielmehr die Aufopferung für die Sache. KI-Übersetzungen stellen die Notwendigkeit eines solchen Opfers infrage und bedrohen nicht zuletzt deshalb Selbstbilder und Identitäten. Also wagten sich 13 Übersetzerinnen und ein Übersetzer an systematische Experimente mit DeepL. Die einen bearbeiteten generierte Übersetzungen schlicht nach, die anderen speisten die Autoübersetzungen in ein sogenanntes CAT-Tool ein. »Computer-assisted translation« beruht nicht auf unberechenbarer KI, sondern auf einem schlichten Übersetzungsspeicher und auf Terminologie-Datenbanken. Die Kombination verschiedener Softwaresysteme ist beim technischen Übersetzen üblich und sollte für die Literatur fruchtbar gemacht werden. Drei Seiten eines Liebesromans oder eines populären Sachbuchs brachten die Teilnehmenden mit ihren jeweiligen Workflows aus dem Englischen ins Deutsche und hielten dabei in Berichten fest, wie es ihnen bei der Arbeit erging.

Zusammenfassend lassen sich bei allen Versuchsanordnungen drei translationspsychologische Effekte feststellen.

Das NMT-System erzeugte unangemessene oder steife Formulierungen und verleitete die Übersetzenden dazu, entweder zu wenig zu ändern oder sich unnötig von akzeptablen Vorschlägen zu distanzieren. Dieser »priming effect« bezeichnet die Beeinflussung durch einen Text, der allein dadurch, dass er vorliegt, nicht unberücksichtigt bleiben

Das NMT-System erzeugte unangemessene oder steife Formulierungen und verleitete dazu, zu wenig zu ändern oder sich unnötig von akzeptablen Vorschlägen zu distanzieren

kann. Der Konzentrationsbedarf wurde gerade bei flüssig klingenden Vorübersetzungen als höher eingestuft, was einen »fatigue effect« nahelegt. Zudem schiebt sich der maschinell generierte Text vor das Original und wird

bisweilen als Hürde wahrgenommen, was für einen »obstacle effect« spricht.

Die Ergebnisse wurden in der Branche oft so rezipiert, dass sich KI-Einsatz nicht lohne. Es gab jedoch auch Kritik an der Methode. Wenn einem die Fallstricke der NMT-Systeme nicht bewusst seien, könne man auch nicht produktiv damit arbeiten. Es sei eine Frage der Gewohnheit, des sachgerechten Umgangs mit der Technik. Und mit Large Language Models sei ohnehin eine neue Ära angebrochen.

Viel deutet nicht darauf hin, dass ChatGPT für literarische Texte bessere Übersetzungsangebote macht als DeepL. Zur automatisierten Textanalyse und zum Feintuning von NMT-Systemen scheinen die neueren Modelle allerdings zu taugen. Adaptive Übersetzungssysteme, die sich bei der Arbeit an einem längeren Text eine bestimmte Wortwahl, Syntax und Stilistik merken und in Begleitung der Übersetzungsarbeit immer passendere Vorschläge unterbreiten, könnten eine echte Bereicherung für die Welt der literarischen Übersetzung sein. Für den 22. November 2024 ist im Literarischen Colloquium

Übersetzer sind Urheber eines Werks

Förderpraxis in Zeiten von KI

JÜRGEN JAKOB BECKER

Der Deutsche Übersetzerfonds (DÜF) vergibt ca. 250 Stipendien pro Jahr. Mehrheitlich fördern wir dabei Übersetzerinnen und Übersetzer fremdsprachiger Werke ins Deutsche, sofern die Übersetzung dieser Werke eine anspruchsvolle sprachliche literarische Gestaltung erfordert. Dazu vergeben wir die sogenannten »Radial-Stipendien«; diese richten sich an Übersetzerinnen und Übersetzer mit Wohnsitz in Deutschland, die deutschsprachige Literatur in eine andere Sprache übertragen. Stipendien sind individuelle Förderungen, sie verschaffen den Übersetzenden Freiräume, dienen der Fortbildung und der Entfaltung

übersetzerischer Möglichkeiten oder machen in Form von Reisestipendien mobil. Die Mehrzahl der Stipendien wird für in Arbeit befindliche Übersetzungsprojekte gewährt, für die ein Verlagsvertrag geschlossen wurde.

Verändern die Fortschritte der KI-basierten Übersetzungstools und Textgeneratoren die Förderpraxis des Deutschen Übersetzerfonds?

Das Grundsätzliche vorweg: Übersetzerinnen und Übersetzer können sich allein als künstlerisch schöpfernde Individuen, also als Urheber eines Werks, um unsere Stipendien bewerben. Sie stehen dabei in einer Verantwortungsbeziehung zum auftraggebenden Verlag

wie zur Autorin, zum Autor des Originaltextes, sie haben den Anspruch, dem Originalwerk gerecht zu werden, und stehen dafür mit ihrem Namen ein. Die Entscheidung über die Hilfsmittel, die sie bei der Erstellung des jeweiligen Werks benutzen, liegt in ihrer Verantwortung. Eine Abfrage oder gar Überprüfung durch den Deutschen Übersetzerfonds, ob und inwieweit dabei neben Weltwissen, Wörterbuch und Web auch KI-unterstützte Hilfsmittel verwendet werden, findet nicht statt. Unsere Jürs haben die Aufgabe, die Komplexität und literarische Qualität der Übertragung in die Zielsprache zu beurteilen. Auch wenn sich der Maschinenpark erweitert hat: Zum jetzigen Zeitpunkt drängt sich eine Präzisierung unserer Vergaberichtlinien nicht auf.

Eine Umfrage unter professionellen Literaturübersetzern in Deutschland, Österreich und der Schweiz hat unlängst ergeben, dass Übersetzungsprogramme wie DeepL mitunter eingesetzt werden – als möglicher Sidekick oder als Inspiration für einzelne Textstellen; wobei die Vorschläge der

Maschine in aller Regel Anstöße sind und im Endeffekt keine Zeitersparnis bringen. Die Feldversuche der vom DÜF geförderten Initiative »Kollektive Intelligenz« haben bislang ergeben, dass das »Post-Editing« – das Nacharbeiten eines maschinell übersetzten Texts – meist eine zeitfressende, auch nervtötende und in künstlerischer Hinsicht überaus unbefriedigende Praxis ist. Die fürs anspruchsvolle Übersetzen erforderliche sprachliche Kreativität kann KI nicht ersetzen, und auf ihre auf Wahrscheinlichkeiten basierende »Interpretation« dessen, was im Original steht, ist eben fürs konkrete Einzelne kein Verlass. Man mag noch so bereitwillig grobe Schnitzer beseitigen und menschliche Politur auftragen – maschinell übersetzte Texte bleiben qualitativ hinter den Möglichkeiten einer Humanübersetzung zurück.

Ein Blick in die Verträge zeigt bislang wenig Bewegung in der Sache, geschweige denn Folgen für unsere Vergabepolitik. Es ist gut denkbar, dass Verlage »die Verwendung von KI« (ein weites Feld, was genau soll das heißen?)

Berlin eine Konferenz des Deutschen Übersetzerfonds in Kooperation mit der »Kollektiven Intelligenz« geplant, auf der solche Elefantenfragen unter dem Titel »KI, aber wie?« diskutiert werden.

Das Bild des Übersetzers, dem der Dialog mit dem Geist des Originals Lohn genug ist, hat jedenfalls mit den aktuellen Arbeitsweisen nicht viel zu tun. Das heißt auch: Das Verdienst um die Literatur ist nicht genug. Die Honorare müssen steigen.

André Hansen ist Literaturübersetzer, Co-Leiter des Projekts »Kollektive Intelligenz« und Beisitzer im Vorstand des Verbands deutschsprachiger Übersetzer/innen literarischer und wissenschaftlicher Werke (VdÜ)

i MEHR DAZU

Die Experimente des Projekts sind auf kollektive-intelligenz.de nachzulesen. Das Projekt wurde im Rahmen des Programms Neustart Kultur vom Deutschen Übersetzerfonds gefördert.

künftig genauer markiert sehen möchten oder auf Geheiß des lizenzgebenden Verlags oder des jeweiligen Originalautors KI-basierte Übersetzungen untersagen. Es mag Marktsegmente geben, in denen die sprachliche Gestaltung weniger zählt und der nachbearbeitete maschinelle Output genügend hingegenommen wird – diese Segmente stehen allerdings nicht im Fokus unserer Förderung. In deren Zentrum stehen Menschen – Menschen mit ihren geistigen Schöpfungen, Menschen, auf deren Interpretationsvermögen, Sprachkraft und Sensibilität gutes literarisches Übersetzen beruht und für deren Weiterbildung, auch in Sachen Machine Translation Literacy, der Deutsche Übersetzerfonds Angebote macht. Wir begleiten den steten Wandel, dem das Wissen und das Bewusstsein über die Arbeit des Übersetzens unterliegen, und fördern individuelle Bestrebungen, die kreativen Ausdrucksmöglichkeiten übersetzter Literatur zu erweitern.

Jürgen Jakob Becker ist Geschäftsführer des Deutschen Übersetzerfonds

Gedächtnislandschaft im Zeichen der Integration

Der Hauptfriedhof in Hanau mit der Gedenk- und Grabstätte für die Opfer rechten Terrors vom 19. Februar 2020

TOBIAS PEHLE

Eine Kulturform, die sich nicht mehr weiterentwickelt, ist Geschichte. Auch deshalb legt die Deutsche UNESCO-Kommission bei der Ernennung eines Immateriellen Kulturerbes großen Wert darauf, dass es aktiv von Menschen gelebt und weiterentwickelt wird. Das gilt ganz besonders für die Friedhofskultur, die seit vier Jahren im Kulturerbe-Verzeichnis steht.

Die Art und Weise, wie wir bestatten, trauern und gedenken, hat sich im Laufe der Zeit stets verändert. Seit mehreren Jahren ist dies beispielsweise bei Trauerfeiern erfahrbar: Häufig sind Popsongs statt klassischer Musik zu hören, Menschen tragen nicht mehr nur Schwarz, und neben klassischer Trauerfloristik werden bunte Blumen als letzter Gruß niedergelegt. Zurzeit erfahren die Veränderungsprozesse auf dem Friedhof eine besondere Dynamik. Unsere Gesellschaft ist bunter und vielfältiger geworden – und das spiegelt sich auch bei den Trauer- und Erinnerungsritualen. Zu den spannenden Fragen zählt, wie wir vor allem mit muslimischen Bestattungen in

unserer christlich-abendländisch gewachsenen Trauertradition umgehen. Hier erweist sich die Friedhofskultur als besonders integrativ, denn im Trauern und Erinnern zeigen sich Menschen auch jenseits von Herkunft und Religion, Alter oder sozialem Status geeint.

Ein herausragendes Beispiel dafür ist der Hauptfriedhof in Hanau, ein klassischer deutscher Parkfriedhof, wie er Mitte des 19. Jahrhunderts in vielen deutschen Städten entstand. Auf dem schönen, gut 14 Hektar großen Areal mit seinem alten Baumbestand, den historischen Grabstellen und einem Ehrenfriedhof finden bereits seit 2001 auch muslimische Bestattungen statt. Dafür hatte man zunächst ein weitläufiges Grabfeld mit 200 Wahl- und 80 Reihengräbern ausgewiesen, das bereits um gut 100 weitere Bestattungsplätze erweitert wurde. Sie ermöglichen, die Toten so auf der rechten Körperseite abzulegen, dass ihr Kopf Richtung Mekka ausgerichtet ist. Längst gehören muslimische Beisetzungsrituale zum Alltag auf dem Hauptfriedhof der Brüder-Grimm-Stadt, und die Vorschriften wurden so angepasst, dass die Angehörigen ihre Verstorbenen selbst auf den Schultern zum Grab tragen und dort in die Erde legen können.

Das muslimische Grabfeld ist auf den ersten Blick kaum von anderen Grabfeldern zu unterscheiden. Viele Muslime gestalten und pflegen ihre Gräber nach hiesigen Traditionen, mit ähnlichen, zumeist schwarzen Grabsteinen und saisonalem Blumenschmuck. Was den Hanauer Hauptfriedhof so bedeutsam macht, ist die weiß strahlende, äußerst gepflegte Gedenkstätte, die an die Opfer des rassistischen Mordanschlags am 19. Februar 2020 erinnert. Ihm fielen neun zu meist junge Menschen zum Opfer, drei von ihnen liegen hier nebeneinander begraben: Ferhat Unvar, Hamza Kurtović und Said Nesar. An die weiteren sechs Opfer erinnern flache, in den Boden

eingelassene Gedenksteine. Es ist ein ungemein berührender Ort, an dem große Schautafeln an jede einzelne Persönlichkeit in lebendigen Geschichten erinnern. Die Texte führen eindrucksvoll vor Augen, dass die Ermordeten friedlich lebende Bürgerinnen und Bürger Hanaus und selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft waren. Und dem entspricht auch die von den Angehörigen gepflegte Grabanlage: Sie fügt sich auf gewisse Weise wie selbstverständlich in diesen historisch gewachsenen, geschichtsträchtigen Friedhof ein.

Der Hanauer Friedhof erweist sich als Seismograf unserer Gesellschaft – und das nicht nur in Bezug auf die Gedenkstätte. Hier lässt sich vieles zum Thema Integration sinnbildlich lesen: So hat es sicher eine eigene Ausdruckskraft, dass das muslimische Grabfeld nicht etwa in der Mitte des Friedhofs zu finden ist, sondern am Rand, genauer gesagt sogar am äußersten Ende (vom Haupteingang aus gesehen).

Das Andenken an eines der Opfer, an Gökhan Gültekin, hält dessen Bruder Çetin mit großem Engagement wach. Er hat dazu auch einen Spiegel-Bestseller geschrieben: »Geboren, aufgewachsen und ermordet in Deutschland«. Aber nicht beige, möchte man fast unwillkürlich ergänzen in Anbetracht der Tatsache, dass Gökhan nicht in seiner Heimatstadt Hanau die letzte Ruhe gefunden hat, sondern in der Heimatstadt seines Vaters, im türkischen Ağrı. Und das ist eben auch Realität: Viele, vor allem türkisch eingewanderte Familien lassen ihre Verstorbenen immer noch im Land ihrer Vorfahren beisetzen und nicht hier, wo sie seit Jahrzehnten leben.

Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass die Stadt Hanau 2022 beschlossen hat, für die Opfer ein Mahnmal des Künstlers Heiko Hünnerkopf zu errichten. Bislang allerdings hat man dafür noch keinen passenden Ort gefunden. Einen festen Platz hat die Erinnerung dennoch: die Gedenkstätte auf

dem Friedhof. Das unterstreicht einmal mehr die enorme Bedeutung dieses Kulturraums für die Stadtgeschichte – nicht nur in Hanau. Die Angehörigen wünschen sich, dass das Mahnmal zentral in der Innenstadt errichtet wird, um ein deutliches Zeichen gegen rechten Terror zu setzen.

Auch deshalb haben sie durchgesetzt, dass am Gedenktag des Anschlags auf dem Friedhof keine politischen Reden mehr gehalten werden. So kam es, dass im letzten Jahr auch hochrangige Politikerinnen und Politiker wie Innenministerin Nancy Faeser zum stillen Andenken auf dem Hauptfriedhof zusammenkamen, um eben genau das zu tun, wofür Friedhöfe so unverzichtbar sind: Trauern und Erinnern.

Tobias Pehle ist Geschäftsführer des Kuratoriums Immaterielles Erbe Friedhofskultur, dem Partner der Deutschen UNESCO-Kommission für diese Kulturform



Tief berührend: Die Gedenk- und Grabstätte für die Opfer rassistischen Terrors auf dem Hauptfriedhof in Hanau

FOTO: TOBIAS PEHLE

FRIEDHOFSKULTUR

Friedhöfe sind Kulturorte! Seit der Ausgabe 9/23 stellt Tobias Pehle in Politik & Kultur ausgewählte Friedhöfe vor. Sie finden die bisher erschienenen Beiträge unter: politikkultur.de/autor/tobiaspehle

Reform-Tagebuch (Folge 1)

Die Strategie zur Umsetzung künftiger Strukturen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz

HERMANN PARZINGER

Der Stiftungsrat der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) hat im Dezember 2022 einen wegweisenden und von Bund und allen 16 Ländern gemeinsam getragenen Beschluss zur künftigen Struktur der SPK gefasst. Innerhalb der SPK ist für den Reformprozess seit Anfang 2023 ein aus sieben Personen bestehendes Kollegialorgan federführend, vorläufig »Interimsvorstand« genannt. Er besteht aus leitenden Vertreterinnen und Vertretern der Einrichtungen, die diesen Prozess gemeinsam mit dem Präsidenten steuern. Dies nimmt bereits die künftige Leitungsstruktur mit Vorstand und einem Präsidenten als Vorstandsvorsitzenden vorweg.

Wir waren uns dabei sehr schnell einig, dass sich die Reform nicht ausschließlich auf organisatorisch-strukturelle Fragen beschränken darf, so notwendig diese für mehr Autonomie und größere Gestaltungsspielräume der Einrichtungen auch sind. Diesen Fragen widmen wir uns, unterstützt durch »Partner Deutschland (PD)« als externe Berater, auch intensiv. Auch der regelmäßige und produktive Austausch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) ist dabei von großer Bedeutung. Der Stiftungsratsbeschluss vom Dezember 2022 spricht sich jedoch auch für eine Stärkung der

SPK als großer und vielfältiger Verbund von möglichst autonom agierenden Museen, Bibliotheken, Archiven und Forschungsinstituten aus. Dabei stellt sich auch die Frage nach dem Selbstverständnis und der Zukunftsvision. Keine Reform ohne Strategie. Im Frühjahr 2023 hat der Interimsvorstand deshalb einen Strategieprozess »SPK 2030« initiiert. Der Verbund SPK gibt sich damit erstmals einen übergeordneten handlungsleitenden Rahmen, der nach innen und außen ein klares Zielbild kommuniziert und für die Arbeit des Verbundes in den nächsten Jahren die Prioritäten setzen soll. Die von uns erarbeitete Vision beschreibt, wohin wir uns bis 2030 entwickeln sollen, welche Wirkung wir entfalten wollen und welche Erfolgsmerkmale uns dabei leiten.

Zentrales Element unserer Vision ist es, Menschen, Zeiten und Räume zu verbinden und dadurch einen Mehrwert für unsere Zielgruppen zu schaffen. Wir wollen als starkes Netzwerk und auf der Basis unserer Sammlungen und unseres Wissens Vielfalt erlebbar machen, unsere Expertisen in gesellschaftliche Debatten einbringen und partnerschaftlich die Zukunft mitgestalten. Dafür haben wir sieben Wirkungsfelder definiert, die einer Zielgruppenlogik folgen und genau abbilden, für wen der Verbund SPK mit seinen Aktivitäten einen Mehrwert schaffen möchte.

Diese Wirkungsfelder richten sich sowohl nach innen wie auch nach außen. Für jedes dieser Wirkungsfelder hat der Interimsvorstand Fokusthemen entwickelt und priorisiert. Erstens wollen wir im Hinblick auf die Mitarbeitenden der SPK eine Kultur der Wertschätzung fördern und Raum für Initiativen der Mitarbeitenden schaffen. Zweitens wird die SPK als Organisation unternehmerisch handeln und ihre Angebote und Dienstleistungen nachhaltig gestalten. Drittens suchen wir den aktiven Austausch mit unserem Publikum und sprechen mit unseren vielfältigen Programmen viele verschiedene und immer wieder auch neue Gruppen an. Viertens wollen wir für die wissenschaftlichen Fach-Communities national und international ein attraktiver Kooperationspartner sein, der über eine besondere Expertise im Bereich der sogenannten Kleinen Fächer verfügt und auf der Basis seiner Sammlungen Forschungen an den Schnittstellen der Disziplinen fördert. Fünftens suchen wir den Austausch mit der Gesellschaft, ermöglichen Teilhabe und stärken Diversität und Inklusion. Sechstens stehen wir im regelmäßigen Austausch mit unseren Trägern in den Ländern und wollen Bühne und Schaufenster für Ländereinrichtungen in der Hauptstadt sein. Siebtens engagieren wir uns durch unsere vielfältigen Kooperationen mit internationalen Partnern in

der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und schärfen dabei unser zukünftiges Selbstverständnis und unsere Handlungsmöglichkeiten.

Jedes dieser sieben Wirkungsfelder wird von einem Mitglied des Interimsvorstandes betreut; sie sind in den kommenden Jahren für den Verbund der Stiftung handlungsleitend. Ein Strategieprozess kann jedoch – soll er wirklich Wirkung entfalten – nicht ohne Einbindung der Mitarbeiterschaft erfolgreich sein. In einer in Form von mehreren Präsenzveranstaltungen organisierten »Roadshow« haben die Mitglieder des Interimsvorstandes die Eckpunkte der Vision »SPK 2030« den Mitarbeitenden persönlich



PARZINGERS REFORM-TAGEBUCH

vorgelegt und für die Mitarbeit in Arbeitsgruppen geworben. Dabei haben die Mitglieder des Interimsvorstandes die Strategie ganz bewusst nicht in ihren eigenen Einrichtungen bzw. an ihren Standorten vorgestellt, sondern in solchen SPK-Institutionen, denen sie eben gerade nicht vorstehen. Dadurch sollte deutlich werden, dass sich der siebenköpfige Interimsvorstand als Team versteht und jenseits von Partikularinteressen der jeweiligen Einrichtungen – so legitim sie sein mögen – gemeinsame strategische Ziele für den Verbund der SPK verfolgt.

Partizipation ist uns wichtig, auch wenn sich dies in einer sehr großen

und vielfältigen Institution wie der SPK mit 2.000 Mitarbeitenden als eine besondere Herausforderung darstellt. Für die sieben Wirkungsfelder unserer Strategie haben sich nun sieben Arbeitsgruppen etabliert, die jeweils Vorschläge für konkrete Maßnahmen erarbeiten werden. Parallel dazu hatten Mitarbeitende, die mit ihren Ideen beitragen möchten, selbst aber nicht an einer der Arbeitsgruppen teilnehmen können, die Möglichkeit, ihre Überlegungen in einem Whiteboard einzutragen, damit diese in die weiteren Überlegungen Eingang finden. Unser Ziel ist es, zum Stiftungsrat der SPK im Juli bereits erste Maßnahmen vorzustellen, die dann in der zweiten Jahreshälfte 2024 bereits in die Umsetzung gehen sollen. Dazu wird der Interimsvorstand aus der Fülle der Vorschläge der Arbeitsgruppen diejenigen Initiativen auswählen und priorisieren, die in einem ersten Schritt umgesetzt werden sollen.

Dafür sind entsprechende Strukturen aufzubauen, ferner gilt es, die Maßnahmen fortlaufend zu evaluieren. Es ist deshalb auch Teil dieses Strategieprozesses, Kennzahlen zu erarbeiten, mit deren Hilfe wir den Erfolg der einzelnen Maßnahmen messen können. Dieser Strategieprozess ist nicht zuletzt auch deshalb von so großer Bedeutung für die Reform der SPK, weil er durch die Bildung von Arbeitsgruppen erstmals eine wirklich konkrete Mitwirkung der Mitarbeitenden ermöglicht. Die SPK der Zukunft muss von allen gemeinsam getragen werden.

Hermann Parzinger ist Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz

»In my native home Liscarroll...«

Bedrohte Sprachen und Dialekte im Berliner Lautarchiv

CHRISTOPHER LI

Das Lautarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin ist dem Hermann von Helmholtz-Zentrum für Kulturtechnik angegliedert und hat seit Sommer 2022 einen neuen Standort im Humboldt Forum erhalten. Zahlreiche internationale Forscherinnen und Forscher verschiedener Disziplinen, aber auch interessierte Privatpersonen besuchen das Lautarchiv regelmäßig mit unterschiedlichen Interessen.

Anlässlich der von der UNESCO ausgerufenen Internationalen Dekade der indigenen Sprachen von 2022 bis 2032 ist es an der Zeit, die Bestände des Berliner Lautarchivs einmal daraufhin zu untersuchen, welche der im Lautarchiv aufbewahrten Sprachaufnahmen eigentlich zu den bedrohten oder möglicherweise sogar bereits ausgestorbenen Sprachen gehören.

Es wird vielleicht manche überraschen, aber als »definitely endangered« (»gefährdet«) gilt – laut des von Christopher Moseley 2010 herausgegebenen »Atlas of the World's Languages in Danger« der UNESCO – das Irische. Am Beispiel der Aufnahme eines irischen Kriegsgefangenen aus dem Ersten Weltkrieg, die sich im Lautarchiv befindet, soll eine Hörperspektive auf Klängaufnahmen von Kriegsgefangenen dargestellt werden, die zwar nicht verallgemeinert werden kann, jedoch von Besucherinnen und Besuchern im Lautarchiv zuweilen eingenommen wird. Zumeist werden die Aufnahmen von Kriegsgefangenen ja – sehr richtig – unter ausgesprochen kritischen Vorzeichen von hiesigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gehört und erforscht, nämlich unter Berücksichtigung der Zwangssituation, in der sie während des Ersten Weltkriegs entstanden. Anders jedoch, allerdings vereinzelt, ist es bei interessierten Personen und/oder Nachfahren aus den Herkunftsländern der Sprecher. Zum Beispiel bei der Anfrage eines Enkels des irischen Soldaten John McCrory, der im Ersten Weltkrieg in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet. McCrory wurde am 24. April 1881 in Belfast geboren. Von Beruf war er Schuhmacher, wenn man der historischen Aufnahmedokumentation, dem sogenannten »Personalbogen«, glauben darf. Die Stimme von John McCrory wurde am 27. September 1917 im Kriegsgefangenenlager Gießen von Wilhelm Doegen aufgenommen, der 1920 das Lautarchiv als »Lautabteilung an der Preußischen Staatsbibliothek« gründete. Doegen beschrieb McCrorys Stimme im schriftlichen Aufnahmedokument als »Dunkle Mittelstimme mit hinreichender Konsonanz«.

John McCrory wählte für die Aufnahme das irische Lied »The Pride of Liscarroll«. Sehr wahrscheinlich eine freie Wahl: kaum vorstellbar, dass die Preußische Kommission ihm dieses Lied vorschlug oder aufdrückte, geschweige denn es überhaupt kannte. Es wurde eine gesungene Version und eine eigens für die linguistische Forschung gesprochene Version des Liedtextes aufgenommen. Dass letztere Version auch existiert, verweist auf eine im Ursprung linguistisch-utilitaristische Motivation der Kommission. Ist ein verengter Fokus auf den bloßen linguistischen Wert ohne kulturhistorische Kontextualisierung heute ethisch vertretbar?

Irisch gehört zu den bedrohten Sprachen. Der Enkel von John McCrory ließ sich nicht auf einen kritischen Diskurs im Hinblick auf die Zwangssituation seines Großvaters in der Kriegsgefangenschaft ein. Ihn interessierte vielmehr neben der Tatsache, dass er die Stimme seines Großvaters hören konnte (der vor seiner Geburt verstorben war), vor allem die Sprache, das Irische, welches heute nur noch von ca. 80.000 Menschen gesprochen wird. Das verweist auf den Wert solcher und anderer Sprachaufnahmen aus dem Berliner Lautarchiv: Nachfahren von Sprecherinnen und Sprechern vom Aussterben bedrohter Sprachen nutzen in vielen Teilen der Welt Audiomaterial der Sprachen ihrer Vorfahren zum Zweck der Erforschung und des Erhalts (vgl. hierzu allgemein auch Moseley 2010).

Wann gilt eine Sprache als bedroht oder ausgestorben? Das zentrale Kriterium ergibt sich aus der Kontinuität bzw. Diskontinuität in der Weitergabe durch die Generationen. Die im Folgenden vorgestellten Einordnungen entsprechen den Gefährdungsstufen, wie sie von Moseley im »Atlas of the World's Languages in Danger« der UNESCO aufgestellt worden sind. Andere Klassifikationen von Gefährdungsstufen unterscheiden sich hiervon marginal, wie etwa diejenige im »Ethnologue« (M. Paul Lewis 2009) oder die »Liste bedrohter Sprachen« auf Wikipedia. Entscheidend ist hier nicht eine akademische Diskussion, welche der Klassifikationen »richtig«, »besser« oder »falsch« ist. Das führt zu keinem Ende. Vielmehr wird die Einordnung der im Lautarchiv dokumentierten Sprachen mittels der dem Verfasser am plausibelsten erscheinenden Klassifikation durchgeführt. Dabei soll lediglich eine Aufzählung darüber gegeben werden, welche Sprachen sich im Berliner Lautarchiv unter den Kriegsgefangenen aufnahmen befinden, die heute vom Aussterben bedroht sind. Moseley unterscheidet zwischen:

- a) potenziell gefährdet, d. h. die meisten Kinder einer Community sprechen zwar die Sprache ihrer Eltern und Großeltern als Muttersprache; dies kann aber bereits auf die häusliche Kommunikation zwischen Kindern, Eltern und Großeltern beschränkt sein;
- b) gefährdet, d. h. Eltern und Großeltern sprechen die bedrohte Sprache noch; gelegentlich werden die Kinder auch noch in dieser Sprache angesprochen; diese antworten jedoch nicht in der bedrohten Sprache, sondern in einer in der Gesellschaft sich allgemein durchsetzenden Sprache;
- c) ernsthaft gefährdet, d. h. nur noch die Großeltern oder noch ältere Generationen sprechen die bedrohte Sprache; die Eltern verstehen diese Sprache zwar noch, verwenden sie aber nicht mehr in der Kommunikation miteinander oder mit ihren Kindern;
- d) moribund, d. h. die Sprache wird nur noch in der Generation der Urgroßeltern erinnert; sie wird auch nicht mehr in der Alltagskommunikation verwendet, sondern nur noch fragmentarisch in das Sprechen eingeflochten (vgl. hierzu Moseley 2010).

Der Versuch einer Unterscheidung zwischen Sprache und Dialekt ist laut Moseley nicht in jedem Fall klar lösbar (Moseley 2010). Sie ist sogar insofern prekär, als dass die Bezeichnung »Dialekt« kontextuell häufig einen abwertenden Zungenschlag hat, was den Versuch einer Unterscheidung fragwürdig macht. Der Begriff »Dialekt« legt sprachlicher Diversität eine gewisse konstruierte Hierarchie zugrunde. Als Gesamtanzahl der während des Ersten Weltkrieges von Wilhelm Doegen aufgenommenen »Sprachen und Dialekte« (Doegen zählte die Bereiche zusammen) gab dieser etwa 215 an. Klangedokumente von bereits ausgestorbenen Sprachen befinden sich nicht im Bestand der Kriegsgefangenen aufnahmen des Lautarchivs.

Hier sollen einmal alle Sprachaufnahmen – ohne die wertende Unterscheidung zwischen Sprache und Dialekt zu machen – aufgelistet werden, die heute im Lautarchiv aufbewahrt werden und gemäß dem »Atlas of the World's Languages in Danger« der UNESCO als gefährdet gelten: Baskisch (potenziell gefährdet), Bretonisch (ernsthaft gefährdet), Champagnisch (ernsthaft gefährdet), Emilianisch (gefährdet), Franko-Provenzalisch (Arpitanisch) (gefährdet), Friaulisch (gefährdet), Gaskognisch (ernsthaft gefährdet), Irisch (gefährdet), Jiddisch (gefährdet), Korsisch (gefährdet), Languedokisch

Sprachen, die von Sprechern aus afrikanischen Ländern eingesprochen wurden, scheinen in ihrer lebendigen Tradition viel konsistenter zu sein

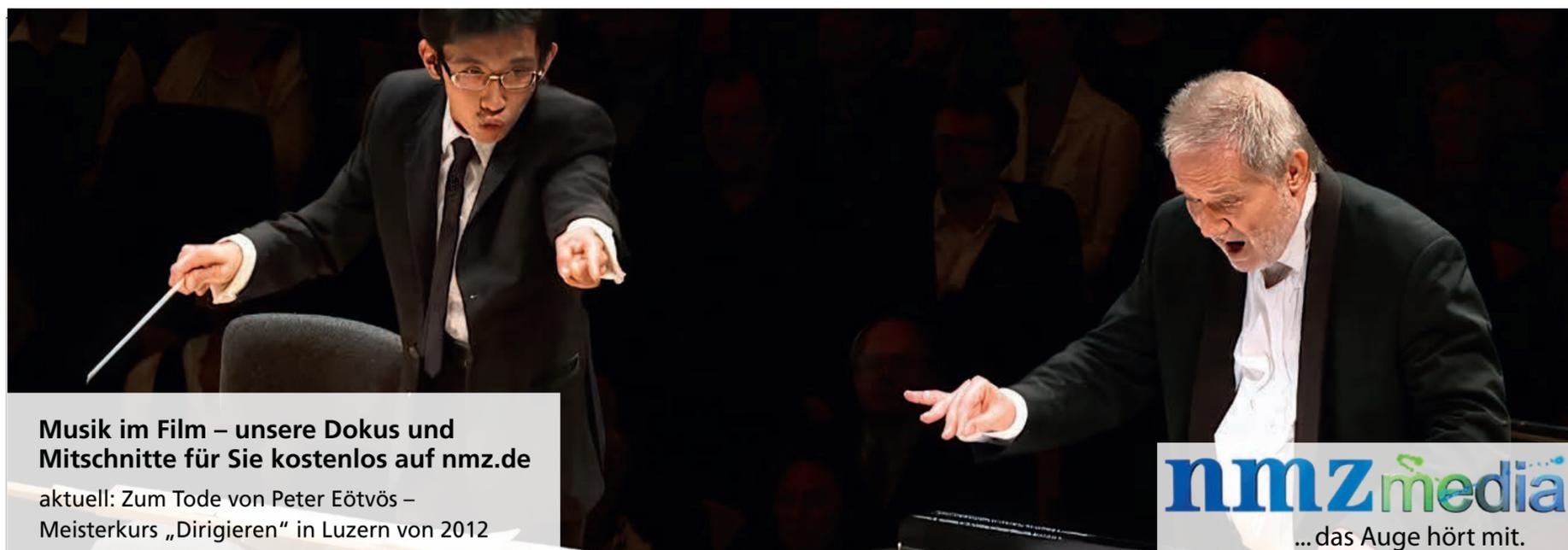
(ernsthaft gefährdet), Limousinisch (ernsthaft gefährdet), Ersjanisch-Mordwinisch (gefährdet), Mokscha-Mordwinisch (gefährdet), Normannisch (ernsthaft gefährdet), Okzitanisch (Auvergnatisch) (ernsthaft gefährdet), Picardisch (ernsthaft gefährdet), Piemontesisch (gefährdet), Rätomanisch (gefährdet), Romagnol (gefährdet), Romani (gefährdet), Sizilianisch (gefährdet), Tatarisch (ernsthaft gefährdet) und Walisisch (potenziell gefährdet). Es fällt unmittelbar ins Auge, dass in der Lautarchiv-Sammlung zahlreiche europäische Sprachen aufbewahrt werden, die vom Aussterben bedroht sind. Demgegenüber scheinen Sprachen, die von Sprechern etwa aus afrikanischen Ländern eingesprochen wurden, in ihrer lebendigen Tradition viel konsistenter zu sein. Sie erscheinen daher in dieser Auflistung nicht. Zu berücksichtigen ist selbstverständlich, dass der für diese Liste zu Rate gezogene Atlas bereits 14 Jahre alt ist und Daten sich jederzeit – auch bei aktuellsten Erhebungen – relativ schnell ändern können (vgl. hierzu auch Moseley 2010).

Umso wertvoller sind die auf Schellackplatten festgehaltenen Aufnahmen aus dem Berliner Lautarchiv, von dem hier ein Ausschnitt aus »The Pride of Liscarroll« abschließend einmal ausführlicher wiedergegeben werden soll:

*»In my native home Liscarroll
There lives a Colleen who is blind
And her Name is Kitty Farrell
To her the neighbours are all kind.
See her knit beside her Mother
You ne'er would think her sight was gone
and with Barney her young Brother
She milks the cows at early dawn.
She is the Pride of Liscarroll. [...]«*

Was bleibt, ist der wunderschöne, leicht melancholische Sprachton, gesungen von John McCrory, der von jeder interessierten Person im Lautarchiv angehört werden kann. Der Enkel von John McCrory hatte jedenfalls keine Einwände gegen eine bloße Fokussierung auf die Sprachästhetik. Aus hiesiger Sicht erscheint eine Kontextualisierung des Zwangskontextes der Entstehung der Aufnahmen ein Muss zu sein. In der Archivpraxis begegnen uns jedoch nicht selten Positionen von Nachfahren gerade aus den Herkunftsländern der Soldaten, die den bloßen Wert der Tatsache schätzen, ihre Sprache zu hören, wie sie vor mehr als 100 Jahren gesprochen worden ist.

Christopher Li ist Sammlungsleiter des Lautarchivs der Humboldt-Universität zu Berlin



Musik im Film – unsere Dokus und Mitschnitte für Sie kostenlos auf nmz.de

aktuell: Zum Tode von Peter Eötvös – Meisterkurs „Dirigieren“ in Luzern von 2012

nmzmedia
... das Auge hört mit.

Ein Zeichen gegen das Schweigen

Oliver Reese und Johannes Nölting im Gespräch über Veranstaltungen des Berliner Ensembles

Am 27. November 2023 fand im Berliner Ensemble auf Initiative von Igor Levit und Michel Friedman ein Solidaritätskonzert »Gegen das Schweigen – gegen Antisemitismus« statt: ein Konzert mit viel Prominenz aus verschiedenen Sparten, mit Musik und Lesungen. Barbara Haack spricht darüber mit Oliver Reese und Johannes Nölting.

Barbara Haack: Was wollten Sie mit dem Abend erreichen – und was haben Sie erreicht?

Oliver Reese: Das, was wir erreichen wollten, haben wir erreicht. Wir wollten mit einem von sehr vielen unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstlern und deren persönlichen Beiträgen geprägten Konzert ein Zeichen setzen: ein Zeichen »gegen das Schweigen«. Auch wir haben es so wahrgenommen, dass sehr viele Einrichtungen erst einmal in Deckung gegangen sind. Diese Deckung wollten wir aufbrechen. Wir wollten ein Zeichen setzen, dass wir an der Seite der jüdischen Freunde stehen, die geschockt waren von dem Horror, der am 7. Oktober losgegangen ist. Uns ist mit allen Veranstaltungen in diesem Zusammenhang wichtig, den Fokus auf die Konsequenzen solcher welt-politischen Ereignisse für Deutschland zu richten. Das gilt auch für unsere Reihe »Gaza Talks«: Welche Schwierigkeiten lösen diese Konflikte für die verschiedenen Gruppen hier in Deutschland aus?

Johannes Nölting: Das ist eine neue Aufgabe, die wir jetzt mit den groß-politischen Ereignissen in der Welt erst richtig erkennen und – auch intern – darum ringen, wie unsere Position als Berliner Theater dazu ist. Dieses Motto »Gegen das Schweigen« war keine Anklage an irgendjemanden. Wer, wenn nicht wir als großes Theater in der Mitte der Gesellschaft, hat die Möglichkeit solche Themen aus verschiedenen Perspektiven aufs Tableau zu heben!

Reese: Wir erleben das Theater als einen Ort des gemeinsamen Diskurses über Problemstellungen, die die Gesellschaft akut erschüttern. Theater hat eine große Reichweite auch in sehr verschiedene gesellschaftliche Gruppen hinein. Die Menschen wissen, dass in unserem Spielplan neben den Aufführungen immer auch Diskursformate stattfinden, nahezu tag-aktuell, und dass dadurch immer sehr viele Perspektiven von außen bei uns ein Forum bekommen. Dieses Potenzial nutzen wir.

Das Konzert war nach vier Minuten ausverkauft. Zu einer solchen Veranstaltung kommen in der Regel Menschen, die gleichen Sinnes sind. Wie kann man dieses Zeichen, das Sie setzen wollen, in andere Gruppen hineinbringen, die man auch mit diesen Botschaften erreichen will?

Nölting: Es geht bei diesen Konzerten nicht nur um die 700 Menschen, die dort sitzen. Es geht um ein Zeichen! Und die Veranstaltung wurde sehr breit medial wahrgenommen; sie wurde in der ARD Mediathek live gestreamt und im rbb Fernsehen ausgestrahlt. Zudem berichtete unter anderem das heute journal noch am selben Abend. Die Verbreitung passiert auch über die Unterschiedlichkeit der Künstlerinnen und Künstler.

Reese: Gerade deshalb hatten wir auch die Idee, ein Crossover zu machen: Klassik, Pop, Lesung, prominente Menschen – nicht, weil wir so

promigil sind, sondern weil zum Beispiel durch die Mitwirkung der Toten Hosen, Sven Regener oder Joana Mallwitz möglicherweise auch deren Fans sich das anschauen und sich bei der Gelegenheit als »Kollateralgewinn« Dinge mitnehmen, auf die sie sonst nicht gekommen wären.

Sie sagen, Sie wollen niemanden anklagen. Michel Friedman hat aber deutlich erklärt, er sei enttäuscht, weil Theater, Musikhäuser, Literatur nicht die gleiche Empathie gezeigt hätten wie in anderen Fällen. Auf der anderen Seite erklärt Campino im Pausengespräch, niemand müsse sich für seine Sprachlosigkeit, seine Unsicherheit

Im Pausengespräch haben Sie Igor Levit gefragt: Was kann die Kunst? Wie zeigt sich das Engagement, das Sie in solchen Sonderveranstaltungen präsentieren, im Programm, auf der Bühne Ihres Theaters?

Reese: Im Spielplan könnte man neben viele Stücke das Thema schreiben, das jetzt eine aktuelle Relevanz hat. Das sähe dann so aus, als wenn wir hier Soziologie oder Politik mit anderen Mitteln machen wollten. Es wäre aber interessant, das mal zu tun. Bei »Vögel« von Wajdi Mouawad ging es zum Beispiel um eine Art Politkrimi, der den Nahostkonflikt in Gestalt einer Geschichte auf der Bühne thematisiert – mit Anklängen an »Nathan der Weise« durch diese

immer am meisten, wenn die Zuschauer hinterher von etwas berichten, was sie assoziiert oder was sie mitgenommen haben, woran ich nie gedacht habe.

Nölting: Und das ist auch eine Stärke des Theaters! Sowohl in unseren Diskursveranstaltungen als auch in den Theateraufführungen wird man enttäuscht, wenn man dort Antworten über ein bestimmtes Thema erwartet. Man geht mit mehr Fragen nach Hause als man gekommen ist.

Bei der Veranstaltung »Über Gaza reden« hat man gemerkt: Es ist allerhöchste Zeit und es ist vielleicht gerade noch nicht zu spät. Nur sehr wenige Menschen mit einem palästinensischen Hintergrund wollen noch

ich mich erst gewöhnen. Ich habe früher immer gesagt: Das ist so ein krasses Wort, das schockt mich als Begriff. Jetzt ist es gar nicht lange her, dass wir eine Veranstaltung mit diesem Titel »Judenhass« gemacht haben. Und ich muss sagen: Ich verstehe es mittlerweile. Sartre hat sicher recht: Hass kommt oft aus Unsicherheit und aus dem Bedürfnis, sich selbst aus der eigenen vermeintlichen Stärke heraus stärker fühlen zu wollen, sich aufzumanteln in der Abgrenzung gegenüber anderen. Insofern trifft dieses Zitat etwas. Antisemitismus ist eine sehr, sehr hässliche Sache, eine Fratze. Deshalb sind diese Begriffe leider richtig.

Welche Veranstaltungen sind weiter geplant?

Nölting: Wir setzen uns weiter mit Gaza auseinander. Das ist wie gesagt wie eine Art Kontrastmittel für die Spannungen und fehlenden Perspektiven in unserer Gesellschaft. Wir werden in den nächsten drei Monaten mit der palästinensisch-deutschen Journalistin Alena Jabarine eine kleine Reihe mit dem Titel »Gaza-Talks« durchführen. Auch da geht es wieder darum, was das mit unserer Gesellschaft macht. Und was macht es, wie wir miteinander reden? Es ist ein so einschneidendes Erlebnis, für Jüdinnen und Juden genauso wie für Palästinenserinnen und Palästinenser in Deutschland wie auch für Muslime und interessanterweise für ganz viele marginalisierte Communitys. Im Weiteren wird es auch um die Frage gehen, wen dieser Krieg in Gaza und der 7. Oktober wie betrifft und wer sich hier von wem spaltet.

Reese: Mich hat die Auseinandersetzung mit Joe Chialo im Kontext des Versuchs, eine Antisemitismusklausel einzuführen, beschäftigt. Da kam auf einmal auch das Thema Kunstfreiheit auf. Das ist etwas, das wir aufgrund dieser Debatte ganz schnell ins Programm genommen haben: Friedman im Gespräch mit Barrie Kosky. Kosky hat, als jüdischer queerer Künstler in Berlin lebend, international arbeitend, eine ganz andere Meinung als die etwas ängstliche Auffassung, die hier mancherorts zu finden ist, die sich selbst den Mund verbietet, um ja alles richtig zu machen.

Wie stehen Sie zu dieser Klausel, die ja eigentlich eine Antidiskriminierungsklausel ist?

Reese: Ich habe immer sehr deutlich gemacht, dass ich überhaupt kein Problem damit hätte, etwas gegen Antisemitismus zu unterschreiben. Wir haben an unserem Haus seit Jahren einen Code of Conduct eingeführt, in dem ein Verhalten gegen Diskriminierung, gegen Antisemitismus als Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit jedem, der hier einen Vertrag unterschreibt, zugesandt wird, damit man weiß, auf welcher Basis wir zusammenarbeiten wollen. Womit ich ein Problem habe, ist, dass die Verpflichtung zur Unterschrift an die Zusage von Geldern gebunden sein soll. Ich unterschreibe herzlich gerne etwas aus eigener Entscheidung. Dann ist es etwas wert. Wenn das alle tun müssen, weil sie sonst kein Geld bekommen, ist es für mich im Kern entwertet. Deswegen bin ich kein Fan einer verbindlichen Klausel.

Vielen Dank.

Oliver Reese ist Intendant des Berliner Ensembles. Johannes Nölting ist Dramaturg des Berliner Ensembles. Barbara Haack ist ChefIn vom Dienst von Politik & Kultur



Margot Friedländer beim Solidaritätskonzert »Gegen das Schweigen – gegen Antisemitismus« im Berliner Ensemble

rechtfertigen. Was erwarten Sie von Kulturinstitutionen angesichts dieser Diskrepanz zwischen deutlicher Positionierung und Unsicherheit?

Nölting: Wir machen die Erfahrung: Wenn einer damit anfängt, machen das auch andere Theater. Keiner muss das machen. Aber man kann zeigen, dass es geht und dass es wichtig ist. Und vielleicht machen dann andere mit. Das ist ein wichtiger Teil von Zivilgesellschaft.

Reese: Deswegen werden wir am 4. Juni eine Folgeveranstaltung mit dem Titel »Jede:r ist jemand« machen, unter anderem mit Navid Kermani, Herta Müller, Bettina Wegner, Katharine Mehrling, der Dragqueen Meo Wulf, dem marokkanisch-deutschen Rapper Yonii, Jocelyn B. Smith. Auch da geht es um das Thema Antisemitismus, aber eben darüber hinaus auch ganz bewusst um andere virulente Konflikte: Wie gehen wir damit um, dass sich der Nahostkonflikt in keiner Weise beruhigt und dass auch in Deutschland die Lager weiter auseinanderzubrecheln drohen? Unsere Grundhaltung ist eine Offenheit für sehr verschiedene Positionen.

unglaubliche Geschichte, dass jemand zwischen arabisch-israelischen Wurzeln biografisch hin- und hergeworfen ist. Man könnte auch die Aufführung »Theatermacher« mit Stefanie Reinsperger in der Titelrolle nehmen und »toxische Männlichkeit/MeToo« daneben schreiben. Wenn wir Friedmans »Fremd« auf den Spielplan setzen, dann haben wir damit explizit ein »Coming of Age« als jüdischer Migrant in Deutschland auf dem Spielplan – noch einmal pointiert dadurch, dass Sibel Kekilli mit ihrem türkischen Migrationshintergrund diese jüdische Geschichte verkörpert. Es gibt also eine Vielfalt von Stücken, die ein Interesse an Schauspielerei, Sprache, Geschichtenerzählen haben und gleichzeitig sehr deutlich ein Thema aufgreifen.

Eigentlich müsste der Zuschauer die Themen doch selbst für sich finden? Wenn ich daneben schreibe, was hier gerade verhandelt wird, nehme ich ihm die Möglichkeit für eigene Entdeckungen.

Reese: Natürlich. Nichts ist schrecklicher als Theater mit Gebrauchsanweisung. Ich freue mich als Regisseur

öffentlich reden, weil es eine so verminte Debatte ist, die allzu oft schon an Begriffen scheitert. Man kann und muss immer bestimmte Begriffe kritisieren, aber komplette Gespräche zu verweigern, ist doch schrecklich. Wir müssen uns aushalten und zuhören. Spätestens seit dem 7. Oktober, wahrscheinlich auch schon früher, müssen wir konstatieren, dass wir viele Perspektiven einfach nicht gesehen haben – vor allem die von marginalisierten Communitys. Damit droht man viel Vertrauen zu verspielen. Wir müssen Menschen zuhören, die etwas anderes zu erzählen haben. Auch wenn uns etwas irritiert oder fremd ist.

Im Rahmen der Veranstaltung im November hat Dunja Hayali einen Text von Sartre gelesen. Daraus ein Zitat: »Der Antisemit ist ein Mensch, der Angst hat. Nicht vor den Juden, sondern vor sich selbst. Antisemitismus ist die Furcht vor dem Menschsein.« Würden Sie dem zustimmen?

Reese: Ja, ich würde dem zustimmen. An das Wort »Judenhass«, das Friedman schon lange verwendet, musste

Eine Entscheidung mit politischer Signalwirkung

Das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa wurde umbenannt: eine Verdrängung des eigenen Erbes

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Der Protest gegen Kulturstaatsministerin Roth kommt spät, ist aber nicht mehr zu überhören. Zu lang wurde die Liste ihrer Versäumnisse; und ihre politischen Ungeschicklichkeiten werden inzwischen peinlich. Es reicht eben nicht, nur ein buntes Vogel zu sein.

Jüngst hat die in ihre Zuständigkeit fallende Umbenennung des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte des östlichen Europa, wie das Haus neuerdings heißt, das Fass wieder einmal zum Überlaufen gebracht. Dabei liegt der Vorgang schon eine Weile zurück und man könnte sogar ein paar Argumente anführen, mit denen sich ein solcher Namenswechsel rechtfertigen ließe. Aber Roths politischer Kredit scheint zu sehr verbraucht, als dass man ihr noch abnehmen möchte, eine sachgerechte Entscheidung zu treffen.

Der Namenswechsel ändert am herkömmlichen Arbeitsauftrag des Oldenburger Bundesinstituts auch wenig. Aber man sollte die politische Signalwirkung nicht unterschätzen. Der Kernauftrag, die Erinnerung an die deutsche Kultur im Osten, rückt damit zwangsläufig in den Hintergrund.

Die nationale Sicht hat einer transnationalen Betrachtungsweise zu weichen, in der sich die eigenen Traditionen weitgehend aufzulösen beginnen – für einen fraglichen Vorteil. Von der »Auslöschung der eigenen Kultur« spricht daher die FAZ und man kann ihr nur beipflichten; auch wenn sich die Frage aufdrängt, warum man diese Gefahr erst jetzt so deutlich anzusprechen bereit war. Denn nichts anderes geschieht doch seit Jahren.

Dahinter das gezielte Wirken der grünen Kulturstaatsministerin Roth vermuten zu wollen, tut ihr fast schon zu viel der Ehre an. Denn ob sie sich bei ihrem fahrlässigen Amtsverständnis jemals überhaupt einen genaueren Einblick in diese Arbeitsfelder verschafft hat, erscheint eher fraglich. Viel naheliegender dürfte doch jene sattsam bekannte Mischung aus ideologischem Ressentiment und behördlicher Wohlschaffenheit sein, bei der irgendwann irgendwem auffiel, dass man die Oldenburger Behörde doch tunlichst den Zeitläuften anpassen sollte.

Wenn man in Kreisen der Heimatvertriebenen inzwischen von einer zweiten Vertreibung spricht, dann

kann man ihnen die Mitverantwortung für diese Misere gleichwohl nicht ersparen. Sie haben es ihren Gegnern zu leicht gemacht, um sich heute darüber beklagen zu können. Und schon dem ersten Kulturstaatsminister Naumann war es, wie der Schwabe sagt, ein »gemähtes Wiesle«, in der Vertriebenenszene erst einmal ordentlich aufzuräumen.



MÖLLER MEINT

Aber das Problem reicht bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. Der deutsche Osten war im selbst verursachten Feuersturm untergegangen, und eine sentimentale Erinnerung an ihn durfte es nicht geben. Schon die Besatzungsmächte achteten peinlich darauf, dass keine geschlossenen Siedlungsgebiete der Vertriebenen mehr entstanden, die das Heimatbewusstsein und die verständliche Herkunftsverbundenheit über Gebühr konserviert hätten.

So wurden die zweitausend Einwohner einer ehemals donauschwäbischen Gemeinde, wie es der Historiker Norbert Pötzl exemplarisch beschreibt, auf sage und schreibe 158 Ortschaften im Westen verteilt. Man habe, notierte der aus Danzig stammende Schriftsteller Günter Grass bitter, »die ostdeutschen Provinzen gleich zweimal verloren«, durch den selbst verschuldeten Krieg, aber auch durch die »Fehler der Nachkriegszeit«. Jahrzehntlang wagte man die deutschen Namen der Städte im Osten noch nicht einmal auszusprechen. Von Breslau oder Hirschberg reden heute eher die jungen Polen; und als eine Gruppe junger tschechischer Ausstellungsmacher und Fotografen vor Jahren das ihnen gänzlich unbekannte Sudetenland wiederentdeckten, hat man das zwar in Prag registriert, nicht aber in Deutschland.

Insofern steht die Umbenennung des Oldenburger Bundesinstituts für Kultur und Geschichte des östlichen Europa doch in einer ungenügenden Tradition der Verdrängung des eigenen Erbes und der eigenen kulturellen Erinnerung. Was diesen Vorgang allerdings noch bedrückender macht, ist die Vermutung, dass es schon gar nicht mehr

um die deutsche Kultur im Osten und die alten Vertriebenendebatten geht, sondern um die Entsorgung des Nationalen in toto. Die Tendenz, Geschichte mittlerweile ohne Bezug auf die eigene Herkunft, auf die eigene Nation und deren historische Landschaften zu schreiben, hat zu gruseligem akademischen Verrenkungen geführt. Über deren Erkenntnisgewinn lässt sich trefflich streiten. Gefeierte wird heute das Ende der alten, wie man glaubt, verzopften Nationalgeschichtsschreibung. Und die Publizisten und Lektoren trommeln dieses Ende mit Hybris herbei. Allein der Testfall Ukraine belehrt uns jedoch eines anderen. Da konstituiert sich mitten im Krieg eine Nation wieder neu und wir rätseln allen Ernstes, woher die Energien dafür jetzt wohl kommen. Bei uns dagegen geht es um die Implementierung eines neuen Geschichtsbildes, die auf das eigene Erbe pfeift.

Erinnern wir uns: Die Grünen wollten einstmals bewahren. Doch inzwischen soll in unserem Land wohl kein Stein auf dem anderen bleiben.

Johann Michael Möller
ist freier Publizist

**BUNDESWEITE FOREN
FÜR KUNST,
FREIHEIT UND
DEMOKRATIE**

**DIE KUNST,
VIELE ZU BLEIBEN**

**THEATER — DISKURS — PERFORMANCE
24. MAI bis 28. AUGUST 2024**

**KULTURPOLITISCHER AUFTAKT
AM 24. MAI IM HAU HEBBEL AM UFER
MIT FERDA ATAMAN, JOE CHIALO UND CARSTEN BROSDA**

**BERLIN – LEIPZIG – DÜSSELDORF – BITTERFELD-WOLFEN
BERLIN – POTSDAM – ERFURT – WEIMAR – DRESDEN**

FONDS
DARSTELLENDEN
KUNSTE

GOETHE
INSTITUT

HAU

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

**NEU
START
KULTUR**

Vertrauen ist gut, kritische Selbstreflexion ist besser

Reaktion der Aktion Tanz – Bundesverband Tanz in Bildung und Gesellschaft – auf den Beitrag von Jaś Otrin in Politik & Kultur 3/24

MARTINA KESSEL

Nur zu Recht wird das Thema sexualisierte Gewalt in Kultureinrichtungen heutzutage intensiv diskutiert. Glücklicherweise wird nicht nur darüber gesprochen, sondern es werden auch Wege beschritten, präventiv und intervenierend (potenzielle) Betroffene zu schützen. In vielen Beiträgen der März-Ausgabe von Politik & Kultur kann man dies nachlesen. Von den Musikschulen über die Bibliotheken, dem Amateurtheater bis hin zu den künstlerischen Hochschulen reflektiert man intensiv über das Themenfeld. Grundsätzlich scheint ein Bewusstsein dahingehend zu bestehen, dass ausgehend von strukturell bedingten Abhängigkeits- und Machtbeziehungen insbesondere die Lehrenden, Anleitenden und Vorgesetzten kritisch ihr eigenes Tun überprüfen müssen und es Konzepte braucht, um in Einrichtungen konkrete Präventionsmaßnahmen umzusetzen und effektiv schützen zu können.

Irritierend anders ist jedoch der Artikel aus dem Bereich der Tanzpädagogik. Hier liest man zwar, dass bestimmte pädagogische Praktiken

mit Blick auf mögliche Machtmissbräuche oder sexuelle Belästigungen zu Recht hinterfragt werden müssen und der Deutsche Berufsverband für Tanzpädagogik ein Regelbuch erstellt habe, das einen Verhaltenskodex beinhaltet, dem alle Mitglieder verpflichtet seien. Gleichzeitig vermischen wir in dem Beitrag jedoch ein Bewusstsein über institutionelle Hierarchien und Machtstrukturen sowie ein notwendiges Maß an Sensibilität und Wissen um eine grenzsensible Haltung, die entsprechende Methoden reflektiert und auslotet. »Taktiles Arbeiten« wird unhinterfragt als wichtige Methode verteidigt, ohne die die Tanzpädagogik im Klassischen Tanz nicht auszukommen scheint. Sicherlich können taktile Berührungen sinnvoll sein, aber sie brauchen einen sicheren Rahmen, der sich unter anderem durch Absprachen, einen transparenten Umgang und bekannte Regeln auszeichnet. Und wie gewinnbringend wäre es, sein Methodenrepertoire um nützliche Alternativen zu erweitern! Fast schmerzhaft sind jedoch die Beispiele, die in dem Beitrag aufgeführt werden, um zu zeigen, dass die Sensibilität für

das Thema der körperlichen Übergriffe auch überzogen werden kann. Die knapp umrissenen Situationen bagatellisieren letztlich das Erleben und die Wahrnehmung der Lernenden, die doch immer sehr unterschiedliche Voraussetzungen und individuelle Erfahrungen wie Empfindungen mitbringen, die sie, gerade im jungen Alter, noch nicht einordnen oder benennen können. Es fehlt an Sensibilität und Interesse am Individuum, am einzelnen Menschen, der mit seinen ihm eigenen Grenzerfahrungen, Erfahrungsprojektionen und Triggermomenten im Tanzunterricht steht. Wer nicht sieht, dass es nicht nur in der Kontaktimprovisation, sondern in allen Bereichen des Tanzes und – nicht zu vergessen – auch in vertrauensvollen Lehrenden-Lernenden-Beziehungen Formen der Berührung geben kann, die als sexuell übergriffig empfunden werden können, bietet keinen reflektierten und geschützten Raum für Menschen, die sich auf einen Tanzunterricht oder ein Training einlassen wollen. Der Verweis auf den Tanz als »komplexeste« Kunstform, in der der Mensch gleichzeitig Subjekt und Objekt sei,

scheint die Tanzpädagogik aus dem aktuellen Diskurs entrücken zu wollen. Doch gerade weil der Tanz immer auch körperlich-emotionale Dimensionen einbezieht, braucht es eine umso achtsamere Reflexion über Machtverhältnisse und -beziehungen. Wenn als Fazit das gegenseitige Vertrauen als Basis benannt wird, dann vernachlässigt man sträflich alle Erkenntnisse, die seit Jahren über sexuelle Übergriffe und Missbrauch bekannt sind. Täterinnen und Täter sind oft Vertrauenspersonen, die diese Nähe und mögliche Abhängigkeiten ausnutzen. Dies lässt sich öffentlich auf der Seite der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs nachlesen.

Als Tanzpädagogen und Tanzvermittlerinnen müssen wir uns darüber bewusst sein, dass die Gestaltungs- und Entscheidungsmacht strukturell bedingt bei uns liegt. Je akademischer der Kontext ist und je jünger und ambitionierter die Teilnehmenden bzw. Schülerinnen und Schüler sind, umso größer sind das Machtgefälle und die Abhängigkeitsstrukturen. Körperlichkeit und körperliche Nähe sind besonders im

Tanz und in der Tanzvermittlung zentral. Es können intensive und persönliche Vertrauensverhältnisse entstehen, die sehr förderlich, aber auch missbräuchlich sein können. Insofern müssen wir uns über die den Beziehungen inhärenten Machtverhältnisse bewusst sein und in jeder Hinsicht für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Tanzpädagoginnen und Tanzvermittler Sicherheit schaffen. Dies gilt sowohl für den Einsatz von Berührung als auch für den Gebrauch von Sprache, dem Achten individueller Nähe- und Distanzempfindungen, dem Einsatz von Gesten und jeglicher körperlich-bewegter Interaktion.

Martina Kessel ist Gründungsmitglied von Aktion Tanz – Bundesverband Tanz in Bildung und Gesellschaft e. V. und Projektleitung von ChanceTanz, einem bundesweiten Förderprogramm für Tanzprojekte mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen von »Kultur macht stark« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Den Beitrag von Jaś Otrin können Sie online nachlesen unter: tinyurl.com/5n94tAra

Unser Zusammenleben ist eine kulturelle Leistung

Ein Haus in New York, das Hoffnung macht

KLAUS-DIETER LEHMANN

Die transatlantischen Beziehungen stehen auf dem Prüfstand. Der Ausgang der Wahlen im Herbst 2024 in den USA ist ungewiss, Kriege und Konflikte in der Welt verengen Themen und Diversität, Kampagnen und Ressentiments begünstigen das Erstarren populistischer oder extremer Auffassungen, mangelnde Diskursfähigkeit fördert Klischeedenken und Polarisierung, Austauschprogramme schwächeln.

Zusammenleben bedarf immer wieder neuer Anstrengungen und Begegnungen, um auf veränderte Bedingungen offen und verlässlich zu reagieren

Aber Zusammenleben bedarf immer wieder neuer Anstrengungen und Begegnungen, um auf veränderte Bedingungen offen und verlässlich zu reagieren. Nur die Beziehungen von Regierungen oder das Aushandeln von Deals schaffen nicht genügend Solidarität; unser Zusammenleben ist eine kulturelle Leistung. Deshalb gilt es, Beziehungen zwischen den Gesellschaften zu pflegen. Es lohnt sich in diesem Zusammenhang, einen Blick zurückzuwerfen auf eine Einrichtung in New York, die für die »goldene Zeit« der deutsch-amerikanischen Beziehungen der Nachkriegszeit steht, und nach der heutigen Bedeutung zu fragen.

Direkt gegenüber dem Metropolitan Museum in New Yorks Fifth Avenue steht zwischen den in den Himmel ragenden Hochhäusern ein

sechsgeschossiges Gebäude im eleganten Beaux-Arts-Stil. Das Haus 1014 galt über 50 Jahre als der reale und symbolische Ort deutsch-amerikanischer Beziehungen, beginnend mit dem Jahr 1960, als es von der Bundesrepublik Deutschland erworben wurde. Hier wurde deutsch-amerikanische Nachkriegsgeschichte geschrieben. Literatur, Film, Theater und Kunst wurden durch Ausstellungen, Diskussionen und Vorträge vermittelt. Es wurde Treffpunkt von Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft: Hannah Arendt, Günter Grass, Uwe Johnson, Jürgen Habermas, Hans Magnus Enzensberger, Wim Wenders, Rainer Maria Fassbinder, Andy Warhol, Susan Sontag, Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Frank-Walter Steinmeier, Henry Kissinger usw. Gemeinsam mit den Nachbarinstitutionen Metropolitan Museum, National Academy of Design, Guggenheim Museum, Jewish Museum, International Center of Photography kam es zu eindrucksvollen Festivalaktivitäten. Zunächst war es eine amerikanische Non-Profit-Organisation, später bis 2009 Goethe-Institut. Es war eine große Chance für den Neuanfang der Beziehungen zwischen den USA und dem neuen demokratischen Deutschland.

Mit der 2009 notwendig gewordenen Sanierung der Stadtvilla begannen vielfältige, zum Teil widersprüchliche Überlegungen zur künftigen Verwendung – Verkauf, Gästehaus des Auswärtigen Amtes, German Academy nach dem Muster der American Academy usw. Alles war im Gespräch. Das Haus blieb geschlossen und verschwand allmählich aus dem öffentlichen Bewusstsein.

Doch die Wirkung und Erinnerung an ein halbes Jahrhundert gelebter Gemeinsamkeiten waren stärker als

die wechselnden Gedankenspiele. 2016 sprach sich der Deutsche Bundestag für eine Neubelebung der deutsch-amerikanischen Beziehun-



gen an diesem symbolträchtigen Ort aus und stellte die entsprechenden Gelder für die Sanierung des Gebäudes und die Einrichtung einer entsprechenden Organisation bereit. 2017 begann die Arbeit als unabhängige gemeinnützige Organisation nach amerikanischem Recht, zunächst unter der Bezeichnung »German Academy New York«, ab 2019 mit dem Namen »Tenfourteen – Space for Ideas«.

Ein entscheidender Meilenstein wurde 2021 erreicht. David Chipperfield war Gewinner des Architektenwettbewerbs zum Komplettumbau des Gebäudes. Die Planungsarbeiten schreiten inzwischen zügig voran. 2025 ist mit dem Baubeginn zu rechnen, mit dem Bauabschluss voraussichtlich 18 Monate später. Es wird ein offenes Haus werden, das öffentliche Räume, Residenzräume und Arbeitsräume verbindet.

Die Zeit bis zum Baubeginn wird schon jetzt intensiv für die Programmarbeit in der Stadtvilla genutzt. Das war eine kluge und wirkungsvolle Idee. Das kleine Team schafft auf diese Weise bereits vor der offiziellen Eröffnung im sanierten Haus Partnerschaften und eine aktive Community, es vermittelt die Ziele und die Programmarbeit durch Aktivitäten, die als Kostproben Appetit auf Kommendes machen. Jährlich sind über 2.500 Besucher zu Gast im Haus, über 1.600 Personen nehmen

an virtuellen Veranstaltungen teil, knapp 80.000 Website-Besuche werden gezählt sowie 1.350 Views der Videoaufzeichnungen. Schon jetzt zeigt das Haus seinen Charme, er wird erst recht zur Wirkung kommen, wenn es nach den Plänen von Chipperfield fertiggestellt sein wird. Hier entsteht neben den Ausstellungs- und Veranstaltungsräumen ein ambitioniertes Residenzprogramm mit sechs Apartments, das die Möglichkeit bietet, internationale Fellows aus ganz unterschiedlichen Disziplinen in New York zusammenzubringen und damit zu den aktuellen gesellschaftlichen Themen in Politik, Kultur und Wissenschaft Antworten zu finden.

Die Präsenzveranstaltungen werden 2024 fortgesetzt, zusätzlich auch per Video aufgezeichnet und im Netz angeboten. Veranstaltungen zu den Themen Künstliche Intelligenz, nachhaltige Produktgestaltung und Design, Künstler, Musiker und Komponisten im Exil, Bedeutung des Sports für die Gesellschaften werden ergänzt durch Ausstellungen und aus gegebenem Anlass immer wieder durch transatlantische Gespräche zur Frage

Die Institution 1014 versteht sich als Plattform für das Zusammentreffen von interessierten Akteuren aus Europa und den USA

der Bedeutung der Demokratie für unsere Gesellschaften. Flankierend unterstützen die in der Nachbarschaft liegenden Museen den Blick auf Deutschlands Kunst. So wird das Metropolitan Museum, gegenüber von 1014, die erste große Ausstellung des

Romantikers Caspar David Friedrich von Februar bis Mai 2025 zeigen und das Museum of Modern Art (MoMa) ehrt schon jetzt die deutsche Künstlerin Käthe Kollwitz mit einer großen Ausstellung. Es wird nicht nur ein interessantes Programm geboten, sondern es kann sich ein Bewusstsein für Diskurs und Kooperation etablieren.

Dabei versteht sich die Institution 1014 nicht als ein »Schaufenster nach Deutschland«, sondern vielmehr als Raum für den Austausch und das gemeinsame Lernen, als Plattform für das Zusammentreffen von interessanten Akteuren aus Europa und den USA. Die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft – so die Hoffnung – lässt sich am nachhaltigsten über den Aufbau von Beziehungen stärken. Diese internationale Vernetzung von Menschen und Organisationen wird zukünftig in viel größerem Rahmen stattfinden können, wenn der Umbau abgeschlossen ist. Diese positiven Effekte werden eine Langzeitwirkung auslösen.

Mit der Einrichtung in New York bekommt der transatlantische Dialog einen zweiten herausragenden Knotenpunkt. Bereits arbeitsfähig ist das Thomas Mann House als Residenzhaus und Debattenort in Los Angeles, 2016 von der Bundesrepublik Deutschland erworben und nach der Sanierung 2018 eröffnet. Es ist das ehemalige Domizil von Thomas Mann in seiner Exilzeit von 1942 bis 1952. Mit einem Fellowship-Programm werden jährlich rund zehn Stipendiaten ausgewählt, die sich mit grundlegenden Fragen unserer Zeit aus Kultur und Wissenschaft beschäftigen, im Austausch untereinander und mit dem Gastland.

Solche Orte zum Austausch von Ideen, Orte für kulturelle und soziale Intelligenz, Orte der Aufklärung können Ankerpunkte sein und Menschen zusammenbringen, um gesellschaftliche Konflikte durch unabhängige Selbstverständigung und Selbstvergewisserung zu überwinden.

Klaus-Dieter Lehmann ist Kulturmittler. Er war Präsident des Goethe-Instituts und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie Generaldirektor der Deutschen Bibliothek

Architektonische Ikonen für die Elite

Unterwegs in Turkmenistan: Aschgabat, Arkadag und Awaza

PHILIPP MEUSER

Turkmenistan ist ein abgeschotetetes Land in Zentralasien. Es gilt ein Visaregime, das mit Nordkorea verglichen werden kann: Reisen in das Land sind grundsätzlich möglich, bedürfen jedoch eines langwierigen Antragsverfahrens. Viele Touristen lassen sich auch von den obligatorisch zu buchenden und damit teureren Gruppenreisen abschrecken, die einen individuellen Besuch fast unmöglich machen. Das trägt dazu bei, dass sich die allgemeine Berichterstattung über Turkmenistan auf Reiseerinnerungen reduziert und damit nur ein unvollständiges Bild entsteht. Im Themenfeld Architektur steht dabei das UNESCO-Weltkulturerbe im Fokus: Orte wie Merv und Köne Ürgenç zeugen von einer urbanen Hochkultur in Zentralasien, zu einer Zeit, als die Völker in Mitteleuropa noch in den Wäldern hausten. Da die antiken Regionen ab dem 16. Jahrhundert über 400 Jahre zu den Khanaten Chiwa und Buchara gehörten – beides Destinationen, die touristisch erfolgreich von Usbekistan vermarktet werden –, bemüht sich Turkmenistan um eine eigene Geschichtsdeutung des Mittelalters. Zu groß erscheint die Angst, dass die sowjetische Grenzziehung von vor 100 Jahren von Separatisten in Frage gestellt werden könnte.

Ein Ferienresort am Kaspischen Meer

Öffentliche Diskussionen mit unterschiedlichen Meinungen sind in Turkmenistan ein Tabu. Die Präsidentenfamilie Berdimuhamedow hat die volle Kontrolle über das politische Leben und die Wirtschaft des Landes. Eine regierungskritische Opposition existiert nicht. Der ehemalige Präsident Gurbanguly Berdimuhamedow (geb. 1957) machte zwar den Posten 2022 für seinen Sohn Serdar Berdimuhamedow (geb. 1981) frei, ist als Vorsitzender des Volkes aber immer noch der ranghöchste Amtsträger der ehemaligen Sowjetrepublik. Sohn Serdar machte eine steile Karriere, als er 2020 zum Chef eines neu geschaffenen Ministeriums für Industrie und Bau ernannt wurde. Schon damals deuteten internationale Beobachter dieses Amt als Zwischenschritt zur Präsidentschaft. Der Industrie- und Bausektor dient wie im rohstoffreichen Kasachstan als Durchlauferhitze der gesamten Wirtschaft. Er dient auch der politischen Profilierung. Während der nordwestliche Nachbar seit Ende der 1990er Jahre seine Hauptstadt Astana mitten in der Steppe baute, stieg Gurbanguly Berdimuhamedow 2006 in die Fußstapfen des ersten Präsidenten Saparmyrat Nyýazow und machte die Hauptstadt Aschgabat zur Stadt mit der weltweit höchsten Dichte an Marmorgebäuden. Saparmyrat Nyýazow, Patronatsname Turkmenbaschi (zu Deutsch: Vater der Turkmenen), hatte begonnen, Aschgabat radikal umbauen zu lassen. Wenn die Bauten aus der Sowjetära nicht von Baggern abgerissen wurden, erhielten sie einen Mantel aus weißem Marmor. Da dieser Naturstein in Turkmenistan nicht zu den natürlichen Ressourcen zählt, muss er aus der Türkei, für Sonderbauten sogar aus dem italienischen Carrara importiert werden. Der ohnehin aufwändige Transport erlaubt jedoch nur Plattengrößen im Format von Badezimmerkacheln.

Der Neubau oder Umbau der Hauptstadt ist seit dem 20. Jahrhundert zum deutlich sichtbaren Element einer nationalen Identität avanciert. Für

autoritäre Systeme, in denen die Zivilgesellschaft sich nicht als Bändiger einer radikalen Planungswut des Staates beweisen kann, gilt dies umso mehr. Voraussetzung dafür ist jedoch eine potente Bauindustrie, die in der Lage ist, utopische Pläne der Herrschaftselite umzusetzen. Im Fall von Turkmenistan garantierten diese Kompetenz ausländische Mischkonzerne, allen voran die französische Bouygues-Gruppe. Im Zuge seiner Machtfestigung erkannte auch Berdimuhamedow das Potenzial der Bauindustrie als populäres Politikfeld. Im Mai 2007 kündigte der zuvor im Amt bestätigte Nyýazow-Nachfolger den Bau eines Erholungsorts am Kaspischen Meer an. Die Idee war nicht

wie sich der Präsident bei der Formulierung seiner Staatsziele gerne zitieren lässt. Dennoch will sich Turkmenistan auch in Sachen Stadtplanung international profilieren, und zwar mit einer intelligenten Stadt der Zukunft. Wie eine solche Smart City nach zentralasiatischer Vorstellung aussehen kann – darauf gibt das Land seit dem vergangenen Herbst bereits einen Vorgeschmack. Binnen vier Jahren ist 30 Kilometer westlich von Aschgabat das Großprojekt Arkadag City entstanden. Der Name bedeutet in der turkmenischen Sprache Beschützer und ist zugleich der Patronatsname des ehemaligen Präsidenten (Arkadag) und seines Nachfolgers (Arkadag Serdar). Um die weiß strahlenden

Idealstadt auszusehen hat. Einer Tradition der nomadischen Vergangenheit folgend, am neuen Rastplatz die Jurte aufzubauen und den Vorplatz mit Teppichen auszulegen, liegt auch Arkadag wie ein Teppich in der Landschaft. Die Symmetrie der Straßen sowie Plätze, die grafische Anlage der Freiflächen und die sich wiederholenden Muster der Wohnquartiere könnten genauso das Muster eines Teppichs nachzeichnen. Die markantesten Gebäude liegen im südlichen Teil der zukünftig 70.000 Bewohner zählenden Siedlung. Dort sind entlang der umlaufenden Straße eine Akademie für Pferdezucht, ein Wissenschaftszentrum für Pferdesport und ein Pferdezirkus entstanden.

Präsidialverwaltung einen Animationsfilm erstellen, der eine hydrologische Regulierung des Stadtklimas darstellen soll. Das Wassermanagement sieht vor, dass Drainagewasser aus dem Boden und Tauwasser aus den Bergen die Versorgung der üppigen Grünflächen inner- und außerhalb der Stadt garantiert. Das Konzept sieht auch vor, dass der Waldgürtel in einigen Jahren so kräftig angewachsen ist, dass der künstlich zugeführte Wasserbedarf reduziert wird.

Bauen für nicht existente Staatsbürger

Trotz beeindruckender Quantitäten im Bausektor stellt sich die Frage, für wen denn überhaupt gebaut wird. Eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik basiert auf demografischen Daten sowie einer kritischen Auseinandersetzung innerhalb von Fachöffentlichkeit und Gesellschaft. Beides ist in Turkmenistan nicht existent. Das Land liegt auf dem Pressefreiheitsindex seit Jahren auf einem der letzten Plätze. Der Staat kontrolliert alle Print- und elektronischen Medien. Ausländische Medien haben praktisch keinen Zugang zum Land, und ihre wenigen freiberuflichen Korrespondenten vor Ort unterliegen strengen Beobachtungen. Immer wieder gibt es Berichte über Drangsalierungen, Reisepassentzug oder temporäre Festnahmen mit Folter. Die Behörden halten Zeitungen, Radio, Fernsehen und Internet unter strenger Kontrolle und lassen nur Nachrichten zu, die die Regierung loben. Das macht Printerzeugnisse und offizielle Pressemitteilungen aus Turkmenistan als Quelle seriöser Recherche wertlos.

Im Kontext der 2022 durchgeführten Volkszählung in Turkmenistan kam Luca Anceschi von der Universität Glasgow zu dem Schluss: »In Turkmenistan werden Daten seit 30 Jahren systematisch gefälscht. Es gibt keine Statistiken, auf die man sich verlassen könnte. Sei es das Bruttoinlandsprodukt, die finanziellen Reserven des Staatshaushalts oder die Wirtschaftsindikatoren. Und jetzt sehen wir, dass sogar die Bevölkerungszahl einfach erfunden wurde.« Laut dem Professor für Eurasische Studien lag die Diskrepanz zwischen den offiziell verkündeten und den tatsächlichen Bevölkerungszahlen bei über 50 Prozent. Während die Regierung von 6,2 Millionen Bürgern ausgeht, wollen so genannte Schattenzählungen nur 2,7 Millionen Bewohner im Land erfasst haben. Offensichtlich hat der Staat bei den Befragungen auch Familienmitglieder erfasst, die sich als Arbeitsmigranten im Ausland befinden. Solche Zahlenmanipulationen wirken sich auf eine sinnvolle Planungs- und Baupolitik aus. Sie wird bei derartigen Unterschieden unmöglich. Denn wie soll der Bedarf an städtischer und sozialer Infrastruktur ermittelt werden, wenn die Nutzer nur als geschönte Zahl in einem demografischen Bericht existieren? Für wen soll also was gebaut werden? Im Turkmenistan des 21. Jahrhunderts spielen diese Fragen keine Rolle. Doch was nützt es der Architektur als Verräumlichung gesellschaftlicher Entwicklungen, wenn sie zwar ein zentrales Element der nationalen Identität verkörpert, aber keinen wirklichen Beitrag zur Lösung einer gesellschaftlichen Erneuerung leistet. Dazu müsste der Staat sein Gestaltungsmonopol aufgeben und dem privaten Sektor zu bauen erlauben, was auf dem Immobilienmarkt wirklich nachgefragt wird. Ein exklusives Resort am Kaspischen Meer oder eine Smart City wären möglicherweise nicht auf der Wunschliste einer zunehmend verarmenden Bevölkerung.

Philipp Meuser ist Architekt und Verleger. Mit diesem Beitrag endet die dreiteilige Serie zur zeitgenössischen Architektur in Zentralasien



Reinigungskräfte vor dem Pferdezirkus in Arkadag, fertiggestellt 2023

neu, nach dem Vorbild der Golfstaaten die Einnahmen aus dem Verkauf fossiler Ressourcen durch prestigeträchtige Neubauten in die Volkswirtschaft einzuspeisen. Während Nyýazow noch 2006 versprochen hatte, ein turkmenisches Kuwait zu schaffen, strebte Berdimuhamedow nun ein turkmenisches Dubai an und taufte sein Geistesprodukt Awaza. Das touristische Großprojekt mit einem Dutzend Großhotels ist als nie ausgebuchter, aber Milliarden US Dollar teurer Ferienort ein Sinnbild für Verschwendungssucht geworden. Ein acht Kilometer langer Kanal trennt eine exklusive Hotelzone vom Hinterland. Aus der Vogelschauerspektive zeigt sich, wie Architektur und Städtebau in Turkmenistan interpretiert werden. Dicht nebeneinander liegen aufwändig gestaltete Gärten mit ondulierenden Wegen und symbolischen Ornamenten: Herz, Lotusblüte oder Kreis als Urform der antiken Städte zwischen Persien und China. Die Szene wirkt, als hätten Kinder ihre Spielteppiche am Strand ausgelegt und bauten nun mit weißen Klötzen ihre Fantasiehäuser. Die städtebauliche Anlage wirkt für das westliche Auge irritierend und erinnert an die wahnwitzigen künstlichen Inseln vor Dubai. Doch während sich auf The Palm oder The World die internationale Geldelite feiert, wirkt Awaza wie ein staatliches Sanatorium mit strenger Etikette. Dennoch: Für das turkmenische Selbstverständnis ist Awaza ein Sehnsuchtsort, auch wenn die wenigsten Bürger ihn jemals werden besuchen können.

Eine Smart City an der Grenze zum Iran

Die Abschottung von der restlichen Welt und die ungleiche Verteilung des Reichtums im Land sind – gepaart mit der despotischen Herrschaft einer kleinen Elite – die größten Hindernisse beim »Aufbau eines Landes mit einer der weltweit höchsten Entwicklungsstufen«,

Neubauten mit Bewohnern zu füllen, enteignet der Staat Bewohner umliegender Dörfer und siedelt sie in Neubaquartieren um.

Die Stadt Arkadag ist als große rechteckige Fläche auf der Nordseite des mythischen Köpetdag-Gebirges angelegt, über das die ersten Turkmenen nach Befreiung von der persischen Gefangenschaft ins heutige Stammmland gelangten. Wer durch diese Retortenstadt fährt, hat

Eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik basiert auf demografischen Daten sowie einer kritischen Auseinandersetzung innerhalb von Fachöffentlichkeit und Gesellschaft. Beides ist in Turkmenistan nicht existent

unweigerlich das Gefühl, durch ein Potemkinsches Dorf zu fahren. Die meisten der neugeschossigen monotonen Wohngebäude sind noch nicht bewohnt. Jedes Viertel gleicht dem anderen, und nur die pathetischen Namen, die in Schreibschrift auf den Dächern angebracht sind, lassen eine gewisse Unterscheidbarkeit zu. Das strenge Verkehrsrastraster wird durch runde Straßen durchbrochen, an denen öffentliche Gebäude liegen. Dazu zählt ein überdimensional wirkendes Rathaus, das als Kulisse für ein Denkmal am Hauptplatz dient. Auf dem säulenartigen Monument thront eine vergoldete Reiterfigur: der Präsident als Beschützer des gesamten Volkes.

An Arkadag lässt sich exemplarisch ablesen, wie eine turkmenische

Eingangsportale in Form vergrößerter Hufeisen lassen schon von Weitem erkennen, dass es hier um Funktionen nationaler Bedeutung geht. Denn Turkmenistan ist weltweit das einzige Land, das sich eine Pferdebehörde mit den Kompetenzen eines Ministeriums leistet. Neben dem Pferdekult preisen die turkmenischen Medien die zehn Spezialkrankenhäuser an, die Arkadag zu einem Gesundheitszentrum qualifizieren sollen. Doch die Frage bleibt offen, welche Ärzte hier arbeiten sollen, wenn junge Medizinstudierende nur Aussicht auf einen schlecht bezahlten Arbeitsplatz haben. Währenddessen lässt die Nomenklatura ausländische Ärzte mit Privatflugzeugen einfliegen oder begibt sich für medizinische Behandlungen ins Ausland. Anspruch und Realität klaffen auch hier weit auseinander.

Einen ähnlichen Mangel an Plausibilität gibt es derzeit auch noch bei der Definition von Arkadag als Smart City. Die dafür nachzuweisenden Parameter für soziale, technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen mögen in der Theorie formuliert worden sein. Bei ihrer Umsetzung zeigen sich jedoch konzeptionelle Fehlscheidungen. Dazu zählt etwa die Ausrichtung des Verkehrsnetzes auf den Individualverkehr, auch wenn Taxis und Busse mit Elektromotoren angetrieben werden. Wuchtige Fußgängerüberführungen mit beiderseitigen Aufzugsanlagen werfen die Frage auf, für wen diese ökologische Idealstadt mit ihren fußläufig mühsam erreichbaren Funktionen errichtet wurde. Zwischen den Wohnbauten ist zwar so viel Platz, dass die gepflanzten Bäume binnen einer Generation für eine bewaldete Stadtlandschaft sorgen werden. Doch muss auch Turkmenistan mit einem Klimawandel rechnen, der die heißen Sommer von über 40 Grad noch heißer machen und die Tage mit Minustemperaturen möglicherweise erhöhen wird. Mit höchstem technischem Aufwand ließ die

FOTO: PHILIPP MEUSER

Mehr Risiken als Chancen

Kreative sehen die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz überwiegend mit Sorge

HELMUT HARTUNG

Vor gut einem Jahr veröffentlichte »Politik & Kultur« einen kulturpolitischen Kommentar, den ChatGPT im Auftrag von Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, geschrieben hatte. Der erste Satz lautete: »Die Bedeutung von Kultur in unserer Gesellschaft kann nicht genug betont werden.« Und zum Schluss hieß es: »Insgesamt ist Kultur ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und ihrer Identität. Die Förderung der Kultur und ihrer Vielfalt sollte daher ein wichtiger Bestandteil der politischen Agenda sein.« Das ist alles richtig, aber so banal, dass man solche Texte in dieser Zeitung nicht gewohnt ist. Für »Politik & Kultur« hat die Künstliche Intelligenz so keinen Mehrwert gebracht. Im künstlerischen Alltag sieht das aber bereits anders aus.

ChatGPT löste vor über einem Jahr den Hype um Künstliche Intelligenz aus. Diese KI-Chatbots werden mit großen Datenmengen gefüttert und formulieren so Texte annähernd auf dem Sprachniveau eines Menschen, indem sie Informationen zusammenfassen. Mit der im Moment neuesten Version der KI-Software lassen sich nun auch gefakte Bilder erstellen.

Künstliche Intelligenz hat bereits in allen künstlerischen Branchen Fuß gefasst und sorgt für teilweise heftige Diskussionen um Wahrhaftigkeit, Glaubwürdigkeit, künstlerische Kompetenz, Urheberrechte, Verwertungsgebühren und künftige Arbeitsplätze. Künstliche Intelligenz ist für die einen die Zukunft, für die anderen der Untergang.

Der amerikanische Maler Arup J. Paul, der in Hamburg lebt, hat monatelang eine KI-Software mit seinen Farben, Formen und Pinselstrichen gefüttert. Das Ergebnis konnte 2023 in Hamburg-Wilhelmsburg in einer Ausstellung bestaunt werden, über die das »Hamburg Journal« des NDR berichtete. Besucher, die in dem Bericht interviewt wurden, vermochten die KI-Bilder von den »real« produzierten nicht zu unterscheiden. »Ich habe die Künstliche Intelligenz so programmiert, dass sie wie ich denkt und malt, meine Komposition versteht und meinen Pinselstrich nutzt. Sie malt nun so wie ich«, sagt der Maler. Mithilfe der KI könne er nun Dimensionen seiner Bilder erreichen, für die er sonst viele Jahre malen müsste. Die Besucher hatten grundsätzlich keine Einwände gegen den Einsatz der KI in der Malerei.

Eine andere Erfahrung machte das Mauritshuis-Museum in Den Haag: Als das Gemälde »Das Mädchen mit dem Perlenohrgehänge« von Jan Vermeer ausgeliehen war, startete das Museum einen Aufruf für eine »Kopie«, um die Lücke zeitweise zu füllen. 3.500 neue Interpretationen des um 1665 entstandenen Bildes erhielt die Galerie daraufhin. Ein Bild, mithilfe von KI entstanden, sorgte für Proteste. Doch die Jury entschied sich dafür, weil es ihr am besten gefiel.

Ähnliche Beispiele finden sich inzwischen überall im Kunstbereich: So berichtete ZDFheute im März über die Software »Suno AI«. »Die neue Version des KI-Modells gilt als Maßstab für Songs per Mausclick«, so das Nachrichtenmagazin. Der österreichische Musikproduzent Thomas Foster war von der Qualität des Ergebnisses sehr überrascht. Diese KI-Software könne, so der Komponist elektronischer Musik, einen kompletten Song erstellen, der sich anhöre, als hätte ihn jemand geschrieben, der Musik studiert hat und seit 20 Jahren Musik komponiert und produziert.

Was ist Künstliche Intelligenz?

Es existieren für »Künstliche Intelligenz« verschiedene Definitionen, je nachdem, ob sie aus dem technischen, dem wissenschaftlichen oder dem gesellschaftspolitischen Spektrum stammen. Das Europäische Parlament hatte KI im vergangenen Jahr so definiert: »Künstliche Intelligenz ist die Fähigkeit einer Maschine, menschliche Fähigkeiten wie logisches Denken, Lernen, Planen und Kreativität zu imitieren. KI ermöglicht es technischen Systemen, ihre Umwelt wahrzunehmen, mit dem Wahrgenommenen umzugehen und Probleme zu lösen, um ein bestimmtes Ziel zu

erreichen. Der Computer empfängt Daten (die bereits über eigene Sensoren, zum Beispiel eine Kamera, vorbereitet oder gesammelt wurden), verarbeitet sie und reagiert. KI-Systeme sind in der Lage, ihr Handeln anzupassen, indem sie die Folgen früherer Aktionen analysieren und autonom arbeiten.«

Die Geschichte der Künstlichen Intelligenz beginnt im Jahr 1943 mit der Veröffentlichung des Artikels »A Logical Calculus of Ideas Immanent in Nervous Activity« von Warren McCulloch und Walter Pitts. Da stellten die Wissenschaftler das erste mathematische Modell für die Erstellung eines neuronalen Netzes vor. Snarc, der erste Computer mit neuronalem Netzwerk, wird 1950 von zwei Harvard-Studenten entwickelt: Marvin Minsky und Dean Edmonds. Im selben Jahr veröffentlicht Alan Turing den Turing-Test, der auch heute noch zur Bewertung von KI herangezogen wird. 1952 entwickelte Arthur Samuel eine Software, die selbstständig das Schachspielen erlernen konnte. Der Begriff »Künstliche Intelligenz« hingegen wird zum ersten Mal während der Konferenz »Dartmouth Summer Research Project on Artificial Intelligence« von John McCarthy im Jahr 1956 ausgesprochen.

In der Bevölkerung sind, auch aufgrund einer breiteren gesellschaftlichen Debatte und einer umfangreichen Berichterstattung in den Medien, die Erwartungen an die KI ambivalent. Rund drei Viertel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger (73 Prozent) sehen nach einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom vom November 2023 in Künstlicher Intelligenz eher Vorteile als Risiken. Demgegenüber hält nur knapp ein Viertel (24 Prozent) KI für eine Gefahr. Vor fünf Jahren war KI noch für 34 Prozent eine Gefahr und nur für 62 Prozent eine Chance. Rund

zwei Drittel (65 Prozent) der Deutschen halten KI für die wichtigste Zukunftstechnologie, nur 29 Prozent halten das Thema für massiv überschätzt und einen Hype, so eine aktuelle Erhebung. Etwas anders sieht das Stimmungsbild aus, wenn man nach den Auswirkungen für den Arbeitsmarkt fragt. Nach einer aktuellen Umfrage von statworx, einem Unternehmen, das KI-Services anbietet, blicken Menschen in verschiedenen Branchen bei diesem Thema pessimistisch in die Zukunft. 55 Prozent sagen, dass sie eher besorgt als begeistert von KI seien. Etwas mehr als die Hälfte der befragten Personen gab sogar an, Angst vor der

»allgemeinen Entwicklung« im Bereich KI zu haben. Auch gegenüber dem Institut für Demoskopie Allensbach sagten 40 Prozent, dass generative KI sie beunruhige. Einer weiteren Studie zufolge finden sogar 58 Prozent der Deutschen KI »unsympathisch«. Das deutet darauf hin, dass ein großer Anteil der Bevölkerung diffuse Ängste und negative Assoziationen in Bezug auf KI hat.

Künstliche Intelligenz: Sorgen und Proteste von Künstlern

Diese sorgenvolle Grundhaltung deckt sich mit vielen Einschätzungen und Protesten in jüngster Zeit aus dem Kulturbereich. Dazu gehören Fragen, wem die KI-generierten Kunstwerke gehören oder ob die KI-Modelle mit urheberrechtlich geschütztem Material trainiert wurden. Auch die Musikwertungsgesellschaft Gema sieht offene Fragen sowie Risiken für die Branche: »Die größte Sorge der Musikurheberinnen und -urheber ist, dass KI-generierte Musik in vielen Bereichen die menschlich gemachte Musik ersetzt.« Die Gema fordert in einer Erklärung deshalb mehr Transparenz von den KI-Firmen, einheitliche Kriterien für die Offenlegung der Trainingsdaten sowie eine Beteiligung der Urheber an den Erlösen. Bei Musikschaffenden überwiegt die Einschätzung, dass generative KI eher ein Risiko als eine Chance darstellt – wie eine Ende Januar veröffentlichte Studie zeigt: Im Auftrag der Gema (Deutschland) und Sacem (Frankreich) hat Goldmedia eine Studie zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Musikbranche in Deutschland und Frankreich durchgeführt. Wesentlicher Bestandteil war eine Online-Befragung der Mitglieder Ende 2023. Insgesamt nahmen über 15.000 Personen teil, die haupt- oder nebenberuflich

als Komponisten, Textdichter oder für Musikverlage tätig sind. Viele der Befragten arbeiten zugleich auch als ausübende Künstler, Produzenten oder für Musiklabels. Besonders betroffen von generativer KI sei laut Gema der Bereich der sogenannten »production music« wie Hintergrundmusik, Gebrauchsmusik, aber auch Filmmusik. KI als Tool soll kreative Arbeit unterstützen, so die Gema, und nicht ersetzen.

Mehr als 200 Musikerinnen und Musiker haben im April in einem offenen Brief den verantwortungsvollen Umgang mit Künstlicher Intelligenz in der Musikindustrie und eine Wahrung der Rechte von Musikschaffenden im digitalen Raum angemahnt. Bands wie Bon Jovi, R.E.M. und Künstler wie Stevie Wonder und Katy Perry warnen vor der Verwendung von KI im Musikgeschäft. Sie wollten nicht zulassen, dass ihre Talente und Stimmen überflüssig

der Möglichkeit, noch im hohen Alter via Klon beruflich aktiv sein zu können. Oder mit der Aussicht, in anderen Weltregionen oder -märkten erfolgreich zu sein, weil sie die jeweilige Sprache generieren könnten.

Es ist fraglich, ob diese »Argumente« die Schauspieler überzeugen können, auf ihre Rechte an den durch KI generierten Inhalten zu verzichten. Monatelang hatten 2023 US-Drehbuchautoren und -Schauspieler gestreikt und gezeigt, dass sich Kreative erfolgreich gegen die Unbilden von KI wehren können. Das Bedürfnis nach mehr Geld und Schutz vor KI sei ein »goldenes Zeitalter« für die Schauspielergewerkschaft SAG-AFTRA, erklärte deren Präsidentin Fran Drescher. »Noch nie war unsere Gewerkschaft so stark wie heute.« Die Gewerkschaft vertritt die Interessen von rund 160.000 Schauspielern, Stuntleuten, Tänzern und anderen Darstellern im Filmgeschäft. Die Einigung umfasst mehr als eine Milliarde Dollar (umgerechnet 930 Millionen Euro) an neuen Vergütungen und Leistungen sowie den Schutz der Schauspieler vor dem Einsatz Künstlicher Intelligenz durch die Studios. Zuvor hatten auch die US-Drehbuchautoren mit den Studios eine Einigung erreicht.

EU-Kommission reagiert auf Bedenken gegenüber Künstlicher Intelligenz

Die vielen offenen Fragen, Verunsicherungen und Sorgen im Umgang mit Künstlicher Intelligenz hat auch die EU-Kommission zu dem Versuch einer entsprechenden Regulierung veranlasst. Im März dieses Jahres wurde ein »AI Act« als Teil ihrer digitalen Strategie beschlossen. Es sei das weltweit erste umfassende KI-Gesetz, heißt es aus Brüssel. Bereits im April 2021 hatte die Kommission einen ersten Entwurf für einen KI-Rechtsrahmen vorgestellt. Der AI Act legt fest, dass KI-Systeme, die in verschiedenen Bereichen zur Anwendung kommen, je nach dem Risiko, das sie für die Nutzer darstellen, analysiert und eingestuft werden. Die verschiedenen Risikostufen unterliegen mehr oder weniger einer Regulierung. So werden KI-Systeme mit inakzeptablem Risiko verboten. Hierunter fallen z. B. Social Scoring oder die Echtzeit-Überwachung öffentlicher Räume mittels biometrischer Identifikation. Herzstück der Verordnung sind »Hochrisiko-KI-Systeme«. Sie unterliegen spezifischen Anforderungen und einer Zertifizierung. Betroffen sind KI-Systeme, wenn sie in einem bestimmten Bereich angewandt werden (z. B. Strafverfolgung oder Arbeitnehmermanagement) und gleichzeitig ein erhebliches Risiko für Gesundheit, Sicherheit oder Grundrechte betroffener Personen darstellen. KI-Systeme mit einem gewissen Risiko sind Anwendungen, die in irgendeiner Form direkt mit Menschen interagieren, z. B. Chatbots. Hier muss dem Nutzer transparent gemacht werden, dass nicht mit einem Menschen, sondern mit einer KI kommuniziert wird. Die Verordnung wird 20 Tage nach der Veröffentlichung im Gesetzblatt in Kraft treten. Das ist nach aktuellem Stand bereits Ende Mai 2024. Die Pflichten der Verordnung werden dann nach und nach greifen. In den ersten sechs Monaten haben Mitgliedstaaten verbotene Systeme schrittweise abzuschalten.

Ob dieses EU-Gesetz ausreicht, die Bedenken der Kreativen zu zerstreuen, ist zweifelhaft. Entscheidend wird sein, wie die Unternehmen der Kreativwirtschaft durch angemessene Vergütungen und den Schutz geistigen Eigentums Vertrauen in ihre Geschäftsmodelle und die Anwendung der neuen Technologie schaffen können.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von www.medienpolitik.net



Demonstration der Autoren-Gewerkschaft Writers Guild of America in Los Angeles

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ZUMAPRESS.COM / JILL CONNELLY

Transatlantische Geschichten

Ein Porträt der Filmemacherin Jeanine Meerapfel

ANDREAS KOLB

Ruft man sich Hannah aus Jeanine Meerapfels Film »Malou« in Erinnerung oder die Figur Anna aus ihrem Film »Annas Sommer« oder Sulamit Löwenstein aus »Der deutsche Freund«, dann entwickelt man als Zuschauer nach und nach das Gefühl, als kenne man die Filmemacherin Jeanine Meerapfel persönlich. Denn in einigen ihrer Filme lassen sich Bezüge auf ihre Herkunft entdecken, sie gehören in die Kategorie der Autofiktion.

Jeanine Meerapfel wuchs in Argentinien als Tochter deutsch-jüdischer Emigranten auf. Von 1961 bis 1964 besuchte sie die Journalistenschule in Buenos Aires und arbeitete als Redakteurin und freie Journalistin. Gleichzeitig studierte sie Drehbuch bei Simón Feldman. 1964 kam sie nach Deutschland und studierte mit einem Stipendium des DAAD vier Jahre am Institut für Filmgestaltung der Hochschule für Gestaltung in Ulm. In den 1970er Jahren arbeitete Meerapfel als Filmkritikerin und leitete Filmseminare in Ulm und an verschiedenen Goethe-Instituten.

Wenn Meerapfels Filme auf Kinoleinwand oder am Bildschirm ablaufen, dann vergeht die Zeit nicht, im Gegenteil, als Zuschauer gewinnt man den angenehmen Eindruck, man bekäme Zeit geschenkt: Die Filmemacherin Meerapfel verzichtet auf alles zeitgeistig Schnelle, Hektische, Atemlose, Drastische. Sie erzählt behutsam, mit stehenden Bildern, gibt ruhigen, fast einsilbigen Dialogen Raum oder fungiert selbst als Erzählerin aus dem Off wie in »Eine Frau«. Neben Meerapfels Stimme verleiht auch die Musik des griechischen Komponisten und Klarinettenisten Floros Floridis einem Meerapfel-Film seinen typischen Klang.

»Als ich »Annas Sommer« im Jahr 2000 vorbereitet habe«, erzählt Meerapfel, »wurde mir gesagt: Wenn du die Geschichte einer jüdischen Familie aus Thessaloniki erzählen willst, musst du auch dort hinfahren. Dort habe ich die alten Orte gesucht, die es kaum noch gibt. Es gab im Altersheim noch jüdische Bewohner, die das sephardische

Spanisch gesprochen haben. Ich sprach in heutigem Spanisch, sie in »Ladino«, im alten sephardischen Spanisch – und das war eine tolle Erfahrung: Menschen zuzuhören, die diese 500 Jahre alte Sprache sprechen. In dieser Zeit habe ich Floros Floridis kennengelernt, der aus Thessaloniki stammt und ein Freund meiner Freunde ist. Für die Musik von »Eine Frau« hat er 2022 den Kritikerpreis bekommen. Die Musik ist für diesen Film ganz wesentlich.«

Mit jedem neuen Film von Meerapfel, den man anschaut, reist man durch die jüngere Geschichte der Alten und der Neuen Welt, beginnend mit dem frühen 20. Jahrhunderts bis zum Hier und Jetzt mit all seinen politischen und gesellschaftlichen Implikationen. Meerapfel-Filme kreisen um Themen wie Emigration, Frauenschicksale, Identität, jüdisches Leben, Antisemitismus, Holocaust oder Repression unter der Diktatur. Wie war Leben und Überleben für die Menschen des 20. Jahrhunderts möglich? Und was wurde aus deren Kindern, aus der nachfolgenden Generation im 21. Jahrhundert?

Die Deutsch-Argentinierin Jeanine Meerapfel gibt darauf zahlreiche Antworten, die immer wieder von persönlichen Elementen inspiriert sind: etwa beim Kinofilm »Malou«, ihrem 1980 entstandenen Langspielfilm-Regiedebüt, der den Preis der Filmkritik – FIPRESCI – beim Festival von Cannes 1981 bekam, mit Ingrid Caven in der Titelrolle und Grischa Huber in der zweiten weiblichen Hauptrolle als Malous Tochter. Mehr als zehn weitere Filme folgten. Die stärksten autofiktionalen Züge trägt Jeanine Meerapfels jüngster Film von 2021, »Eine Frau«, in dem sie reichlich Foto- und Filmmaterial ihres Vaters und seiner Familie verwendet. Ein filmender Vater? Liegt es da nicht nahe, dass Meerapfel nicht weit vom Stamm gefallen ist?

»Ich bin nicht über das Hobby meines Vaters zum Film gekommen. Meine Welt war der Journalismus und dort war ich gut aufgehoben. Ich war ja in Argentinien als Journalistin angestellt und darüber bin ich dann zum Drehbuch gekommen. 1964 kam ich an die Hochschule

für Gestaltung in Ulm und habe dort bei Edgar Reitz und Alexander Kluge studiert. In dieser Zeit hat sich allmählich meine Hinwendung zum Film herauskristallisiert.« Schon als Teenager hatte sie sich nur fürs Lesen interessiert, sich selbst bezeichnet sie als »Bücherwurm«: »Alle argentinischen und lateinamerikanischen Schriftsteller (Borges und Cortázar und, und ...) habe ich gelesen. Das war meine Welt und alles, was mich interessiert hat. Von dort aus war es nur noch ein Katzensprung zum Journalismus, zur Sprache und zum Ausdruck.«

Ihre Muttersprache ist nicht Spanisch, denn ihre Mutter, Marie Louise Meerapfel, geb. Chatelaine, war Französin und schickte sie in Buenos Aires auf die französische Schule. Meerapfels Vater Carl stammte aus dem badischen Untergrombach bei Bruchsal, wo seine Familie einen Tabakgroßhandel betrieb. 1941 emigrierte er mit seiner Frau und der ersten Tochter gerade noch rechtzeitig über Amsterdam nach Argentinien, wo Jeanine Meerapfel 1943 in Buenos Aires zur Welt kam. Inzwischen lebt die Filmemacherin und derzeitige Präsidentin der Berliner Akademie der Künste seit 60 Jahren in Deutschland, dem Land, aus dem ihre Eltern vor den Nazis flohen. Über Deutschland hätten ihre Eltern immer geschwiegen, sagt Meerapfel: »Das Einzige, was man mitgekriegt hat, war eine Sehnsucht nach bestimmten Gerichten, nach Preiselbeeren, Spätzle oder Erzählungen vom Schwarzwald.«

Wo also ist die Weltbürgerin Jeanine Meerapfel heute zu Hause? »Zu Hause bin ich dort, wo ich bin und in mir selbst – aber auch in meiner Familie, in meinen Filmen und in meiner Arbeit. Zu Hause bin ich dort, wo Freunde für dasselbe eintreten wie ich: für Aufklärung und eine lebendige Erinnerungskultur. Es ist aber kein physischer Ort. Natürlich bin ich in Berlin zu Hause, aber ich kann mich eben auch in Buenos Aires zu Hause fühlen. Jeder Drehort ist bis zu einem gewissen Grad Heimat. Das wird Ihnen jeder Regisseur auch sagen, aber das ist immer zeitlich befristet. Die Hochschule für Gestaltung, eine Geschwister-Scholl-Stiftung, die prägend für meine Entwicklung war, war eine Fortführung des Bauhauses. Dort gab es mehrere Worte, die nicht benutzt wurden. Dazu gehörten »gemütlich« und »Heimat«. Wir wollten eine bestimmte Kühle und Sachlichkeit zur Beschreibung der Dinge und Zustände und nicht alles mit einer spießigen Butzenscheiben-Ideologie überdecken. Die falschen Gefühle kamen aus der vorherigen Generation,



Jeanine Meerapfel

FOTO: MARCUS LIEBERENZ

und die mussten infrage gestellt werden. Dagegen hat sich die 68er-Generation mit Elan gestellt. Das habe ich hautnah mitbekommen und das war Teil meines Lebens, weil ich gesehen habe, dass die Kinder der Täter, der Mitwisser und -läufer rebelliert haben gegen das Vergessen und gegen das Schweigen. Aber eben auch gegen Werte, die ihnen nicht mehr wahrhaftig vorkamen. Das war mir sehr wichtig.« Ihr kulturpolitisches Engagement kulminiert im Amt der Präsidentin der Berliner Akademie der Künste, das sie 2015 übernommen hat. Jetzt, nach drei Wahlperioden, wird im Frühjahr 2024 Schluss sein. »In den letzten Jahren haben wir Akademie-Gespräche und Akademie-Dialoge geführt, um aufzuklären gegen rechts, gegen Intoleranz, gegen Rassismus, und ich würde auch sagen, gegen Dummheit. Leider hat sich der Antisemitismus in Deutschland (und nicht nur hier) über die Jahrzehnte erhalten – ganz weg war er wohl nie. Es ist wirklich nicht hinnehmbar, dass Juden heute in Deutschland Angst haben müssen, sich öffentlich zu zeigen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Wohnungen in Deutschland mit einem Davidstern gekennzeichnet werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Attacken der Hamas öffentlich auf der Straße bejubelt werden. Seit dem 7. Oktober werden Juden in Berlin bespuckt und geschlagen. In Berlin, der Stadt, aus der heraus Hitler regiert hat. Da hat die Akademie der Künste eine besondere Verantwortung und

Stellung, der wir uns klar gestellt haben. Wir haben als erste kulturelle Institution die Gewalt der Hamas verurteilt und auch die Gewaltspirale in Gaza selbst nochmal thematisiert. Wir haben aber auch mitbekommen, dass es im Kulturbereich zunächst sehr enttäuschend zugeht. Erst nach und nach haben sich die Kulturinstitutionen gegen Antisemitismus geäußert.«

Was genau Jeanine Meerapfel vorhat, wenn sie den Alltag als Akademiepräsidentin hinter sich lassen wird, will sie noch nicht verraten, aber dass künftig weitere Filmproduktionen geplant sind, ist kein Geheimnis. Gerade in Zeiten, in denen insbesondere die sozialen Medien ihren Beitrag zur Verdunkelung von Informationen leisten, haben Künstler den Auftrag, aufzuklären, davon ist Meerapfel nach wie vor überzeugt. Ihr nächster Film, so sagt sie, soll um das Thema Klimaungerechtigkeit kreisen. Privates und Politisches sind für die 68erin Meerapfel zwei Seiten ein und derselben Medaille. Und deshalb macht sie als ihr letztes großes Projekt in der Akademie der Künste das Programm »UTOPIA. Keep on Moving« (19. April bis 26. Mai 2024), das sich mit historischen und gegenwärtigen Utopien auseinandersetzt – ein Thema, dessen gesellschaftspolitische Implikationen ihr wichtig sind und das ihr zugleich persönlich nahegeht.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Literaten im öffentlichen Diskurs

Über die mangelnde Meinungsfreude der Schriftstellerzunft

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Ein altes Buch hat mir vor Kurzem geholfen, ein Rätsel des feuilletonistischen Alltags zu lösen. Oft hatte ich mich schon gefragt, warum sich zwar nicht wenige Schriftstellerinnen und Schriftsteller zu den Krisen und Katastrophen der Gegenwart äußern, aber so selten etwas Sinnvolles dabei herauskommt. Man würde sich doch wünschen, dass »die Literatur« zur dringend benötigten Orientierung beitrüge. Aber zu häufig musste ich Texte lesen, denen es an Urteilskraft mangelte.

Ein Grund, dachte ich, würde in fehlender Lebenserfahrung liegen. Die allermeisten im schreibenden Gewerbe haben nie institutionelle Leitungserfahrung getragen. Sie mögen zwar intelligent und informiert sein, müssen aber nie Entscheidungen von

größerer Tragweite treffen. Sie wissen also nicht, wie das ist. Deshalb wirkt ihre Meinungsfreude so hohl. Ein anderer Grund, dachte ich weiter, wäre, dass ihr Beruf darin besteht, gehört und gelesen zu werden. Belohnt wird aber nicht die sachliche, also zumeist langweilige Äußerung, sondern der unverwechselbare Einspruch. Damit wird man zu einer »wichtigen Stimme



CLAUSSENS KULTURKANZEL

im öffentlichen Diskurs«. So allerdings droht publizistisches Engagement zu einem Stück Ego-Marketing zu werden.

Doch eine tiefere Erklärung fand ich in Adam Smiths »Theorie der moralischen Gefühle« von 1759. Dem schottischen Philosophen war nämlich aufgefallen, dass Literaten an einer spezifischen Unsicherheit leiden. Sie übten eine Kunst aus, in der

sich das Gelingen einer Leistung nicht beweisen lässt. Das führte zu einer übergroßen »Besorgnis um die öffentliche Meinung«: »Nichts erfreut einen Schriftsteller so sehr als die günstigen Urteile seiner Freunde und des Publikums, und nichts kränkt ihn so ernstlich als deren ungünstige Urteile. Erfolge mögen ihm mit der Zeit ein wenig mehr Vertrauen zu seinem eigenen Urteil einflößen. Indessen kann er zu jeder Zeit durch ungünstige Urteile des Publikums aufs schwerste getroffen und gekränkt werden.«

Ganz anders sei es bei Mathematikern. Diese besäßen »eine vollständige Gewissheit von der Wahrheit und Wichtigkeit ihrer Entdeckungen«. Deshalb wäre es ihnen »äußerst gleichgültig, welche Aufnahme sie beim Publikum finden«. Ähnlich wäre es bei Naturwissenschaftlern, die »in ihrer Unabhängigkeit von der öffentlichen Meinung den Mathematikern« am nächsten stünden und wie diese eine »Gewissheit und Seelenruhe« in sich trügen, die Literaten fehlte. Deshalb hätten sie kein Interesse daran,

an öffentlichen Debatten teilzunehmen, um sich dort eine Vergewisserung zu erkämpfen, die sie in ihrer eigentlichen Arbeit nie fänden.

Aus Unsicherheit, so Adam Smith weiter, würden sich Literaten, die doch Einzelgänger und Alleinarbeiter wären, häufig in Meinungsgruppen zusammenschließen, um dann in einen Streit zu ziehen: »Sie neigen sehr stark dazu, sich in literarische Parteien zu spalten, wobei jede Clique der tödliche Feind des Ansehens einer jeden anderen ist und all die niedrigen Künste der Intrige und Verhetzung anwendet, um die öffentliche Meinung für die Werke ihrer Mitglieder und gegen diejenigen Feinde und Rivalen einzunehmen.« Als ich dies las, musste ich an all die offenen Briefe und Unterschriftenlisten der letzten Zeit denken sowie an die jammervollen Schriftstellerverbandsquerelen.

Mathematiker und Naturwissenschaftler dagegen, so Smith, »geraten infolge ihrer Unabhängigkeit von der öffentlichen Meinung nur selten in Versuchung, sich in Parteien und Klüngel zu vereinen, sei es zur Hebung des eigenen Ansehens, sei es zur Unterdrückung desjenigen ihrer Rivalen. Sie sind beinahe immer

Menschen von einer äußerst liebenswerten Einfachheit der Sitten. Sie leben in gutem Einvernehmen untereinander. Jeder Einzelne von ihnen ist froh über das Ansehen, das der andere genießt. Sie beteiligen sich nicht an Intrigen, um sich den Beifall des Publikums zu sichern.« Adam Smith hat mir geholfen, den Problemkern so mancher Feuilleton-Erregung besser zu verstehen. Allerdings musste ich mir von jemandem, der sich in diesen Wissensbetrieben auskennt, erklären lassen, dass sein Bild von Mathematikern und Naturwissenschaftlern arg idealisierend geraten sei.

P.S.: Eines hat Smith nicht bedacht: Auch Literaten können sich sinnvoll zu Gegenwartsfragen äußern, wenn sie sich dabei nur ihrer Rolle bewusst sind und genau überlegen, was sie aus einer genuin literarischen Wahrnehmung in ihre ganz eigene Sprache bringen können. Dabei wäre es gut, wenn auch ihre spezifische Unsicherheit zum Ausdruck käme. Womit man wieder bei Adam Smith wäre.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON ...

Christian Höppner ist neuer Vorsitzender des Programm- ausschusses der Deutschen Welle
Christian Höppner, Präsident des Deutschen Kulturrates, wurde vom Rundfunkrat der Deutschen Welle in einer Sondersitzung am 19. April zum neuen Vorsitzenden des Programmausschusses gewählt. In seinem Amt als Haushaltsberichterstatte der Deutschen Welle wurde Christian Höppner bestätigt.

Gabriele Schulz wurde in den Verwaltungsrat der Deutschen Welle gewählt
Der Rundfunkrat der Deutschen Welle hat in einer Sitzung am 19. April Gabriele Schulz, stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates, in den Verwaltungsrat der Deutschen Welle gewählt.

Benedikt Stegmayer neuer Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschaftsreferent der Stadt Würzburg
Benedikt Stegmayer ist neuer Leiter des jüngst konzipierten Referats für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft der Stadt Würzburg. In einer Stichwahl entschied der Würzburger Stadtrat mit 27 von 50 Stimmen für Stegmayer. Nach dem Studium der Philosophie an der Universität Cambridge und dem Studium der Kunstgeschichte und Komparatistik an der Freien Universität Berlin war Stegmayer zuletzt Referent und berufsmäßiger Stadtrat für Kultur und Tourismus in Bayreuth.

Rainer Simon wird ab August 2025 Künstlerischer Leiter der Neuköllner Oper
Rainer Simon übernimmt ab August 2025 die Künstlerische Leitung der Neuköllner Oper. Damit tritt er die Nachfolge von Bernhard Glocksins an, der das Haus während der letzten 20 Jahre künstlerisch geprägt hat. Glocksins verlässt die Neuköllner Oper aus Altersgründen und wendet sich freiberuflich anderen Aufgaben zu. Simon ist derzeit als Künstlerischer Leiter des Festivals Schall&Rausch tätig und leitet die Außenspielstätten der Komischen Oper Berlin. Nach einem zweistufigen Verfahren schlug die Auswahlkommission ihn als neuen Künstlerischen Leiter der Neuköllner Oper vor. Der Vorstand folgte diesem Votum einstimmig.

Deutscher Jazzpreis 2024 für das Lebenswerk geht an Alexander von Schlippenbach
In der vierten Edition des Deutschen Jazzpreises wurde 2024 der Preis für das Lebenswerk an den Berliner Jazzpianisten, freischaffenden Arrangeur und Komponisten Alexander von Schlippenbach verliehen. Die Auszeichnung würdigt Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich Jazz, die sich über lange Zeit und in besonderem Maße um den Jazz in Deutschland verdient gemacht und damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Genres geleistet haben. Von Schlippenbach gilt als Schlüsselfigur in der deutschen Jazzszene. Er hat die Identität des Jazz und der Improvisation auch international durch die langjährige Zusammenarbeit mit globalen Jazzinstitutionen nachhaltig mitgestaltet.

Olaf Zimmermann in den Umsetzungsbeirat der Nationalen Plattform zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen berufen
Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, wurde vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) als Vertreter des Kulturbereiches in den Umsetzungsbeirat der Nationalen Plattform zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen berufen.

Bestandsaufnahme

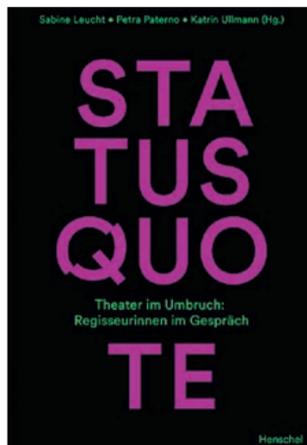
Frauenquote

Das Theatertreffen zählt zu den großen Bühnenfestivals der deutschsprachigen Theaterszene. Jedes Jahr wählt eine Jury zehn bemerkenswerte Inszenierungen aus dem deutschsprachigen Raum aus und lädt diese zum Theatertreffen nach Berlin ein. Das Festival wurde 1963 gegründet und fand zum ersten Mal 1964 statt. Erst nach 16 Jahren seines Bestehens wurden zum ersten Mal auch Frauen zum Theatertreffen eingeladen. Lange Zeit blieben die Geschlechterverhältnisse beim Festival ungleich. Mit der Festivalsausgabe 2020 führte die damalige Leiterin des Theatertreffens, Yvonne Büdenhölzer, die Frauenquote ein. Mit der Einführung wurde verpflichtend festgelegt, dass mindestens 50 Prozent der zehn ausgewählten Stücke von Regisseurinnen stammen müssen. Drei Jahre nach der ersten Festivalsausgabe mit Quote wurden für das Buch »Status Quote« alle 19 Regisseurinnen, die von 2020 bis 2023 beim Theatertreffen vertreten waren, zum Interview eingeladen. Die Frauen sprechen u. a. über ihre Erfahrungen in einem noch immer von Männern dominierten Arbeitsfeld und über die Hürden, die sie im Laufe ihres Werdegangs nehmen mussten. In den Gesprächen berichten sie darüber, ob ihnen die Frauenquote geholfen hat, und teilen ihre Gedanken zur Quote. Dabei gehen sie auch der Frage nach der Existenz einer weiblichen Ästhetik nach. Neben den Interviews berichtet Yvonne Büdenhölzer, die selbst lange Zeit keine »Quotenfrau« sein wollte, von den Anfängen der Frauenquote. Außerdem

gibt Eva Behrendt Einblicke in die Geschichte des Theatertreffens und seiner Geschlechterverhältnisse. Daneben enthält das Buch ein Gespräch zwischen Karin Henkel und Lisa Lucassen, die beide vor der Einführung der Quote zum Theater eingeladen wurden. Durch das Interviewformat werden unterschiedliche Erfahrungen und Sichtweisen von Regisseurinnen auf den Theaterbetrieb sichtbar. Das Buch zeigt, welche Bedeutung der Frauenquote beim Aufbrechen patriarchalischer Strukturen in der Theaterwelt zukommt, legt aber auch anfängliche Zweifel oder Ablehnung gegenüber der Quote und die Herausforderungen, die mit ihr verbunden sind, offen. Gerade das macht das Buch zu einer lesenswerten Lektüre.

Lisa Weber

Status Quote. Theater im Umbruch. Regisseurinnen im Gespräch. Leipzig 2023



Geburt des Grundgesetzes

Erzählte Geschichte

Wer kennt heute noch Louise Schroeder? Mit ihr beginnt Sabine Böhne-Di Leo ihr Buch, in dem sie anschaulich über die Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahr 1949 berichtet. Louise Schroeder war Kommissarische Bürgermeisterin von Berlin, als 1948 die Blockade Westberlins begann und die westlichen Alliierten mit ihrer einzigartigen, fast ein Jahr dauernden Luftbrücke Westberliner Bürger mit dem Nötigsten versorgten. Welche zentrale Rolle diese Luftbrücke für den Fortgang der deutschen Geschichte spielte, wird hier noch einmal sehr deutlich. Vor allem aber geht es um die Entstehung des Grundgesetzes, dessen 75. Jubiläum derzeit allenthalben gefeiert wird. Wir lesen von den monatelangen Diskussionen und Verhandlungen im Parlamentarischen Rat über dieses Verfassungswerk, das nicht Verfassung heißen sollte. Ziel war es vor allem, ein Regelwerk zu schaffen, mit dem eine Wiederholung der gerade zu Ende gegangenen mörderischen Diktatur unmöglich sein würde. Monatelang wurde in Bonn um Paragraphen und Begriffe gerungen – aber auch um das große Ganze: Sollte es ein Westdeutschland werden oder ein geeintes – neutrales – Deutschland? Was sollte mit Berlin passieren? Welche Macht sollte den Ländern, welche dem Bund zukommen? Wie sollte das neue Staatsgebilde heißen? Hinter allen Fragen steckten politische Ziele, aber auch Werthaltungen. Die wenigen Frauen im

Rat kämpften – schließlich mit Erfolg – um den Satz »Männer und Frauen sind gleichberechtigt«, der sich erst später in Gesetzen manifestierte. Viele Hintergrundinformationen, vermischt mit Anekdoten, werden anschaulich und spannend vermittelt. Große Gegenspieler in den Debatten: Konrad Adenauer von der CDU, später der erste Kanzler der Bundesrepublik, und Carlo Schmid, der Verhandlungsführer der SPD. Und Carlo Schmid war es, der im Zusammenhang mit dem Begriff der »wehrhaften Demokratie« erklärte: »Es soll sich jener nicht auf die Grundrechte berufen dürfen, der von ihnen Gebrauch machen will zum Kampf gegen die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung.«

Barbara Haack

Sabine Böhne-Di Leo. Die Erfindung der Bundesrepublik. Wie unser Grundgesetz entstand. Köln 2024



Narben

Eine Ost-West-Geschichte

Der erste Versuch: Das Mädchen steht mit ihren Eltern in Berlin-Friedrichshain am Märchenbrunnen. Der Brunnen wurde schon vielfach umrundet, die Zeit schleicht dahin, am Abend Rückkehr nach Leipzig. Der zweite Versuch: Zusammen mit ihren Eltern quetscht sich das Mädchen in den Kofferraum eines Wagens, angeschmiegt an seine Eltern schläft es ein. An der Grenze auf einmal Männer mit Maschinengewehren, die Eltern werden abgeführt, das Mädchen kommt ins Kinderheim, die Großmutter holt es schließlich zu sich. Constanze Neumanns autobiografischer Roman erzählt die Geschichte eines Aufwachsens im Ost-West-Verhältnis. Die Eltern, beide Musiker, werden beim zweiten Fluchtversuch aus der DDR verhaftet, sie werden von der Bundesrepublik aus dem Gefängnis freigekauft. Ihre Tochter kann schließlich im Rahmen der Familienzusammenführung zu ihnen übersiedeln. Das Buch handelt von den Schwierigkeiten des Ankommens, von den Problemen, einen Arbeitsplatz zu bekommen, von der haftbedingten Erkrankung der Mutter, die es ihr trotz eisernen Übens unmöglich macht, als Profimusikerin zu arbeiten. Es geht um das Fremdsein im Westen, um ungewohnte Bräuche wie den Rheinischen Karneval, um Dialekte und Sprachfärbungen, um einen immer fremder werdenden Osten, um scharfen Antikommunismus, um Scham und Aufbruch. Dominierend ist der Wunsch der Eltern, insbesondere des Vaters, nach Anpassung im

ersehten Westen; gleichzeitig bleibt der Wunsch, die familiären Fäden in die DDR nicht zu kappen. Besonders einprägsam sind die gemeinsamen Urlaube mit der Großmutter in der damaligen Tschechoslowakei: die Großmutter in Unterküften für DDR-Bürger, die Ich-Erzählerin mit ihren Eltern in deutlich besser ausgestatteten, nur für Bürger aus dem westlichen Ausland zugänglichen Hotels. Trotz der berührenden und oftmals traurigen Geschichte schlägt der Erzählton nie ins Jammern und Klagen um, er ist vielmehr lakonisch, fast schon distanziert beobachtend und gerade dadurch besonders berührend. Sehr lesenswert.

Gabriele Schulz

Constanze Neumann. Das Jahr ohne Sommer. Berlin 2024



Kein sicherer Ort mehr

Das Entsetzen über den ungeheuerlichen Angriff

Ich schloss den Essay Ende Dezember ab, so steht es im Kalender, aber wir leben immer noch in unserer Fassungslosigkeit und in unserer Trauer immer noch am 7. Oktober und nicht »Nach dem 7. Oktober«, diesen Satz fügt Natan Sznaider als Fußnote der Überschrift seines Beitrags »Die Wunde Israel« im Buch »Nach dem 7. Oktober« bei. Im Buch sind 26 Texte versammelt, die sich mit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 befassen, darunter einige wenige Interviews. Einige der Beiträge waren zuvor bereits in Tageszeitungen erschienen, andere, wie der von Natan Sznaider, wurden für den von Tania Martini und Klaus Bittermann herausgegebenen Band eigens verfasst. Aus den Beiträgen spricht das Entsetzen über den ungeheuerlichen Angriff, die tiefe Sorge um die Geiseln, die nach wie vor in Gaza gefangen gehalten werden. Es kommt das Erschrecken zum Ausdruck, dass gerade jene Menschen bestialisch getötet wurden, die sich für die Sache der Palästinenser eingesetzt und mit ihnen zusammengearbeitet haben. Es wird immer wieder die Frage aufgeworfen, wie es weitergehen kann mit dem zionistischen Staat oder ob der Zionismus durch eigenes Versagen an sein Ende gekommen ist. Und über allem steht die Frage: Wo können Juden leben, wenn selbst Israel kein sicherer Ort mehr ist? Wer der Erschütterung des 7. Oktobers nachspüren will, dem sei dieses Buch ans Herz gelegt.

Tania Martini, Klaus Bittermann (Hg.). Nach dem 7. Oktober. Essays über das genozidale Massaker und seine Folgen. Berlin 2024



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Politik & Kultur



Limburger Dom St. Georg und Burg Limburg, Limburg an der Lahn, Hessen

THEMA

Schützt unsere Dörfer und Städte – es brennt!

Die Kommunen sind die wichtigsten Kulturorte in Deutschland, aber sie stehen unter Druck

OLAF ZIMMERMANN

Das kulturelle Leben findet in den Kommunen statt. Hier leben die Künstlerinnen und Künstler, hier sind die Buchhandlungen, die Galerien, die Architektur- und Designstudios, hier arbeiten die Denkmalpflegerinnen und -pfleger, hier befinden sich die Theater, die Kinos, die Museen, die Bibliotheken, die Archive, die soziokulturellen Zentren, hier engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger in Kunstvereinen, in literarischen Gesellschaften, in Chören und Orchestern, hier finden Migrantinnen und Migranten sowie Exilierte ein neues Zuhause, hier werden Traditionen gepflegt und neue begründet und so weiter und so fort. Hier ist das Publikum. Zusammengefasst: Hier findet das kulturelle Leben statt. Doch wo drückt in den Kommunen tatsächlich der Schuh? Wo brennt's? Welche heißen Eisen müssen angefasst werden und wo ist eher Gelassenheit gefragt?

Wenn über kommunale Kulturpolitik gesprochen oder geschrieben wird, stehen zumeist die Großstädte im Fokus. Sie gelten als Vorreiter für Entwicklungen. Doch stimmt das wirklich, sind tatsächlich die großen Städte die »Trendsetter« – oder gehen nicht vielmehr auch Impulse von kleineren Kommunen aus? Im letzten Jahr ging Politik & Kultur auf Kulturreise durch Deutschlands zehn größte Städte – und fragte bei den Kulturdezernentinnen und Kulturdezernenten nach, welche Themen sie auf ihre Agenda setzen und wo ihre Stadt nach der Coronapandemie steht. Nachgefragt wurde in Berlin, Frankfurt/Main, Essen, Düsseldorf, Stuttgart, Dortmund, Hamburg, Leipzig, Köln und München.

In dieser Ausgabe wird weiter in die Fläche gegangen; insgesamt 27 Städte – große und kleine, im Zentrum und an der Peripherie liegend, Grenzstädte und Städte mit viel Umland – wurden befragt. Jedes Bundesland ist mit mindestens einer Stadt vertreten.

Laut Kulturfinanzbericht 2022 des Statistischen Bundesamts haben die Kommunen im Jahr 2020 insgesamt 5,7 Milliarden Euro für Kultur ausgegeben. Das ist gegenüber dem Jahr 2010 ein Anstieg um stolze 37,4 Prozent. Die Kommunen sind die wichtigsten Kulturfinanzierer in Deutschland. Sie stemmen 39,1 Prozent der öffentlichen Kulturausgaben, auf die Länder entfallen 38,6 Prozent und auf den Bund 22,4 Prozent. Bereits seit Jahrzehnten tragen die Kommunen den größten Teil der Kulturfinanzierung, allerdings haben sich die Verhältnisse in den letzten Jahren etwas verschoben und der Finanzierungsanteil des Bundes ist gestiegen. Betrachtet man die kommunalen Kulturretats, so entfällt der Löwenanteil auf die Theater und die Musikpflege. Je nach Einwohnerzahl werden bis zu 56,5 Prozent des Kulturbudgets für Theater und Musikförderung aufgewandt. Für Museen wenden die Kommunen zwischen 12,3 und 19 Prozent und für Bibliotheken zwischen 16,7 bis 32,9 Prozent ihres Kulturbudgets auf. In der Tendenz kann festgehalten werden, dass, je größer die Stadt ist, umso mehr Geld in den Bereich Theater und Musik fließt, was aufgrund des erforderlichen Personalbudgets auch nicht verwunderlich ist.

Viele Kommunen stehen unter einem erheblichen Druck, was die Finanzlage betrifft. Einigen droht erneut die Haushaltssicherung, was zur Folge hat, dass der kommunale Haushalt von der

Kommunalaufsicht, die je nach Land bei der Bezirksregierung oder dem Innenministerium liegt, genehmigt werden muss. Die Pflichtaufgaben, wie beispielsweise Sozialausgaben, haben in diesen Fällen Vorrang vor der Kulturförderung, die als sogenannte freiwillige Leistung gilt. Und selbst dort, wo Kommunen keiner Haushaltssicherung unterliegen, werden freiwillige Leistungen für entbehrliche Leistungen gehalten, obwohl das grundfalsch ist. Denn nur die freiwilligen Leistungen können die Kommunen in eigener Verantwortung steuern, sie sind die Königsdisziplin in den kommunalen Haushalten.

Egal, ob es sich um eine große oder eine kleine Kommune handelt, eine Aufgabe beschäftigt alle: Wie gelingt es, neue Publikumsgruppen zu gewinnen, ohne die treuen Besucherinnen und Besucher zu verlieren. Beide Gruppen sind gleichermaßen wichtig. Zur Kulturfinanzierung leisten alle, die die Angebote nutzen, einen finanziellen Beitrag, aber auch jene, die sie nicht nutzen. Deshalb muss die Frage, warum ein Kulturangebot von bestimmten Bevölkerungsgruppen nicht genutzt wird, immer kritisch reflektiert werden.

Zusätzlich zur schwierigen Finanzlage sind gerade in den Kommunen Investitionen in die kulturelle Infrastruktur dringend erforderlich. Viele Kultureinrichtungen bedürfen der Grundsanierung, sie weisen erhebliche bauliche Mängel auf, sie genügen aktuellen Anforderungen an den nachhaltigen Betrieb nicht und sie müssen dringend resilienter gegen Naturkatastrophen, aber auch gegen die Auswirkungen zum Beispiel eines Krieges gemacht werden.

Nicht zuletzt werden die vom Deutschen Kulturrat – wie ich finde absolut

Selbst dort, wo Kommunen keiner Haushaltssicherung unterliegen, werden freiwillige Leistungen für entbehrliche Leistungen gehalten, obwohl das grundfalsch ist

berechtigterweise – geforderten Honoraruntergrenzen für selbstständige Künstlerinnen und Künstler, die öffentliche Kulturförderung erhalten, auch bei den Städten und Gemeinden höhere Kulturretats verlangen.

Außerdem blicken viele Kulturverantwortliche mit Sorge auf die anstehenden Kommunalwahlen und befürchten leider zurecht, dass Vertreterinnen und Vertreter rechtsextremer Parteien in Verantwortung gewählt werden könnten. Sie wären dann die unmittelbaren Vorgesetzten beispielsweise von Leiterinnen und Leitern öffentlicher Bibliotheken oder kommunaler Musikschulen. Wie damit umgehen, was bedeutet dies für das Programm? Wird es Einflussnahme auf Veranstaltungen und das kulturelle Angebot geben und wenn ja, wie wird diese aussehen? Und welche Möglichkeiten gibt es, dagegenzuhalten? Kann eine offene Diskussionskultur aufrechterhalten bleiben? Schon jetzt berichten Künstlerinnen und Künstler, die im ländlichen Raum leben und arbeiten, dass sie von Rechtsextremen bedroht werden und wie viel Kraft es kostet, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Viele Herausforderungen für die Kulturverantwortlichen vor Ort. An manchen Orten brennt es schon, andere warten auf den Sturm. Aber die Kommunen sind und bleiben, bei aller Bedrohung, die wichtigsten Kulturorte in Deutschland. Für den gesamten Kulturbereich kann es deshalb nur heißen: Schützt unsere Dörfer und Städte!

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

PS: Ich bin in Limburg an der Lahn geboren.



Kinderfest im Deutsch-Französischen Garten in Saarbrücken, Saarland

FOTO: ULRICH HOFER, QUELLE: LANDESHAUPTSTADT SAARBRÜCKEN

Das kommunale Engagement ist entscheidend

Daniela Schneckenburger im Gespräch

Finanzierung, kulturelle Infrastruktur und kontroverse Debatten sind Stichwörter, die kulturpolitische Herausforderungen in den Städten beschreiben. Debatten können in ihrer Spannungsfunktion Kultur aber auch lebendig machen.

Barbara Haack: Was sind für die Städte, die der Deutsche Städtetag vertritt, die größten kulturpolitischen Herausforderungen?

Daniela Schneckenburger: Die Herausforderungen sehe ich auf drei Ebenen. Die erste, das ist ja fast schon banal, ist die Finanzierung. Wir haben es mit enger werdenden Spielräumen in den Länderhaushalten und in den kommunalen Haushalten zu tun. Der Kulturbereich ist nicht überfinanziert; insofern können sich jegliche Einsparungen oder auch die Deckelung von Haushaltsansätzen spürbar auswirken.

Damit verbunden ist ein Problem bei der kulturellen Infrastruktur. Viele Kulturbauten, sofern sie nicht historisch sind, sind nach 1945 neu entstanden, vor allem ab 1960. Diese baulich zu sanieren, ist ein wachsendes Thema, das Städte beschäftigt. In Einzelfällen gab es das ja schon immer. Jetzt zeigt es sich aber als Strukturproblem, gerade weil wir sie auch energetisch sanieren müssen: Wie machen wir uns klimaresilient und wie leisten wir als Kultur unseren Beitrag dazu, den CO₂-Fußabdruck der Menschheit nicht weiter zu vergrößern?

Das dritte Thema sind die kontroversen Debatten, die Suchbewegungen, die die Kultur wie die Gesellschaft insgesamt beschäftigen: Antikolonialismus, Antisemitismus, Rassismus. Das erfordert auch, Angebote für ein sich veränderndes Publikum zu entwickeln. Diese Suchbewegung beflügelt den Kulturbereich gleichzeitig auch. Das ist also eher ein inneres Spannungsverhältnis, das Kultur lebendig macht, das Herausforderung ist, Kulturpolitik immer wieder neu zu denken.

Einige Kommunen weisen in ihrer Antwort auf das Problem hin, dass Kultur aus politischen Gründen eingegrenzt oder vereinnahmt wird. Erleben Sie das auch?

Das Spannungsverhältnis zwischen Kultur und Politik war immer da. Es ging dabei immer um das Spannungsverhältnis zwischen Vereinnahmung

der Kultur und der Werthaltung des Kulturbereiches. Die beiden Sphären – Politik und Kultur – sind in ihren Ausdrucksformen unterschiedlich, auch in ihrer Aufstellung und Zielrichtung. Dass es da ein Spannungsverhältnis gibt, ist nichts Neues. Aber richtig ist auch: Die Kontroversen wachsen. Das können Diskussionen sein, die den Kulturbereich bereichern, sie können aber auch zu einer Beschränkung künstlerischer Freiheit führen – das muss man im Blick behalten. Positiv formuliert sind solche Debatten Teil der Frage, was Kultur zur Gesellschaft beiträgt und wie sich das Spannungsverhältnis zwischen Kultur und Gesellschaft gestaltet.

Was passiert mit der Kultur, wenn wir es demnächst mit mehr rechten Kommunalregierungen zu tun haben?

Das ist auf jeden Fall ein Thema, auf das wir hohe Aufmerksamkeit richten sollten. Ich glaube, wir wissen es bisher tatsächlich nicht. Die Frage wird sein, ob es den Versuch geben könnte, kulturelle Normen zu setzen, deren Einhaltung durchgesetzt werden soll, die kulturelle Ausdrucksformen begrenzen würden. Das wäre ein Angriff auf die Freiheit der Kultur. Das wäre dann eine Bewegung, die es so in der Kultur seit 1945 in Deutschland nicht gegeben hat. Denn: Kultur darf Grenzen verschieben, Öffnungen vorantreiben, Diskurse befördern, Konventionen aufbrechen. Wir sollten hochaufmerksam sein.

Kulturelle Bildung verändert sich. Wie sehen Sie in den Städten die Entwicklung von kultureller Bildung und Teilhabe?

Wir müssen uns sehr weit oben auf die Agenda schreiben, dass wir die Spaltung von Stadtgesellschaften in diejenigen, die teilhaben an Kultur, und diejenigen, die nicht teilhaben, nicht verstärken, sondern dass wir Teilhabe beflügeln. Kulturelle Bildung im frühkindlichen Bereich, im schulischen Bereich ist der entscheidende Schlüssel dafür, dass kulturelle Teilhabe in einer Stadtgesellschaft für alle gelingt. Die Frage, wie wir es schaffen, jungen Menschen ein Angebot, auch ein persönliches Entwicklungsangebot zu machen, ist eine Zukunftsfrage. Sie entscheidet auch darüber, in welche Richtung sich die kulturellen Angebote einer Stadt entwickeln. Und ob es gelingt, auch

diejenigen miteinzubeziehen, die eine andere kulturelle Identität, Geschichte und Erfahrung haben.

Ein Hindernis gerade in der kulturellen Bildung ist womöglich der Fachkräftemangel.

Der Fachkräftemangel drückt uns an allen Stellen, im Kulturbereich genauso wie im Sozial- und Jugendbereich insgesamt. Ich glaube aber, dass der Fachkräftemangel nicht der Schlüssel ist, wenn es um kulturelle Zugänge geht. Da geht es um die Frage, ob es gelingt, im Bildungsbereich zu kooperieren, sich als Lerngemeinschaft zu verstehen. Um es konkreter zu machen: Wenn eine Schule eine Kooperation eingeht mit dem kommunalen Theater und das kommunale Theater in weiser Voraussicht seine Theaterpädagogik so aufstellt, dass eine Kooperation gelingt, dann schafft das Zugänge für junge Menschen, für die es keine zusätzlichen Fachkräfte braucht. Wenn es gelingt, die Kooperation zwischen Theaterpädagogik und Kindertageseinrichtungen zu stärken, gibt es wertvolle Ansätze, die dauerhaft wirken. Wenn sich die kommunalen Kulturangebote auf diese Zielgruppe junger Menschen ausrichten und die Angebotsstruktur immer wieder dahingehend überprüft wird, profitieren alle.

Wie steht es im Kulturbereich mit der »Beziehung« zwischen Städten und Ländern?

Es gerät manchmal aus dem Blick, dass die Kulturangebote in der Bundesrepublik sehr stark durch Kommunen verantwortet und getragen werden. Selbstverständlich spielen die Länder eine Rolle, auch als Fördermittelgeber. Aber das kommunale Engagement ist ganz entscheidend, sowohl was die Finanzierung als auch die Struktur angeht. Es ist wichtig, das im Blick zu behalten. Bund und Länder müssen die kommunale Seite stützen und in die Lage versetzen, diese Aufgabe, die wir freiwillig haben und die wir ausfüllen wollen, auch tatsächlich erfüllen zu können.

Vielen Dank.

Daniela Schneckenburger ist Beigeordnete des Deutschen Städtetages und Leiterin des Dezernats Bildung, Integration, Kultur, Sport und Gleichstellung. Barbara Haack ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Kulturelle Bildung ist ein zentraler Punkt

Marc Elxnat im Gespräch

Akute finanzpolitische Herausforderungen machen es den Kommunen schwer, ein attraktives Kulturangebot vorzuhalten.

Barbara Haack: Was sind für die Kommunen, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt, die großen kulturpolitischen Herausforderungen?

Marc Elxnat: Sicher ist die aktuell größte Herausforderung gar nicht originär mit der Kultur verknüpft, sondern tatsächlich mit dem Thema Finanzen und der Haushaltslage der Kommunen. Die Kommunen sind sehr daran interessiert, ein attraktives Kulturleben vor Ort vorzuhalten, weil das Teil einer lebenswerten Stadt oder einer lebenswerten Gemeinde ist. Aber die aktuellen finanzpolitischen Herausforderungen machen es den Kommunen schwer, das langfristig und dauerhaft zu unterstützen.

Wie sehen Sie den Stellenwert der Kultur in den Gemeinden, nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern?

Tatsächlich ist der Stellenwert der Kultur sowohl bei den Städten und Gemeinden als auch bei den Menschen hoch. Die Kommunen sind sich sehr bewusst, dass Kulturangebote zentral sind für die Lebensfähigkeit und die Attraktivität. Das gilt für Kommunen unterschiedlicher Größe. Gewisse kulturelle Angebote werden immer nachgefragt. Und es ist deswegen natürlich kommunales Anliegen, Kultur zu fördern. Gleichzeitig ist Kultur keine Pflichtaufgabe, sondern eine freiwillige Aufgabe und droht aktuell, ein bisschen von der allgemeinen Lage überrollt zu werden, da Spielräume enger und Anforderungen an die Kommunen in allen Bereichen höher werden.

Von einigen Kommunen, die wir befragen, kommt die Beobachtung, dass das Thema Publikumsgebinde oder Publikumsverlust eine Herausforderung ist. Beobachten Sie das auch – und gibt es Konzepte, dem zu begegnen?

Im Einzelfall sehen wir das natürlich, dass Kulturangebote nicht ausreichend angenommen werden. Das ist dann eine Frage vor Ort, inwieweit die Angebote an den Bedarf angepasst werden. Da sind die Kommunen mit den jeweiligen Akteuren vor Ort im Austausch, um ein Kulturangebot zu schaffen, das auch genutzt wird.

Vor allem in einigen ostdeutschen Kommunen gibt es starke Rechts-tendenzen und auch schon Forderungen von dieser Seite, Kultur zu regulieren. Nehmen Sie das wahr?

Ich will nicht ausschließen, dass es Bestrebungen von dieser Seite gibt, gewisse Kulturangebote zu regulieren oder Kultur für sich zu vereinnahmen. Das ist aber kein Phänomen in der Breite, sondern eher einzelfallbezogen. Dass die freie Kulturszene durch die gesellschaftliche Entwicklung tatsächlich bedroht ist, ist bei uns bisher nicht angekommen, und das sehen wir auch nicht.

Die Kultur lebt sehr stark von ehrenamtlichem Engagement, gerade in den Kommunen. Tendenziell nimmt die Bereitschaft zum Ehrenamt ab. Wie schätzen Sie die Entwicklung für das

kulturelle Ehrenamt in den Kommunen ein?

Es wird sicher schwieriger. Wir sehen einen allgemeinen Effekt, dass ein langes Engagement im Ehrenamt durchaus nachlässt. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Gleichwohl sehen wir das Ehrenamt im Kulturbereich immer noch als sehr stark an und sehen natürlich, dass das bürgerschaftliche Engagement und die engagierten Menschen vor Ort für uns ganz wichtige Mitgestalter und Partner bei einer lokalen und regionalen Kulturlandschaft sind. Wir sind bestrebt, auch in Diskussionen auf der politischen Ebene, Ehrenamt zu erleichtern und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, das möglichst frei von Bürokratie tun können. Da müssen Rahmenbedingungen angepasst werden. Diejenigen, die sich ehrenamtlich engagieren, sollten unserer Meinung nach ihre Zeit und Kraft in die Projekte investieren und nicht in Bürokratie.

Noch einmal zurück zum Thema Finanzierung. Gibt es Modelle oder Ideen in den Kommunen, wie man trotz der angespannten finanziellen Lage Kultur weiter ausbaut und entwickelt?

Es gibt die Möglichkeit, mit Stiftungen oder anderen Institutionen zusammenzuarbeiten und so Kultur in Kommunen zu bringen, die in Haushaltsnotlagen sind. Eine andere Möglichkeit ist die Kooperation von Städten und Gemeinden, mit wandernden Kulturangeboten, die von mehreren Schultern getragen werden.

Die kulturelle Bildung wird von vielen Kommunen als Herausforderung genannt. Wie sehen Sie das?

Das ist ein zentraler Punkt. Kulturelle Bildung muss schon in der Schule verstärkt werden. Eine bessere frühzeitige und umfassende Vermittlung von kultureller Bildung ist notwendig. Da sehen wir noch Luft nach oben.

Wie weit können die Kommunen sich da einbringen? Schulische Bildung ist ja vor allem Ländersache.

Die Kommunen können sich einbringen, wenn es um Nachmittagsbetreuungsangebote in den Schulen geht. Durch Zusammenarbeit mit kommunalen Kultureinrichtungen, mit kommunal geförderten Kultureinrichtungen oder auch mit freien Kultureinrichtungen, die in die Schulen gehen und mit den Schülerinnen und Schülern arbeiten, kann man Kultur nahbar machen.

Kulturelle Bildung im Zusammenhang mit der Ganztagsbetreuung ist ein Punkt, den wir schon seit einigen Jahren in unseren Positionspapieren nennen und den wir in den Umsetzungsschritten des Ganztagsanspruchs mitdenken. Der Ganztagsanspruch kann eine Chance sein, Kultur wiederzubeleben. Aktuell haben wir beim Ganztags das Problem, dass wir gar nicht die Plätze und die Fachkräfte hätten, um Betreuungsangebote in der Breite aufrechtzuerhalten. Da können Angebote, zum Beispiel aus Kultur und Sport, die Schulen beim Ganztagsanspruch unterstützen.

Vielen Dank.

Marc Elxnat ist Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund. Barbara Haack ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Kultur ist kein Nice-to-have

Jörg Freese im Gespräch

Der Deutsche Landkreistag vertritt 294 Landkreise in ganz Deutschland, die im ländlichen Raum angesiedelt sind. Hier geht es vor allem anderen darum, die vorwiegend ehrenamtlichen Strukturen aufrechtzuerhalten und zu modernisieren.

Barbara Haack: Was sind für die Landkreise in Deutschland die großen kulturpolitischen Herausforderungen?

Jörg Freese: Eine große Herausforderung ist die Struktursicherung. Wir haben im ländlichen Raum vorwiegend kleinere kulturelle Strukturen, häufig rein ehrenamtlich organisiert. Diese Strukturen zerbrechen natürlich schneller als eine hauptamtliche Struktur, in der Leute dafür bezahlt

Wir sind daran interessiert, hauptamtliche Strukturen zu schaffen, um Ehrenamtliche zu unterstützen bei Aufgaben, die nicht direkt mit ihrer kulturellen Arbeit zu tun haben

werden, dass sie sich auch um die Sicherung ihrer Institution kümmern. Ehrenamtliche müssen Zeit erübrigen. Wenn sie diese Zeit nicht mehr haben oder, weil sie schon älter sind, einfach nicht mehr können oder wollen, dann droht eine Struktur wegzubrechen. Das treibt uns um. Deswegen sind wir sehr dran interessiert, hauptamtliche Strukturen zu schaffen, vor allem, um die Ehrenamtler zu unterstützen bei Aufgaben, die nicht direkt mit ihrer kulturellen Arbeit zu tun haben – Steuererklärungen zum Beispiel, Vereinsgründungen oder beim Umgang mit dem Amtsgericht.

Das ist ein Unterschied zum städtischen Raum, wo es häufig Theater oder andere Institutionen gibt, die feste Mitarbeiter und hauptamtliche Strukturen haben. Die Herausforderung besteht nicht nur darin, das über die Zeit zu retten, sondern es zugleich auch zu modernisieren.

Oft heißt es, dass Menschen Angst davor haben, sich gerade auf kommunaler Ebene ehrenamtlich zu engagieren, weil es da oft Gegenwind gibt. Nehmen Sie das wahr?

In Bezug auf das kommunalpolitische Ehrenamt auf jeden Fall. Es gibt immer noch viele Menschen, die sich engagieren. Aber im Hinterkopf ist oft der Gedanke: »Wenn ich den Kopf aus der Deckung nehme und mich für eine politische Partei oder sonst irgendwie engagiere, kommen Leute aus der Hecke und ich werde angegriffen, meistens natürlich verbal.« Im kulturellen Ehrenamt ist das noch nicht ganz so ausgeprägt. In der Kultur liegt es eher daran, dass die Menschen Zeit brauchen, die sie oft nicht haben. Und viele sind weniger bereit, sich langfristig zu engagieren, sondern wollen das eher kurzfristig oder projektweise tun. Die Erkenntnis ist nicht neu, aber darauf müssen wir uns noch stärker einstellen.

Wir stehen vor Kommunalwahlen, bei denen abzusehen ist, dass sich Machtverhältnisse ändern werden. Sehen Sie in diesem Zusammenhang die Gefahr der Beeinflussung oder Vereinnahmung von Kultur?

Ja. Wir reden jetzt natürlich nicht über große Bühnen, die moderne



Station Streit-Karaoke in der Jahresausstellung Streit, die die Franckeschen Stiftungen im Rahmen des stadtweiten Themenjahrs »Streitkultur« in Halle (Saale), Sachsen-Anhalt, realisierten

gesellschaftskritische, im Zweifel tendenziell linke Stücke aufführen und dann der Kritik von ganz rechts außen ausgesetzt sind. Insofern ist es fraglich, ob das bei uns so virulent wird. Aber dass Dinge dem einen oder anderen im Kreistag nicht gefallen, darüber muss man sich zukünftig stärker im Klaren sein. Auch bisher fanden nicht alle immer alles gut, aber sie haben es toleriert.

Im Sinne von Kunstfreiheit?

Im Sinne von Kunstfreiheit und auch im Sinne von »leben und leben lassen«. Im Sinne von: »Mir gefällt zwar nicht, was sie machen, und ich gehe da auch nicht hin, aber es ist gut, dass es das gibt.« Es könnte passieren, dass das

»Mir gefällt zwar nicht, was sie machen, und ich gehe da auch nicht hin, aber es ist gut, dass es das gibt.«

zukünftig anders wird. Ich rechne damit, dass es dann immer wieder Leute auch im Kreistag gibt, die meinen, kulturelle Angebote kritisieren zu müssen, nur weil sie ihnen nicht passen.

Inwieweit kann der Deutsche Landkreistag in den Landkreisen kulturpolitisch Einfluss nehmen oder unterstützen?

Wir versuchen das natürlich. Wir versuchen deutlich zu machen, dass die beiden Eckpfeiler Kultur und kulturelle Bildung kein Spaß sind oder ein Nice-to-have, sondern die gemein-

same Grundlage für einen Kreis, genauso für kreisangehörige Städte und Gemeinden bilden, für die Gemeinschaftsbildung, für die Identität. Gerade Kreise tun sich da manchmal schwerer, z. B. aufgrund eines etwas schwierigeren landsmannschaftlichen oder naturräumlichen Zuschnitts. Das ist bei Städten meistens einfacher.

Aber wir haben auch viele Landkreise, da passt es fast von ganz alleine, in denen Menschen sich zusammengehörig fühlen. Aber auch da ist Kultur ein ganz wichtiger Faktor. Insgesamt kann man Kultur nicht nach Belieben hoch- und runterfahren. Aber da können wir nur Überzeugungsarbeit leisten. Wir haben ja keine Exekutivgewalt.

Wie sieht es aus mit dem Thema Finanzierung?

Das hat sehr viel mit dem Stichwort Freiwilligkeit zu tun. Je mehr Geld vorhanden ist, desto eher werden Dinge getan, zu denen man nicht zwingend verpflichtet ist. Mittelbar ist die Finanzierung von Kultur also natürlich immer ein Problem. Aber ich will nicht akzeptieren, dass man damit leben muss, dass wegen finanzieller Probleme im kulturellen Bereich weniger gefördert wird. Kulturförderung macht immer einen sehr geringen Anteil am Gesamthaushalt aus. Selbst eine Verdopplung des Kulturretats wäre in den meisten Kreisen im Haushalt kaum zu merken. Das können wir immer wieder deutlich machen: »Ihr könnt an dieser Stelle sparen, aber es bringt nichts.« Insofern will ich ungern diese Finanzdiskussion führen.

Wie sieht es mit dem Thema kulturelle Bildung und Teilhabe in den

Landkreisen aus? Gehört das auch zu den Herausforderungen?

Das ist natürlich eine Daueraufgabe, die man nie loswird. Das ist auch gut so. Auch Inklusion ist ein Stichwort. Wir wollen ja möglichst viele erreichen. Die Ressourcen sind schon früher nicht unendlich gewesen. Jetzt sind sie es erst recht nicht, allein schon die personellen Ressourcen. Ich sehe da weiterhin große Herausforderungen. Aber es kommen immer junge Leute nach, die nach kultureller Bildung schreien. Und Schule bietet das nicht ausreichend an. Was die kulturelle Bildung angeht, halte ich

die Fokussierung auf eher jüngere Generationen für wichtig. Das sind diejenigen, die langfristig von dieser positiven Prägung profitieren. Ein Angebot auch für Ältere ist wunderbar. Aber das würde ich eher als Add-on sehen. Hauptzielgruppe sollten weiterhin Kinder und Jugendliche sein.

Vielen Dank.

Jörg Freese ist Beigeordneter für Jugend, Schule, Kultur und Gesundheit beim Deutschen Landkreistag. Barbara Haack ist Chefin vom Dienst von Politik und Kultur

i ZU DEN BILDERN

Die Beiträge der Kulturverantwortlichen in dieser Ausgabe zeigen, dass die Kommunen verschiedene Schwerpunkte in ihrer kulturpolitischen Arbeit setzen und dabei mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Darüber hinaus wird aber auch deutlich, dass Kunst und Kultur ein wichtiger Bestandteil des kommunalen Lebens sind und dass trotz Baustellen und Krisen kulturelles Leben gefördert und gelebt wird. In diesem Schwerpunkt zeigen wir eine Auswahl an Kulturorten aus den mit Beiträgen vertretenen Kommunen. Hierbei wird deutlich, dass die Kultur-Verantwortlichen unabhängig davon, ob es sich um eine größere oder kleinere Kommune handelt, ein vielseitiges kulturelles Angebot auch in schwierigeren Zeiten aufrechterhalten. Die Orte und Angebote reichen vom Theater über die Stadtbibliothek bis hin zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die Beispiele machen sichtbar, wie facettenreich Kultur in den Kommunen ist: In Trier

wurde zur Eröffnung der Theatertage Rheinland-Pfalz 2024 die Oper »Brokeback Mountain« gezeigt; im Anschluss daran fand in Kooperation mit dem queeren Zentrum Trier »Schmit-Z e. V.« eine Opening Party statt. Die Konzertkirche in Neubrandenburg, ein Konzertsaal in einer gotischen Backsteinkirche, bietet ihren Besucherinnen und Besuchern regelmäßig akustische Hörerlebnisse in beeindruckender Architektur. Halle setzt sich im Rahmen seiner kulturellen Themenjahre von 2021 bis 2030 jährlich mit einem neuen und für die Stadt relevanten Thema auseinander. In diesem Zusammenhang konzipierten die Franckeschen Stiftungen 2023 passend zum Themenjahr »Streitkultur« die Ausstellung »Streit. Menschen, Medien, Mechanismen im 18. Jahrhundert und heute«. Diese Beispiele machen neugierig und laden dazu ein, Kunst und Kultur auch einmal außerhalb des eigenen Wohnortes zu entdecken.

27 Antworten auf eine Frage

Was ist die wichtigste kulturpolitische Herausforderung für Sie in den nächsten drei Jahren? Das haben wir zahlreiche Vertreter von Kommunen in ganz Deutschland gefragt. Vertreter von 27 Gemeinden geben im Folgenden ihre Antworten, die sehr vielfältig ausfallen. Publikumsgewinnung, Finanzierung, Ehrenamt, Wahrung der Kunst- und Diskursfreiheit werden häufig genannt. Die Vertreter der Kommunen gehen in ihren Antworten aber auch auf die Spezifika ihrer jeweiligen Gemeinde ein. Insgesamt zeigt sich auf den nächsten Seiten ein buntes Spektrum kommunaler Kulturpolitik.





Schaudepot der Kunsthalle Rostock in Mecklenburg-Vorpommern, im Vordergrund die Skulptur »Aufblickender Akt« von Wieland Förster (links) und »Schwimmerin« von Walter Arnold (rechts)

Aachen

HEINRICH BRÖTZ

Die »Kultur« in ihren unterschiedlichen Ausdrucksformen steht in enger Wechselwirkung mit den Krisen, Umbrüchen und Unsicherheiten, die die Menschen bewusst oder unbewusst bewegen. Gleichzeitig wird die Gesellschaft immer heterogener, die Lebensformen diverser, die Fliehkräfte größer und der Ton unversöhnlicher. In diesem Kontext ist es für mich die größte kulturpolitische Herausforderung, die existenzielle Bedeutung der Kultur für möglichst breite Teile der Bürgerinnen und Bürger sicht- und wahrnehmbar zu machen: als Ort der Identitätsbildung, der Kreativität, der Auseinandersetzung, der Grenzüberwindung, der Unterhaltung, der Irritation, des Gesprächs oder schlicht als »Lebensmittel«. Die Kultur hat insofern einen Wert an sich und darf sich nicht in erster Linie »in Funktion von« rechtfertigen müssen.

In unserer kommunalen kulturpolitischen Debatte geht es derzeit darum, das vorhandene kulturelle Leitprofil mit aktuellen Themen und Herausforderungen zu kreuzen; dabei rücken einzelne Aspekte besonders in den Vordergrund.

Aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger ist es irrelevant, wie die institutionelle Verfasstheit eines kulturellen Anbieters ist. Die mitunter noch sehr ausgeprägte Differenzierung in städtische und freie Kulturakteure muss durch Dialog- und Kooperationsformate abgelöst werden, in der die kohärente Gestaltung der Kulturlandschaft insgesamt in den Fokus genommen wird.

Wenn die Kultur ihren Charakter als öffentliches Gut schärfen und ausbauen will, muss sie Barrieren abbauen. Beginnend mit den Kitas muss die kulturelle Bildungskette systematischer etabliert werden, damit die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von ihrer Herkunft spüren können, dass die Kultur für ihren persönlichen Lebensweg eine Bedeutung haben kann, sei es als kultureller Akteur, sei es als Nutzer von Kulturangeboten.

Die kulturelle Bildung ist ein wesentliches Element des »Audience Development« (AD), der Stabilisierung und Weiterentwicklung des Publikumszuspruchs von kulturellen Angeboten. Das AD ist nicht nur mit Blick auf die Teilhabe in demokratischen Gemeinwesen geboten, sondern auch ein relevantes Argument

bei den sich verschärfenden Konflikten um die Verteilung öffentlicher Mittel. Die mit dem AD verbundenen Fragen sind komplex: Wer könnte noch potenzieller Nutzer von Kulturangeboten sein? Wie kann man diese erreichen? Wie lässt sich Kultur breitenwirksam vermitteln ohne Qualitätsansprüche aufzugeben? Wie lässt sich Diversität bei Nutzern und Akteuren von Kultur auf Augenhöhe abbilden?

Die Kulturlandschaft lässt sich nicht ablösen – und sie sollte es auch nicht tun – von den gravierenden Umbrüchen in den Innenstädten. Es ist jedoch nicht ihre Aufgabe, unreflektiert das Vakuum zu füllen, das der Rückzug des Einzelhandels hinterlässt, sondern sie muss sich vielmehr selbstbewusst und mit eigenen Vorstellungen in die entsprechenden konzeptionellen Prozesse einbringen. In Aachen bietet die Debatte um die Schaffung eines »Dritten Ortes« in einer ehemaligen Kaufhausimmobilie hervorragende Anknüpfungspunkte für neue kulturpolitische Impulse.

Heinrich Brötz ist Dezernent für Bildung, Jugend und Kultur der Stadt Aachen

Aalen

BERND SCHWARZENDORFER

Wann ist die Kulturarbeit einer Stadt oder Gemeinde eigentlich erfolgreich? Soll man die Reihe mit neuer Musik im kleinen Kreis machen, den gefragten Comedy-Star engagieren oder doch lieber die Coverband von nebenan, die den Saal voll macht? In diesem Dilemma stecken Kulturmacher schon vor Corona. Festzustellen ist, dass zunehmend unterhaltende den bildungsorientierten Formaten vorgezogen werden. Letztere brauchen deshalb viel mehr Vermittlungsarbeit, um Zuspruch zu finden. Tatsache ist auch, dass schon seit einiger Zeit traditionelle Kulturangebote nicht mehr so stark nachgefragt sind. Ursprünglich mit dem Anspruch der kulturellen Bildung ins Leben gerufen, hat sich das heute stark gewandelt. Schon vor Corona konzentrierte sich das Publikum bei Theater und Konzerten auf

den »Silbersee«, das vorwiegend grauhaarige Publikum im fortgeschrittenen Alter, das diesem tradierten Bildungsideal noch stark verbunden ist. Junge Menschen – oft Fehlanzeige. Diese Zielgruppe tendiert eher zum Besuch populärer Mega-Events oder zieht digitale Formate, gut eingeführt während der Pandemie, dem Besuch analoger Veranstaltungen vor. Möglicherweise ist es auch auf die Pandemiezeit zurückzuführen, dass viele Menschen inzwischen das heimische Sofa und das Streaming-Abo einer Live-Veranstaltung vorziehen. So sind im Netz exzellente Kulturangebote von internationalem Format stets verfügbar. Wen wundert es da, dass sich Konzentrationsfähigkeit und Konsumverhalten zunehmend an dieser digitalen Kost orientieren. Lange Theaterabende können viele Menschen überfordern. Dazu kommt Alltagsstress in Beruf oder Schule. In den Familien wird weniger

musiziert, vorgelesen und es fehlt oftmals die Muße, um gemeinsam Theatervorstellungen oder Konzerte zu besuchen. Viele Kinder erleben »analoge« Kultur gar nicht oder erst sehr spät im schulischen Kontext. Es fehlen Vorbilder.

Das Publikum ist heute für Kulturmacher sehr viel diverser und auch anspruchsvoller geworden. Es entscheidet sich immer kurzfristiger. Es gibt unterschiedliche Gruppen, jede mit eigener Identität und eigenem Kulturverständnis. Unterschiede zwischen den Generationen treten deutlicher hervor. Demgegenüber steht eine höchst qualitätsbewusste Bildungselite, die es sich leisten kann und mobil genug ist, Kulturveranstaltungen im In- und Ausland zu besuchen. Ein Spagat für jede Kulturkonzeption. Neue Formate müssen gefunden werden, mit dem Anspruch, kulturelle Bildung niederschwellig und modern und lebendig zu

Brandenburg an der Havel

STEPHANIE KNITTER

Globale Themen wie Klimawandel, Kriege, Inflation, Pandemien und ihre Auswirkungen sind in allen kommunalpolitischen Bereichen spürbar, nicht zuletzt auch im Kulturbereich. Wie bundesweit zu beobachten, ist das stark veränderte Besucherverhalten bereits seit einigen Jahren eine enorme Herausforderung für die Kultureinrichtungen und damit auch eine kulturpolitische Fragestellung der Stadt Brandenburg an der Havel. Inwieweit die weltweiten Krisen ein verändertes Besucherverhalten begründen oder ob dies mit den natürlichen gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen einhergeht, bleibt in der Konsequenz gleich. Die Besucher- und Zielgruppen sind weniger homogen als noch vor Jahren, das »Stammpublikum« scheint es so nicht mehr zu geben und mit Einnahmen aus Kartenvorverkäufen ist kaum belastbar zu kalkulieren, weil der Besucher in seiner Wahl, warum und wann er sich für eine Veranstaltung entscheidet, nicht mehr berechenbar ist.

Das als Chance zu begreifen und schneller und nachfrageorientierter zu reagieren, scheint innovativen Formaten und jungen, neugegründeten Vereinen aktuell besser zu gelingen als den etablierten Kultureinrichtungen der Stadt. Dies führt aber unmittelbar zur nächsten kulturpolitischen Herausforderung, nämlich dem Kampf der Kulturakteure um die Verteilung der ohnehin begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel im Kulturbereich. Der schwelende Wettbewerb und die Konkurrenz um diese Mittel unter den einzelnen Kulturakteuren in der

Stadt sind leider nicht wegzudiskutieren, auch wenn dies selten offen ausgesprochen wird.

Aufgabe der Kulturpolitik ist es hier, noch mehr Transparenz in Entscheidungs- und Bewertungsprozesse bei der Mittelvergabe zu bringen und Kulturakteure für alternative Finanzierungsmöglichkeiten zusätzlich oder unabhängig von einer kommunalen Förderung zu sensibilisieren, sie zu informieren und Kofinanzierungen einzufordern. Vor dem Hintergrund der Ressourcenbündelung im Kulturbereich sind die bereits begonnene Netzwerkarbeit und Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen und Kulturakteuren in den nächsten Jahren zu stärken und auszubauen.

Die Frage, was Kulturpolitik und Kulturverwaltung leisten kann und muss, um ein qualitativ gutes und vielseitiges Kulturleben zu entfalten, zu etablieren, zu pflegen und zu fördern – auch unabhängig von rein monetärer Unterstützung – wird Brandenburg an der Havel in den nächsten Jahren ebenfalls weiter beschäftigen. Auch hier hat die Stadt den aktiven Diskurs mit Kulturakteuren angestoßen.

Kulturszene und Kultur verstehen sich als freier Raum. Bei Inanspruchnahme öffentlicher Zuwendungen unterliegen sie aber auch gleichzeitig gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Herausforderung besteht für uns darin, diese Diskrepanz zu erkennen, zu thematisieren und immer wieder in den zuweilen auch kritischen Dialog mit den Kulturakteuren der Stadt zu gehen.

Stephanie Knitter ist Leiterin des Kulturbüros der Stadt Brandenburg an der Havel

vermitteln. Alleinstellungsmerkmale, lokale Besonderheiten müssen herausgearbeitet und das bloße Kopieren bekannter Formate vermieden werden. Eine Analyse des bestehenden Angebots ist Voraussetzung, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Weniger, reduzierter und dafür intensiver, besonders und einzigartig – das sollte angesichts des heutigen Überangebots das Ziel sein. Dabei ist es

eine Selbstverständlichkeit, vorhandene ehrenamtliche Strukturen im Kulturbereich mit einzubinden und zu fördern. Unter diesen Voraussetzungen und dem Genannten kann kommunale Kulturarbeit erfolgreich sein und das Leben in den Städten und Gemeinden bereichern.

Bernd Schwarzenborfer ist Bürgermeister der Stadt Aalen



Die Erfurter Domstufen-Festspiele sind ein Angebot des Theaters Erfurt: Jim Knopf und der Lokomotivführer 2023, Thüringen

FOTO: LUTZ EDELHOF

Bremerhaven

MICHAEL FROST

Fußgängerzonen, Handel, Plätze, Gastronomie, Kultur- und Freizeittätten bilden traditionell die Mitte einer Stadt, in der die Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen. Ohne Stadtzentrum ziehen sich die Menschen in ihr jeweiliges Milieu zurück. Begegnung und Austausch gehen verloren. Es setzt ein Prozess der Segregation ein, und die Gemeinschaft zerfällt in ihre Teile – mit allen Gefahren für die Demokratie.

Der Rückzug der Menschen wurde während der Pandemie weiter verstärkt und beschleunigte so eine Entwicklung, die vorher zwar absehbar war, nun aber mit voller Wucht durchschlägt und insbesondere in kleineren Großstädten wie Bremerhaven sichtbar wird: Die Stadtzentren alter Prägung funktionieren nicht mehr. Die Schließung von Kaufhäusern führt zu weiteren Leerständen. Die nachlassende Attraktivität der City und die Bequemlichkeit des Onlinehandels verstärken die Abwärtsspirale. Die Begegnung geht verloren, doch gleich-

zeitig erleben gerade die Mittelstädte einen immensen demografischen Wandel, der durch Zuwanderung und Flucht bedingt wird, durch die Rückkehr älterer Menschen aus dem ländlichen Raum und die Abwanderung junger Erwachsener in die Metropolen und Universitätszentren. Die Herausforderungen für die Gestaltung der Stadtgesellschaft werden folglich immer bedeutsamer.

Aufgabe der Kultur ist es, Räume und Angebote der Begegnung zu schaffen. In Bremerhaven sind Stadttheater, Kunstmuseum, Stadtmuseum, Volkshochschule und Stadtbibliothek in der Innenstadt angesiedelt. Wir haben sie über diverse Haushaltskrisen hinwegretten können. Mit guten Konzepten und zusätzlicher Ausstattung sind sie in der Lage, die Menschen in die Mitte zurückzuholen, vor allem Kinder und Jugendliche, alte und von Einsamkeit betroffene Menschen, Geflüchtete und Zugewanderte. Räume für freie Künstlerinnen und Künstler, aber auch Angebote der kulturellen Bildung und soziokulturelle Treffpunkte können Keimzellen der Wiederbelebung sein.

Eine Schlüsselrolle kommt der städtischen Bibliothek zu, denn sie verfügt über ein alle Gruppen, Schichten und Generationen spannendes Potenzial. Ihr Ausbau kann – wie andernorts vielfach gelungen – zum Motor einer neuen Stadtentwicklung werden.

Doch dafür braucht es Mittel, über die wir und vergleichbare Städte nicht verfügen. Ausgaben für Kita- und Schulbau, Sozialleistungen, Personal, allgemeine Infrastruktur und uns darüber hinaus zugewiesene Pflichtaufgaben lassen keinen Handlungsspielraum mehr. Diese Lastenverteilung ist nicht zukunftsfähig.

Die Absicherung der kommunalen Orte einer offenen Gesellschaft bedeutet Demokratiesicherung. Ihr Schutz schützt uns vor der Zersetzung unserer demokratischen Werte. Bund und Länder dürfen die Gemeinden mit dieser gesellschaftlichen Zukunftsaufgabe nicht allein lassen, sonst zerfällt am Ende mehr als nur die Gemeinschaft vor Ort.

Michael Frost ist Kulturdezernent der Stadt Bremerhaven

Darmstadt

HANNO BENZ

Eine entscheidende kulturpolitische Herausforderung der nächsten Jahre stellt mit Sicherheit die langfristige Absicherung der Kulturfinanzierung dar. Eine auskömmliche Kulturfinanzierung muss Menschen, die im Kunst- und Kulturbereich arbeiten, ermöglichen, davon leben zu können, und sie muss gleichzeitig auch so auskömmlich finanziert sein, dass die Kunstfreiheit garantiert ist.

Hier ist es meines Erachtens wichtig, dass sich Kunst und Kultur als Marke der Stadt Darmstadt weiterentwickeln, um Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, aber auch für den Wirtschaftsstandort Darmstadt und für den regionalen wie überregionalen Tourismus zu entfalten. Kunst und Kultur sind längst keine weichen Standortfaktoren mehr, Kunst und Kultur tragen maßgeblich dazu bei, dass sich Städte

voneinander unterscheiden. Mit Aufnahme der Mathildenhöhe in die Liste des UNESCO-Welterbes im Jahr 2021 ist für die Stadt Darmstadt ein wichtiger Schritt gelungen. Die Mathildenhöhe als UNESCO-Welterbe ist ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal mit großem Potenzial und regionaler, überregionaler und bundesweiter Ausstrahlung. Damit Kunst und Kultur als Marke der Stadt Darmstadt zukünftig noch größere Wirkung – und auch Umwegrentabilität entfalten können, müssen sich die Kultureinrichtungen, unabhängig, ob sie in freier, städtischer oder staatlicher Trägerschaft sind, noch stärker verzahnen und austauschen. Bezüglich der Besucherinnen und Besucher der Kultureinrichtungen halte ich es für essenziell, dass sich Kultureinrichtungen die Frage stellen, wie neue Zielgruppen erreicht werden können, aber auch, aus welchen Gründen Menschen nicht kommen. Dass die Besucherinnen und Besucher von Kultureinrichtungen

häufig älter sind und häufig leider nicht die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden, ist eine seit Langem bekannte Tatsache. Ein erweitertes Publikum zu erreichen, setzt voraus, dass sowohl die Formate als auch die Themen überdacht werden. Die Kulturinstitute müssen in ihren Programmen, Angeboten, aber auch in ihren Teams die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Zu den wichtigsten Zielgruppen zähle ich außerdem die nachwachsende Generation. Die Kultureinrichtungen sollten darauf zielen, mit ihren Programmen und Angeboten Menschen von Kindesbeinen an für Kunst und Kultur zu begeistern. Hierbei ist es wichtig, dass wir uns die herkunftsunabhängige kulturelle Bildung zum Ziel nehmen. Diese setzt eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten, Grundschulen und Kultureinrichtungen voraus.

Hanno Benz ist Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt

Coburg

CAN AYDIN

Kultur und gesellschaftlicher Wandel stehen in einem engen Zusammenhang. Im Zuge von Digitalisierung und Diversifizierung verändern sich Strukturen in Kulturbetrieben, aber auch in den Kulturverwaltungen der Kommunen. Auch die Kulturkonsumenten, das Publikum, ist einem fortlaufenden Veränderungsprozess unterworfen. Dies ist nicht nur ein Phänomen der Großstädte, sondern zunehmend der Klein- und Mittelstädte sowie des ländlichen Raumes.

Coburg steht in den kommenden Jahren vor verschiedenen kulturpolitischen Herausforderungen. Mit knapp 41.000 Einwohnern verfügt Coburg über eine im Verhältnis zur Stadtgröße ungewöhnlich umfangreiche Kulturszene, was auch auf die hohe Bedeutung Coburgs als Residenzstadt zurückzuführen ist. Dieses Erbe ist ein Schatz, aber auch eine große Verpflichtung: Neben den aktuellen kulturellen Aktivitäten müssen auch kulturelle Institutionen mit erheblichem Aufwand aufrechterhalten und gepflegt werden. Hierzu zählt unter anderem die aufwendige Sanierung des Coburger Landestheaters, des zentralen Mittelpunkts des Coburger Kulturlebens. Der Umzug des Landestheaters in eine Interimsspielstätte – den extra erbauten Globe – bedeutet eine ganz besondere Herausforderung. Treue Theaterbesucher müssen gehalten, ein neues Publikum muss zeitgleich aufgebaut werden. Dies bedeutet, dass wir als Kommune sicherstel-

Neben den aktuellen kulturellen Aktivitäten müssen kulturelle Institutionen mit erheblichem Aufwand aufrechterhalten und gepflegt werden

len müssen, dass wir die kulturellen Bedürfnisse und Interessen aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, und zwar unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Status, denn eines ist sicher: Kulturangebote finden

nicht mehr selbstverständlich zu ihrem Publikum. Gleichzeitig aber entstehen neue Zielgruppen, für die es entweder keine oder zu wenig angemessene Angebote gibt.

Eine weitere große Herausforderung ist der Umgang mit Erinnerungskultur. Coburg ist es besonders wichtig, die Vergangenheit zu reflektieren – auch wenn die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu Kontroversen führen kann. Dieser Umgang

Coburg ist es besonders wichtig, die eigene Vergangenheit zu reflektieren – auch wenn das zu Kontroversen führen kann

mit der kommunalen Vergangenheit kann Fragen der (Stadt-)Identität aufwerfen und so zur Förderung einer demokratischen Erinnerungskultur beitragen. Der Ausbau einer aktiven Erinnerungskultur ist daher von besonderer Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden antidemokratischen Tendenzen. In den kommenden Jahren werden unter anderem mit dem »Weg der Erinnerung« des jüdischen Lebens als auch mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Coburger Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutliche Zeichen für einen sensiblen Umgang mit der Erinnerungskultur gesetzt.

Darüber hinaus rücken die Themen Nachhaltigkeit und ein attraktives Förderwesen als Herausforderung zunehmend in den Mittelpunkt. Eine gezielte Förderung von bedarfsorientierten Projekten fördert Innovation im Kulturbereich und erhöht die Qualität der Angebote. Betrachtet man dies unter den Aspekten der Nachhaltigkeit, können wir einen wertvollen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Transformation leisten. Eine passgenaue und auf die Bedarfe der Coburger Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen ausgerichtete Förderung wird uns sicher in den nächsten Jahren beschäftigen.

Can Aydin ist Bürgermeister in Coburg

Detmold

FRANK HILKER

Detmold – Kulturstadt im Teutoburger Wald – diesen Titel hat sich die Stadt Detmold selbst gegeben. Er unterstreicht die Bedeutung der Kultur für die Stadtgesellschaft. Die 76.000-Einwohner-Stadt am Fuße des nördlichen Mittelgebirges beherbergt in ihren Mauern das Landestheater

Die wesentliche Herausforderung der nächsten Jahre ist es, einen kommunal organisierten Kulturbetrieb weiter auskömmlich zu finanzieren

Detmold – ein Drei-Sparten-Haus –, die Hochschule für Musik Detmold, die Technische Hochschule OWL mit eigenem Kreativcampus für hochmoderne Medienproduktion, überregional bedeutsame Museen, Bibliotheken und Archive. Hinzu kommt eine vielfältige freie Kulturszene, für die beispielhaft hier das alle zwei Jahre zu Pfingsten stattfindende Europäische Straßentheaterfestival »BILDSTÖRUNG« steht. Vom 17. bis 19. Mai verdoppelt die Zahl der Besucherinnen und Besucher dieses Festivals die Bevölkerungszahl der Stadt.

Auf der anderen Seite hat die Kulturstadt Detmold 2024 ein Haushaltsdefizit von elf Millionen Euro zu schultern. Von daher überrascht es wenig, dass es die wesentliche kulturpolitische Herausforderung der nächsten Jahre für Detmold sein wird, einen kommunal organisierten Kulturbetrieb weiter auskömmlich und in der erwarteten Qualität finanzieren zu können. Schon in diesem Jahr war die Verwaltungsspitze gezwungen, auch vom Fachbereich für Kultur, Tourismus, Marketing und Bildung einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 100.000 Euro zu verlangen. Dafür mussten beliebte Kulturveranstaltungen in städtischer Regie zumindest in der kommenden Freiluftsaaison ausgesetzt werden. Das gesamte Veranstaltungsbudget beträgt 448.000 Euro.

Das Flaggschiff der Kultur in Detmold, das Landestheater, wird neben der Stadt von Land, Landesverband Lippe und Kreis getragen. Da bekanntlich öffentliche Mittel überall knapp sind, ist das kein Kissen, auf dem es sich gut ruhen lässt. In jeder Spielzeit muss auch hier darum gerungen werden, die notwendigen Mittel zu erlangen; alljährlich stehen die Gesellschafter der Theatergesellschaft in Verhandlungen mit der Bühnenleitung, um das Theater der Zukunft inhaltlich und finanziell zu definieren.

Gleichzeitig schätze ich mich als Bürgermeister der Stadt glücklich, dass Detmold weiterhin ein für die Größe der Stadt ungewöhnlich reiches Kulturangebot zur Verfügung

stellen kann. Damit das so bleibt, haben wir selbst die Initiative ergriffen, getreu dem vom letzten Landespräsidenten Lippes, Heinrich Drake, ausgegebenen Leitspruch: »Steht nicht rum und bekakelt die Lage.« Die Stadt hat eine Stelle für die Kulturentwicklungsplanung geschaffen. Sie soll die vielfältigen Akteure miteinander vernetzen, Vorhaben abstimmen und auf diese Weise die Allokation der knappen Mittel verbessern. Denn Kultur ist längst ein harter Standortfaktor geworden. Beim Wettbewerb um Fachkräfte können Kommunen einige Dinge beeinflussen. Bezahlbarer Wohnraum für Familien, eine qualitative Bildungskette von der Primarbildung bis

Ich schätze mich glücklich, dass Detmold weiterhin ein für die Größe der Stadt ungewöhnlich reiches Kulturangebot zur Verfügung stellen kann

zur Hochschule und nicht zuletzt Lebensqualität in Form von kulturellem Angebot – damit wird und will Detmold weiter punkten.

Frank Hilker ist Bürgermeister der Stadt Detmold

Erfurt

CHRISTIAN HORN

In der Kulturdirektion Erfurt sind wir, nach der Erarbeitung einer Museumskonzeption und mehreren Grundsatzbeschlüssen des Stadtrates, am Zuge, verschiedene Masterpläne vorzulegen. Wir erarbeiten diese für ein neues Kulturhistorisches Museum (also die Transformation des Stadtmuseums und des Museums für Thüringer Volkskunde in ein neues Kulturhistorisches Museum), für die bauliche Erweiterung und Reorganisation des Naturkundemuseums sowie die bauliche Neuordnung der Depots der Erfurter Museen. Zur weiteren Stärkung unseres tollen Teams von gut hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wollen wir uns weiter als kreativer, flexibler und innovativer Arbeitgeber für neue Kolleginnen und Kollegen profilieren. Die Qualität unserer Arbeitskultur wollen wir durch höchstmögliche Informationstransparenz, Fehlerkultur und Experimentierfreude weiter steigern. Wir vollziehen zudem, insbesondere vor dem Hintergrund der genannten institutionellen Entwicklungsvorhaben, im Bereich Personal einen verstärkten Kompetenzaufbau im Hinblick auf strategische Kommunikation, auf die Gestaltung der sogenannten »Planungsphase Null« und neue Governance-Modelle. Neben Masterplänen und Personal steht für uns, drittens, die Fortschreibung der Kulturkonzeption der Landeshauptstadt auf dem Plan. Zukunftsweisende Modelle

der Kulturförderung und der zivilgesellschaftlich intensivierte Dialog über Formate der Erinnerungskultur bilden zwei inhaltliche Schwerpunkte. Natürlich spielen auch die genannten baulichen Entwicklungen unserer Museen und Depots eine Rolle für die neue Kulturkonzeption. Außerdem werden wir Wertefragen und Compliance-Anforderungen stärker adressieren. Den öffentlichen Dialog zur Arbeit an der Kulturkonzeption führen wir durch Bevölkerungsumfragen und in öffentlichen Workshops.

Im operativen Bereich können wir Früchte in den kommenden zwei Jahren des neuen Doppelhaushaltes ernten. Unsere Arbeit zur weiteren Stärkung der Kulturlandschaft in Erfurt wurde mit einer relativ guten Haushaltsverhandlung 2024/25 belohnt. Wir werden auf dem Petersberg ab 2025 eine Pop-up-Ausstellungshalle eröffnen können. Hier werden wir Ausstellungsprojekte ganz unterschiedlicher Art im Work-in-Progress erarbeiten. Im Gegensatz zu klassischen Ausstellungsgestaltungen wollen wir hier vor allem szenografische, installative und mit Instrumenten des Kommunikationsdesigns erarbeitete Ausstellungsauftritte ermöglichen. Befähigung schreiben wir dabei groß und geben Kontrollansprüche ab. Der Ort wird als Labor für Ausstellungsprojekte der bestehenden Erfurter Museen und für Netzwerkproduktionen Dritter offenstehen. Der Zuschlag zu Ausstellungsprojekten soll dabei auch über öffentliche Votings erfolgen.

Christian Horn ist Kulturdirektor der Landeshauptstadt Erfurt



Großer Zuschauerraum im Großen Haus des Landestheaters Coburg, Bayern

Flensburg

FABIAN GEYER

Die wichtigste kulturpolitische Herausforderung in den nächsten drei Jahren für die Stadt Flensburg ist die grundsätzliche Sicherung der Kulturfinanzierung und damit verbunden der Erhalt der vielfältigen und lebendigen Kulturszene: Aktuell liegen uns acht Anträge von Kultureinrichtungen auf neue und erhöhte institutionelle Förderung ab 2025 mit einem Gesamtvolumen von 412.600 Euro vor – zur Verfügung stehen 24.600 Euro. Die Anträge sind keinesfalls aus der Luft gegriffen, jede Einrichtung legt sehr überzeugend dar, wieso die Förderung notwendig ist: Mit Mitteln aus dem Bundesförderprogramm »Neustart Kultur« wurden

während der Coronapandemie sehr erfolgreich Struktur- und Transformationsprozesse gefördert. Doch mit dem Wegfall dieser Förderungen sind die neu aufgebauten Strukturen von den Einrichtungen allein nicht zu halten.

Die gesellschaftliche Bedeutung der Kultur ist spätestens seit der Pandemie in aller Munde, doch dass kulturelle Angebote der freien Szene aufgrund unzureichender Finanzmittel häufig nur unter prekären Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden möglich sind, ist selten ein Thema. Niedriglöhne, lange Arbeitsschichten, kein Ausgleich von Wochenend- und Nacharbeit oder Überstunden aufgrund der knappen Personalbesetzung – die Zustände sind für das aktuelle Personal meist unzumutbar und

machen es nahezu unmöglich, neues qualifiziertes Personal zu finden. Die Einnahmen durch die Stellschrauben Eintrittspreis und Gastronomie zu erhöhen, ist nur begrenzt möglich: Die Publikumszahlen sind noch nicht wieder auf dem Stand von vor der Pandemie. Einige, häufig Ältere, halten sich aus Sorge um ihre Gesundheit fern von großen Veranstaltungen, andere haben neue Interessen entdeckt oder bleiben einfach gern zu Hause. Hinzu kommt, dass durch Energiekrise und Inflation das Freizeitbudget der Bürgerinnen und Bürger nun knapper ist als zuvor. Ehrenamtlich organisierte Kulturvereine und Initiativen stoßen oft an ihre Grenzen angesichts des bürokratischen Aufwands, Fördermittel zu beantragen und – wenn gewährt –

abzurechnen. Diese Mittel sind in der Regel projektbezogen und bieten kaum die Möglichkeit, wiederkehrende Angebote zu etablieren. Es fehlt an (bezahlbaren) Räumen für ihre Arbeit, es

Wir wollen langfristige und nachhaltige Perspektiven bieten, die Qualität der Kulturangebote sichern und kulturelle Teilhabe ermöglichen

fehlt an Strukturen, um Synergieeffekte zu nutzen, und es fehlt an Nachwuchs. Im Hinblick auf zu erwartende

Verschärfungen der Haushaltslagen haben das Land Schleswig-Holstein und die Kommunen mit dem Kulturpakt 2030 ein klares Statement für die Kultur abgegeben. Die Überzeugung, dass Kultur entscheidende Grundlage unseres Gemeinwesens und Daseinsvorsorge ist, steht dabei oben an. Wir als Kommune wollen langfristige und nachhaltige Perspektiven bieten, die Qualität der Kulturangebote sichern und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Nichtsdestotrotz gehört Kultur kommunalrechtlich noch immer zu den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben; die pflichtigen haben in Anbetracht der kommunalen Finanzausstattung Vorrang.

Fabian Geyer ist Oberbürgermeister der Stadt Flensburg

Frankfurt (Oder)

MILENA MANNS

In Haushaltsberatungen wird Kultur oftmals den sogenannten freiwilligen Leistungen zugeordnet. Zu Pandemiezeiten spitzte es sich zu – Kultur- und Nict-to-have-Freizeitangebote rangierten auf dem gleichen Level. Hinter diesen Diskussionen steht die Frage nach dem Status von Kultur für die Politik, nach ihrer Bedeutung und Rolle für die Gesellschaft.

In Frankfurt (Oder) haben Kulturszene, Lokalpolitik und Stadtverwaltung zusammen Antworten auf diese Statusfrage gefunden. Die Leitvision, die für die nächsten Jahre richtungsweisend ist, lautet: »eine stabile gemeinsame Kulturlandschaft, die grenzüberschreitend, generationenübergreifend, interkulturell, kreativ, mutig, selbstbewusst und inklusiv Kultur für ALLE bietet«. In Zeiten demografischen Wandels, desolater Haushaltslagen, Parteipolitikverdrossenheit und Dauerkrisenmodi handelt es sich hierbei zugegebenermaßen um eine ambitionierte sowie zugleich notwendige und lohnenswerte Aufgabe.

Die Leitvision für die nächsten Jahre lautet: »eine stabile gemeinsame Kulturlandschaft, die grenzüberschreitend, generationenübergreifend, interkulturell, kreativ, mutig, selbstbewusst und inklusiv Kultur für ALLE bietet«

Denn: 27,7 Prozent der Bevölkerung in Frankfurt (Oder) sind über 65 Jahre alt. Dies stellt spezifische Anforderungen an Kulturangebote insbesondere hinsichtlich ihrer Zugänglichkeit. Gleichfalls stellt sich in diesem Kontext die »Nachwuchsfrage« – langjährige Leitungsverantwortliche scheiden aus, die Gestaltung der Strukturen ist keineswegs gesichert. Zum anderen ist die Frankfurter Bevölkerung in der vergangenen Dekade diverser geworden (der Ausländeranteil stieg von 6,3 Prozent in 2014 auf 16,5 Prozent in 2023). Damit nimmt Frankfurt (Oder) im Land den Spitzenplatz ein. Direkt

an der deutsch-polnischen Grenze gelegen agieren wir gemeinsam mit unserer Nachbarstadt Słubice seit Jahren als Europäische Doppelstadt. Den neuerlichen Diversitätszuwachs gilt es, als

In diesem Zusammenhang manifestiert sich die Bedeutung von Kultur für das Zusammenleben. Kultur und kulturelle Bildung gehören über Partei- und Zugehörigkeitsgrenzen hinweg zu den wichtigsten Säulen demokratischer Aushandlungsprozesse

Chance zu nutzen, Konzepte für Kulturangebote für die neue Zielgruppe zu entwickeln und Zugänge kultureller Teilhabe zu gestalten. Dieser Prozess des Perspektivwandels, der auch ein selbstkritisches Hinterfragen in den Kultureinrichtungen selbst impliziert, ist langwierig sowie facettenreich und wird die Anstrengung der gesamten Kulturszene wie auch städtischen Verwaltung und Kulturpolitik benötigen, um sich dem selbst gesteckten Ziel »Kultur für ALLE« anzunähern.

Gleichzeitig manifestiert sich in diesem Kontext auch die Bedeutung von Kultur für das Zusammenleben und dessen Gestaltung. Kultur und kulturelle Bildung gehören über Partei- und Zugehörigkeitsgrenzen hinweg zu den wichtigsten Säulen demokratischer Aushandlungsprozesse. Bei der Angebotsgestaltung nehmen die Ermöglichung eines Dialogs, eines moderierten Meinungsaustausches bei der wichtigen Sicherung der Meinungsfreiheit (ohne anonyme Hass und Hetze) insbesondere in einer diversen Stadtgesellschaft eine zentrale Rolle ein.

Status-Check Kultur: Die wichtigste kulturpolitische Aufgabe der nächsten Jahre wird es sein, Kultur und Bildung als feste Bestandteile der Daseinsvorsorge zu verankern, damit sie ihre Funktionen als Demokratiemotor, Dialogförderer und Teilhabemöglichkeit bestmöglich zur Entfaltung bringen können.

Milena Manns ist Dezernentin für Kultur, Bildung, Sport, Bürgerbeteiligung und Europa der Stadt Frankfurt (Oder)



Haus der Bayerischen Geschichte – Museum in Regensburg, Bayern

Freiburg

ULRICH VON KIRCHBACH

Diese aktuell so dynamischen Zeiten – auch wenn die Veränderungen in ihrer Schnelligkeit manch einen überfordern – sollten wir als Chance begreifen: für eine Bestandsaufnahme von Bestehendem, von Erneuerungen und von Neuem. Für mich als Kulturpolitiker und Kulturförderer heißt das, uns mutig zu positionieren, um eine nachhaltige gemeinwohlorientierte Kulturpolitik voranzubringen.

Wir alle spüren Verhärtungen im Umgang miteinander und in der Kommunikation, schnelle Polarisierungen von Meinungen, ganz gleich ob sie verifiziert sind oder nicht. Daher brauchen wir weiterhin Strukturen und Räume, physische und geistige, in Form von Kultureinrichtungen, Veranstaltungsräumen, öffentlichen Plätzen und Plattformen, die zum vertieften Austausch und Kennenlernen, zur offenen Auseinandersetzung und zum gemeinsamen Erleben und Reflektieren beitragen. Kunst und Kultur verfügen in besonderer Weise über dieses Potenzial. Daher sollten wir, in unserer

Funktion als Förderer, gerade die Stimmen und Akteure besonders unterstützen, die diverse, teilhabeorientierte und offene Kulturarbeit für sich implementiert haben, die mutig gesellschaftliche und persönliche Themen künstlerisch aufgreifen und sich an Utopien wagen. Weiter bedeutet dies die Unterstützung von Wissenstransfer, Vernetzung und Qualifizierung von Kulturschaffenden, Künstlerinnen und Künstlern; Zuschüsse auch für prozesshafte, in der Entwicklung sich befindende Vorhaben und für ergebnisoffene Projekte. In Konsequenz heißt dies auch, dass bestehende Förderungen evaluiert werden sollten. Und dass Platz für Ideen und Bedarfe der jüngeren Generationen, also auch für Jugendkulturen, gewährt wird. Zuletzt sind haptische Räume zu halten, wie es der Stadt Freiburg dank einer Mäzenin mit dem Erwerb des Morat-Instituts, als renommiertem Ort für Kunst, aktuell gelungen ist.

Um in diesem Sinne aktiv Kulturpolitik zu betreiben, braucht es eine Haltung, eine Verständigung über Werte und über künstlerische und gesellschaftliche Ziele. Ende Februar hat der

Gemeinderat Freiburg das Grundsatzpapier »Kunst- und Kulturförderung zukunftsweisend gestalten – Grundsätze und Perspektiven einer nachhaltigen Ausrichtung der kommunalen Kunst- und Kulturförderung in Freiburg« verabschiedet. Dieses Papier umfasst sieben Grundsätze und ist das Resultat eines mutigen partizipativen Prozesses von Kulturamt, Kulturszene, Wissenschaft und Politik, um die Ausrichtung der kommunalen Kulturpolitik gemeinsam neu festzuhalten. Für ein teilhabeorientiertes, ergebnisoffenes Vorgehen, das stets die kulturelle Praxis implizierte, wurde mit der Methode Reallabor gearbeitet. Ein neuer, erstmalig gewählter Ansatz in der kommunalen Kulturpolitik. Beim Reallabor ging es um die Ziele Austausch, Kennenlernen und Wissenstransfer, genauso wie um künstlerisches Experimentieren. Und somit um die offene Auseinandersetzung und Begegnung, die eine demokratische Gesellschaft ausmachen.

Ulrich von Kirchbach ist Bürgermeister für Kultur, Integration und Soziales in Freiburg

Halle (Saale)

JUDITH MARQUARDT

Die Stadt Halle (Saale) erfreut sich einer vielfältigen und agilen Kulturszene mit freien Theatern, einer Vielzahl bildender Künstlerinnen und Künstler sowie Szenetreffs, Klubs, Programmkinos, Chören, Museen und Galerien. Jedes Jahr ist der städtische Fördertopf für die freie Kulturarbeit überzeichnet. Eigentlich ist das ein gutes Zeichen der Vitalität der hiesigen Kulturlandschaft.

Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, dieses Potenzial der Kulturszene weiter zu entfalten, sie resilienter gegenüber Krisen aufzustellen, sie sichtbar zu machen. Die Pandemie haben die meisten Kulturschaffenden in Halle (Saale) dank der Hilfen zur Abmilderung der Folgen gut

überwunden. Viele Akteurinnen und Akteure haben die Gelegenheit genutzt, ihre Angebote digital besser zugänglich zu machen und sich zu vernetzen. So haben sich zum Beispiel die IG Freie Theater, die IG Musikveranstalter, die IG Bildende Kunst und die Allianz Freie Kultur Halle gegründet. Durch den Zusammenschluss und ein gemeinsames Marketing für Angebote kann es gelingen, hier neue Akzente zu setzen. Dies betrifft einzelne freie Kulturschaffende ebenso wie große Kultureinrichtungen.

Für die Jahre 2021 bis 2030 hat die Stadt Halle (Saale) auf Initiative des hiesigen Museumsnetzwerks die kulturellen Themenjahre ins Leben gerufen. Seit drei Jahren bieten diese einen Rahmen, um dringende gesellschaftliche Entwicklungsfragen und

kontroverse Sachverhalte in einem moderierten, partizipativen Prozess zu verarbeiten. Die Stadt Halle (Saale)

Eine weitere Herausforderung besteht im Umgang mit den Finanzmitteln für die Kultur, die zwar leicht gestiegen sind, jedoch nicht mit der Inflation Schritt halten

verfolgt dabei auch die Strategie, den Aufbau des Zentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

so zu begleiten, dass die Stadt selbst ein Teil dessen wird, was das Zentrum künftig seinen Besucherinnen und Besuchern vermitteln will.

Eine weitere Herausforderung besteht im Umgang mit den Finanzmitteln für die Kultur, die zwar leicht gestiegen sind, jedoch nicht mit der Inflation Schritt halten. Die berechtigten Forderungen der Berufsverbände nach angepassten Honorarsätzen, die nicht nur die Zahlung eines Mindestlohns ermöglichen, sondern an die Komplexität und den Aufwand eines künstlerischen Schaffensprozesses angepasst sind, können nicht erfüllt werden. Hinzu kommen Haushaltssperren aufgrund der klammen Haushaltssituation, wie sie auch andere Kommunen betrifft.

Nicht zuletzt stellt auch die Situation von Kindern und Jugendlichen

eine große Herausforderung dar. Halle (Saale) ist eine Stadt mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen im Bürgergeldbezug. Darüber hinaus gibt es immer mehr migrantische Familien. Diesen Gruppen fällt es schwerer, einen Zugang zu Kunst und Kultur zu finden. Deshalb ist eine Erweiterung der Angebote der kulturellen Bildung erforderlich.

Die Unterstützung des Stadtrats für kulturelle Belange und Impulse wie die kulturellen Themenjahre und die Entscheidung zum Zukunftszentrum stimmen uns positiv bei der Bewältigung dieser Herausforderungen in den kommenden Jahren.

Judith Marquardt ist Beigeordnete für Kultur und Sport der Stadt Halle (Saale)

Husum

MARTIN KINDL

Husum kann im Bereich Kultur aus dem Vollen schöpfen. Die Stadt bietet ganzjährig ein hochkarätiges Kulturleben an. Ähnlich einem reich gedeckten Tisch nehmen alle Generationen aus den unterschiedlichsten Orten gerne daran Platz und genießen die vielfältige Auswahl. Vergangenheit und Zukunft treffen in Husum beim Thema »Kultur« aufeinander und sind eng miteinander verknüpft. Historische Bauten, Denkmäler und Geschichte stehen zeitgemäß neuen Ideen gegenüber. Bewährtes bleibt erhalten und Neues wird erschaffen. Die Stadt ist dankbar dafür, dass sich das kulturelle Rad immer weiterdreht und weiß das großartige Wirken der Kulturszene sehr

zu schätzen. Kreative Köpfe aus dem Ehrenamt und auch dem Hauptamt arbeiten zusammen, kooperieren als Kultureinrichtungen und Netzwerke, um Synergien zu erzeugen. Mit Blick auf die vielerorts bekannten Nachwuchssorgen sowie den Fachkräftemangel ein weiterer Schritt in die Zukunft. Es gehört zu den politischen Herausforderungen, die Förderung kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen auch weiterhin leisten zu können. Husum nimmt diese Aufgabe sehr ernst, denn Kultur ist fester Bestandteil des Zusammenlebens und trägt den Namen der Stadt weit über die regionalen Grenzen hinaus. Die Haushalte sind knapp bemessen und dennoch ist es wichtig, die Kulturfinanzierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel

zu unterstützen. Dessen sind sich Politik und Verwaltung der Storm-Stadt bewusst, und sie werden alles dafür tun, damit das auch so bleibt. Um beispielsweise sozial benachteiligten Menschen in Husum die Möglichkeit zu bieten, an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen, hat der städtische Seniorenbeirat jüngst eine Kulturkarte ins Leben gerufen. Die Kulturszene steht dem Projekt positiv gegenüber, ebenso die Verwaltung und Politik. Mit kleinen Schritten in eine Richtung liegt das gemeinsame Ziel manchmal näher als gedacht. Es sind die Kulturbegeisterten, die hinter den Ideen und der Umsetzung stehen. Bleibt zu hoffen, dass es so weitergeht.

Martin Kindl ist Bürgermeister von Husum

Limburg an der Lahn

MARIUS HAHN

Das kulturelle Angebot in Limburg, einer Stadt mit rund 36.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, wird geprägt durch einen Kulturbetrieb, der im Ehrenamt und in der Freizeit ausgeübt wird. Die Limburger Stadthalle und die Kleinkunsthalle Thing warten auch mit professionellen Akteuren auf ihren Bühnen auf, doch das sind die Ausnahmen im kulturellen Jahreskalender. Dennoch prägt die professionelle Kultur das Angebot in einer Stadt wie in Limburg. Nicht durch den Auftritt auf der Bühne oder vor Publikum, sondern in Form der Ausbildung von Nachwuchs.

Was in Limburg und den Stadtteilen das kulturelle Leben prägt, sind vor allem die Gesangsvereine, die es quasi in jedem Ort gibt. Bei uns gibt es dabei noch den Glücksfall, dass wir mit dem Stadtteil Lindenholzhausen eine wahre Sängerkolonie beherbergen, was zu der ausgesprochen hohen Qualität des Chor- und Ensemblesingens beiträgt.

Ein wichtiges Fundament für die hohe Qualität ist dabei das Angebot

der Dommusik, also das, was das Bistum Limburg an professionell begleiteter Ausbildung von jungen Sängerinnen und Sängern leistet. Die Ausbildung bei den Domsingknaben und in der Mädchenkantorei kommt nicht nur dem Domchor zugute, sondern unzähligen Ensembles und Chören in Limburg und Umgebung, denen sich ausgebildete Sängerinnen und Sänger als Erwachsene anschließen. Diese Ausbildung ist Veränderungen ausgesetzt, zuletzt profitierten wir in Limburg davon, dass das Bistum seine Ausbildung in der Stadt konzentrierte und Standorte in der Region aufgegeben hat. Die Finanzierung der Ausbildung liegt in den Händen des Bistums.

Ähnlich verhält es sich bei der instrumentalen Ausbildung. Die Stadt ist Sitz der Kreismusikschule Limburg. Die angestellten Lehrerinnen und Lehrer sorgen dafür, dass viele Mädchen und Jungen aus Limburg und den umliegenden Städten und Gemeinden ein oder mehrere Instrumente unter professioneller Anleitung erlernen. Die Schülerinnen und Schüler, auch Erwachsene nutzen das Angebot der Kreismusikschule,

bringen ihre erworbenen Fähigkeiten dann in Bands, Ensembles und Orchester ein, oft ein ganzes Leben lang.

Die politischen Gremien müssen sich immer wieder mit der Finanzierung der Kreismusikschule beschäftigen. Bei der finanziellen Unterstützung der Kreismusikschulen rangiert das Land Hessen im bundesweiten Vergleich recht weit hinten. Die notwendigen finanziellen Mittel sind daher durch die Kommunen, in denen die Kreismusikschule aktiv ist, und den Landkreis aufzubringen; Limburg beteiligt sich als Standortgemeinde mit einem finanziellen Anteil, der deutlich über dem liegt, was nach der Umlage fällig wäre. Es gibt auch keinen Anpassungsautomatismus in der Finanzierung, zumal es sich um eine sogenannte freiwillige Leistung handelt.

Gerade unter schwierigeren finanziellen Verhältnissen wird es eine Herausforderung, solche Beiträge der kulturellen Nachwuchs- und Basisarbeit auf Dauer zu sichern.

Marius Hahn ist Bürgermeister der Kreisstadt Limburg an der Lahn

Kaiserslautern

MANFRED SCHULZ

Die größten kommunalpolitischen Herausforderungen der nächsten drei Jahre in Kaiserslautern sehe ich auf den Feldern der Kulturfinanzierung, der kulturellen Bildung, der Ansprache von Nichtnutzenden der Kultureinrichtungen und der Angebote für jüngere Erwachsene.

Da ist zunächst die in Rheinland-Pfalz besonders prekäre Haushaltslage der höchstverschuldeten Kommunen und deren Auswirkungen auf die sogenannten freiwilligen Leistungen. Rheinland-Pfalz ist leider seit vielen Jahren bundesweites Schlusslicht in der Pro-Kopf-Finanzierung von Kultur durch Land und Kommunen. Der neue »kommunale Entschuldungspakt« wird in den nächsten Jahren weitere erhebliche Belastungen für unsere Haushalte bringen. Hier müssen die

nicht nur die Personalkostensteigerungen finanziert werden, wir müssen auch bei den Sachkosten mindestens den Inflationsausgleich hinbekommen. Dies gilt ebenso für die erst seit Kurzem in unserem Kulturhaushalt verankerte Projektförderung für unsere wichtige und vielfältige freie Kulturszene.

Ein großer Schwerpunkt unserer Arbeit in Kaiserslautern liegt seit einigen Jahren auf der Entwicklung und dem Ausbau von Angeboten der kulturellen Bildung bzw. der kreativen Aktivierung von Kindern und Jugendlichen außerhalb des »Bildungsbürgertums«, auch aus schwierigen Verhältnissen. Dazu bieten unsere Kulturpädagogen Projekte außerhalb ihrer Einrichtungen an, teilweise mit Unterstützung von Sozialpädagogen, in Vierteln, in denen eher Bürgerinnen und Bürger leben, die nicht regelmäßig Nutzen der unserer Kultureinrichtungen sind. Darin sehe ich eine große Chance, den Anteil der Nichtnutzenden – auch aus anderen Kulturkreisen – perspektivisch etwas zu erhöhen. Erwachsene, die als Kinder und Jugendliche Kultur nicht erlebt haben, sind so gut wie nicht mehr zu erreichen. Auch für die Innovationsfähigkeit im MINT-Bereich, für die Lebensqualität in unserer Stadt und für die Anwerbung von Fachkräften sind Kultur und Kreativität essenziell. Letztere erlernt man vor allem durch zweckfreies, nicht bewertetes eigenes kreatives Schaffen unter professioneller Anleitung.

Durch Umfragen wissen wir auch, dass besonders kulturelle Angebote für bereits kulturinteressierte jüngere Erwachsene im städtischen Programm fehlen. Um dies zu verbessern und im Kulturbereich nachhaltig zu arbeiten, um Argumente für eine gute Kulturfinanzierung zu haben und unser gesamtes Kulturangebot weiterzuentwickeln, haben wir im vergangenen Herbst eine Kulturentwicklungsplanung gestartet, auch mit geeigneten Möglichkeiten der Partizipation.

Manfred Schulz ist Bürgermeister und Kulturdezernent der Stadt Kaiserslautern

Rheinland-Pfalz ist leider seit vielen Jahren bundesweites Schlusslicht in der Pro-Kopf-Finanzierung von Kultur durch Land und Kommunen

Kommunen im Schulterschluss bei Landes- und Bundesregierung für einen finanziellen Ausgleich sorgen, der verfassungsgemäß eine kommunale Selbstverwaltung ermöglicht und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch bei der kulturellen Infrastruktur erlaubt. Dazu bedarf es eines Controllings der ganz großen Haushaltsbudgets. Es ist bekannt, dass die gesetzlichen Standards, etwa im Sozialbereich, teilweise sehr unterschiedlich erfüllt werden. In unseren Kultureinrichtungen müssen zukünftig



In Aachen (Nordrhein-Westfalen) soll eine ehemalige Kaufhausimmobilie zu einem Bildungs- und Begegnungsort umgebaut werden

Lüneburg

FLORIAN FORSTER

Lüneburg birgt eine reiche Geschichte und ein kulturelles Erbe, das es zu bewahren und zu schützen gilt. Eine besondere Herausforderung liegt darin, historische Gebäude, Denkmäler, Artefakte und Traditionen zu erhalten. Dabei steht die angemessene personelle und materielle Ausstattung für die wissenschaftliche Erschließung des umfangreichen und historisch wertvollen Altbestands der Ratsbücherei im Fokus.

Es ist von höchster Bedeutung sicherzustellen, dass kulturelle Veranstaltungen und Einrichtungen für alle zugänglich sind, unabhängig von sozialem oder wirtschaftlichem Hintergrund. Dies erfordert Maßnahmen wie die Schaffung von Barrierefreiheit, die Förderung kultureller Bildung und die Bereitstellung erschwinglicher kultureller Angebote. Die Kulturverwaltung in Lüneburg hat gemeinsam mit der Politik bereits Schritte unternommen, um eine langfristige institutionelle Basisförderung für Kulturvereine sicherzustellen.

Die finanzielle Absicherung der großen kulturellen Einrichtungen in Lüneburg wie das Theater und die beiden Museen ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung für ihre langfristige Stabilität. Insbesondere ist das Land Niedersachsen gefordert, eine angemessene (Mit-)Finanzierung für diese bedeutenden kommunalen Kulturinstitutionen sicherzustellen.

Eine vergleichbare Unterstützung seitens des Landes fehlt auch im Bereich der Musikschulen. Hier bedarf es dringend einer Nachbesserung seitens

des Landes, um sicherzustellen, dass Niedersachsen nicht weiterhin das Schlusslicht bei der Förderung von Musikschulen mit einem Landesanteil von lediglich 1,7 Prozent im Jahr 2022 bleibt.

Die Integration digitaler Technologien in kulturelle Aktivitäten und Einrichtungen birgt sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Dies kann die Digitalisierung von Archiven und Bibliotheken, die Schaffung virtueller kultureller Erlebnisse oder die Nutzung von Social Media für kulturelle Zwecke umfassen. In Lüneburg sind insbesondere die Ratsbücherei, das Stadtarchiv, das Literaturbüro und die Museen bereits gut für die Zukunft gerüstet.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Diversität in vielen Gemeinden ist die Förderung der Integration verschiedener kultureller Gruppen ebenfalls eine wichtige Herausforderung. Es ist besonders wichtig, bei der Gestaltung kultureller Programme und Veranstaltungen die Vielfalt der Bevölkerung anzusprechen, um den interkulturellen Dialog zu fördern – ein entscheidender Baustein für eine gelungene Integration.

Die größte Herausforderung liegt in der Finanzierung kultureller Einrichtungen und der Gewinnung von Fachpersonal, insbesondere in Zeiten knapper öffentlicher Mittel. Die Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung und Ressourcenallokation für kulturelle Projekte ist jedoch entscheidend, um langfristige Nachhaltigkeit und somit eine kulturelle Basisversorgung zu gewährleisten.

Florian Forster ist Stadtrat der Hansestadt Lüneburg

Magdeburg

REGINA STIELER-HINZ

Wir leben nun schon seit Jahren in herausfordernden Zeiten und es scheint, Aufgaben und Verwerfungen mehren sich exponentiell. Nicht nur aufgrund der multiplen Krisen mit ihren direkten und indirekten Auswirkungen auf die kommunale Kulturlandschaft, sondern vor allem durch die Folgen des gesellschaftlichen Wandels in einer globalisierten Welt voller ungelöster Fragen.

Kultur war schon immer ein Ort der Verhandlung, der Innovation, des Perspektivwechsels. Doch den ehrlichen Diskurs zu führen, ist aufgrund einer ideologisierten Meinungsmache voller Denkverbote und gesellschaftlicher Disparitäten schwieriger denn je. Es gibt keine Richtlinienkompetenz zur Kultur. Gedankliches Erneuerungspotenzial wird in unsicheren Zeiten argwöhnisch betrachtet, Konformismus sowie Populismus gewinnen oftmals die Oberhand und lassen kaum Luft für Neues. Dabei benötigen wir frische Ideen heute mehr denn je, um uns von destruktiven Routinen zu befreien, neue Wege zu finden und gemeinsam zu begehen. Doch dazu braucht es Raum. Spielraum. Gedanklichen und finanziellen.

Für die Schaffung gedanklicher Freiräume ist die Kommune prädestiniert, um Menschen zu beteiligen, sie zu hören und zu sehen. Denn Kulturpolitik wird konkret vor Ort. Doch weitere Herausforderungen wie die Kostenexplosion im konsumtiven und investiven Bereich bei gleichzeitig prekären Haushaltslagen erschweren die Initiierung neuer »freiwilliger« und visionärer Projekte. Der Fokus liegt auf dem Erhalt der kulturellen Infrastruktur. Nicht nur im

baulichen Bereich. Durch den Wegfall ehrenamtlicher Strukturen, unter anderem aufgrund eines nicht gelungenen Generationenwechsels, kommt es zu einem kaum steuerbaren Aufwuchs zusätzlicher neuer Aufgaben, die in

Ein Lösungsansatz könnte eine zweckbestimmte »Kulturpauschale« sein, zur Verfügung gestellt durch den Bund, die Kommunen unabhängig von klammen Haushalten und eingrenzenden Förderzwängen einsetzen können, diese Wege zusammen mit der Stadtgesellschaft zum Beispiel in einem Bürgerpanel zu finden. Mit zur Verfügung gestellten einem Euro pro Einwohnerin und Einwohner könnten so die Kommunen basisdemokratisch diese Denkprozesse organisieren und frei von Zwängen mit Ideen und Projekten experimentieren. Die Ergebnisse könnten so, als Sachbericht dokumentiert, als eine Art Grassroot-Beratungsleistung in die Gestaltung der allgemeinen Kulturpolitik einfließen. Unabhängig von teilweise abgehobenen kulturpolitischen Diskussionen, oftmals von Leuchtturmpolitik geprägten Förderkulissen oder überbordender Einflussnahme der Politik.

Damit wir gemeinsam das unbestrittene Potenzial der Kultur als Kitt der Gesellschaft frisch, fröhlich und frei für die Gesellschaft mit klaren Ansagen für ein gemeinsames Handeln neu entdecken.

Regina Stieler-Hinz ist Bürgermeisterin und Beigeordnete für Kultur, Schule, Sport der Landeshauptstadt Magdeburg

Wir benötigen frische Ideen heute mehr denn je, um uns von destruktiven Routinen zu befreien, neue Wege zu finden und gemeinsam zu begehen. Dazu braucht es Raum. Spielraum. Gedanklichen und finanziellen

Konkurrenz treten zu den sich stetig mehrenden Aufgaben der Kulturverwaltung und nicht selten von dieser eigenständig kompensiert werden müssen. Der Kampf um Ressourcen führt dazu, dass sich viele auf die Wahrung ihrer Eigeninteressen zurückziehen, anstelle das große Ganze zu sehen.

Marburg

THOMAS SPIES

Zwischen Freiraum und Nachhaltigkeit

Marburgs Kulturszene ist jung, dynamisch und frei. Das bedeutet für die kulturelle Grundversorgung vor allem Förderung; das ist maßgeblich für das kulturpolitische Handeln. Einerseits führt dies zu einer bemerkenswerten Veranstaltungsvielfalt, bürgerschaftlichem Engagement und kultureller Teilhabe; andererseits bringt es unerwünschte Nebeneffekte mit sich: Wir erleben Selbstausbeutung durch unbezahlte Arbeit, fehlende soziale Absicherung und spontan wachsende Infrastrukturen.

Nachhaltige Kultur

Das ist der Grund, warum die Universitätsstadt Marburg in den kommenden Jahren eine Kulturentwicklung der Verstetigung und Nachhaltigkeit zum Ziel hat: Ökologische, ökonomische und soziale Ziele dienen als Richtschnur für das kulturpolitische Handeln. Nach und nach sollen zusammen mit dem Kulturbetrieb richtungsweisende, an den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Förderprogramme entworfen werden.

Ökologisch

2019 wurde der Klimanotstand ausgerufen. Die rege Teilnahme an der Konferenz zur kulturellen Nachhaltigkeit hat 2023 gezeigt, wie wichtig in Marburg Klimaschutzmaßnahmen sind. Beispielhaft sei der Kulturladen KFZ genannt, der von RENN.west für die Veranstaltungsreihe nachhaltig@KFZ 2023 ausgezeichnet wurde. Das soziokulturelle Zentrum beginnt gerade mit einer Klimabilanzierung, die vom Öko-Institut im Rahmen von Culture4Climate begleitet und von der Kulturpolitischen Gesellschaft als eines von 28 »Next Practice«-Beispielen geführt wird. Die Universitätsstadt Marburg wird solches Engagement in Zukunft noch stärker unterstützen.

Ökonomisch

Auch die Infrastrukturen sollen besser abgesichert werden: Das Pilotprojekt »Waggonhalle« lotet aus, welche Grundfinanzierung nötig ist, um im Kulturbetrieb auch in Krisen tarifgerechte Löhne und den Spielbetrieb zu sichern. Die Ergebnisse sollen beispielhaft für die institutionelle Förderung größerer freier Kulturbetriebe werden. Für Kulturschaffende und Soloselbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft werden dazu Förderprogramme für Ausstellungshonorare, Arbeitsstipendien und Beratungsstrukturen weitergedacht.

Sozial

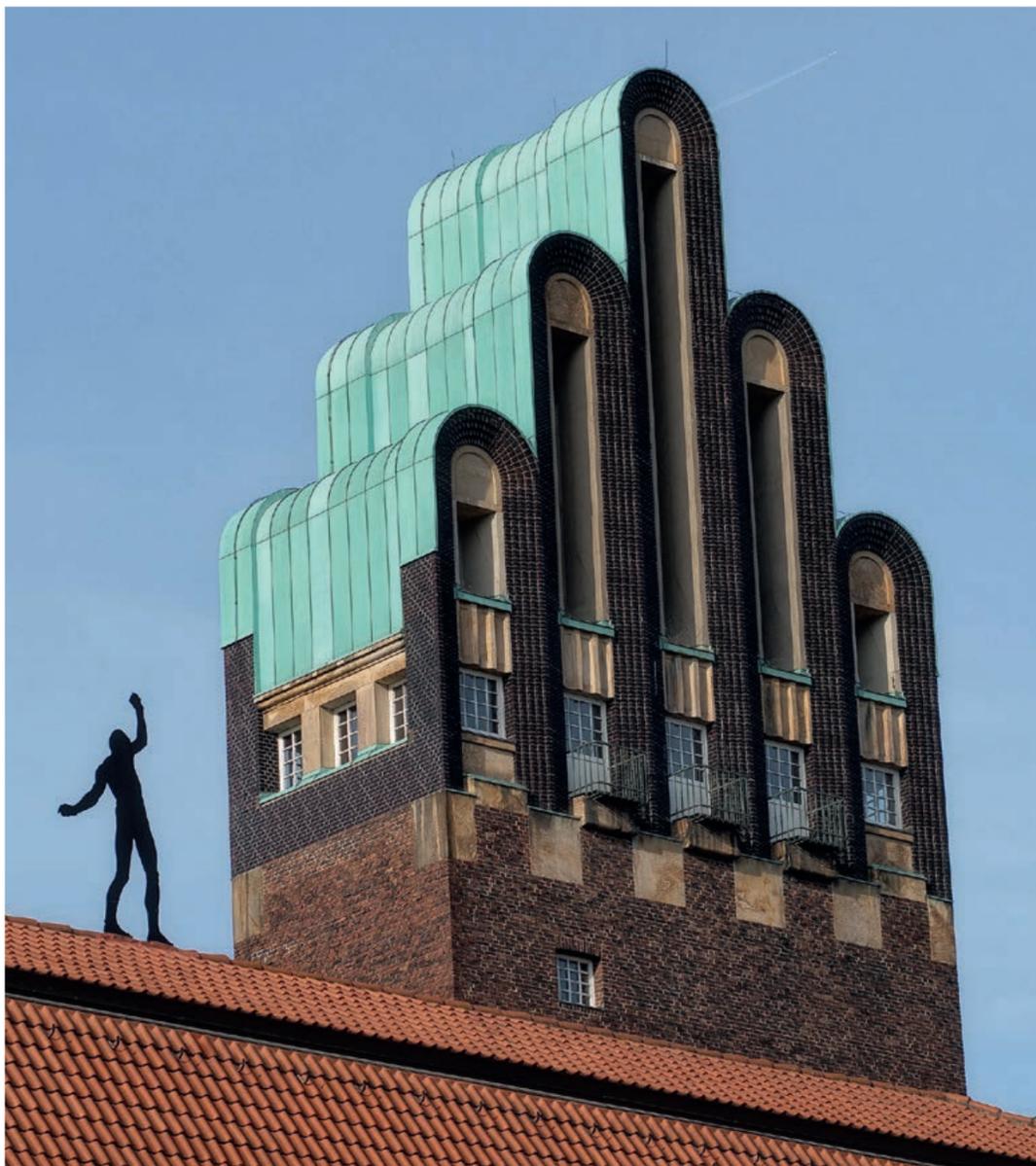
Teilhabe ist ein großes Ziel der Stadt. Am Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beteiligten sich viele Marburger. Auch Geschlechtergerechtigkeit und Diversität bleiben im Fokus: Die Weiterentwicklung von Genderbudgeting soll etwa dafür sorgen, den Kulturhaushalt fair zu teilen, und zum paritätischen Booking anreizen.

Kultur- und Freiräume schaffen

Die besondere Topografie Marburgs erzwingt geradezu einen achtsamen Umgang mit den Räumen. In Zukunft muss anders über Raumnutzung nachgedacht werden: Vorhandenes wird durch Auslastungen, Mehrfachnutzungen oder Leerstandbespielung effektiver genutzt; Neues muss erdacht werden: Ein Kulturraumentwicklungsplan soll in den nächsten Jahren helfen, zukunftsfähige Raumkonzepte für einen Theaterneubau, ein Haus der Musik und die Gestaltung der Museumslandschaft zu schaffen.

So bleibt Marburg bunt, vielseitig und kreativ!

Thomas Spies ist Oberbürgermeister und Kulturdezernent der Universitätsstadt Marburg



Der Hochzeitsturm auf der Mathildenhöhe in der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Hessen

FOTO: ULRICH MATHIAS



Konzertkirche der Stadt Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern

FOTO: @VIER-TORE-STADT NEUBRANDENBURG/IAKOB REGIN

Neubrandenburg

SILVIO WITT

Die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg liegt auf halbem Wege zwischen Berlin und der Ostsee und ist die Kreisstadt des flächenmäßig größten Landkreises der Bundesrepublik. Als drittgrößte Stadt Mecklenburg-Vorpommerns und aufgrund ihrer zentralen Lage und Größe bildet sie das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zentrum im Osten unseres Bundeslandes. Neben der kulturellen Grundversorgung hält das 1248 am Fuße des malerischen Tollensesees gegründete Neubrandenburg mit Museen, Bibliothek, Theater und Orchester ein vielfältiges Angebot vor: Kino, Tanzangebote, Konzerte, Literaturvereine und soziokulturelle Aktivitäten sind dafür nur einige Beispiele. Kultur- und Kreativwirtschaft sind in Neubrandenburg elementare Bestandteile der zielgerichteten Weiterentwicklung unseres urbanen Raumes. Die Erkenntnis, dass wirtschaftlicher Erfolg und damit einhergehend eine hohe Lebensqualität für die Einwohnerinnen und Einwohner die Grundlagen für eine nachhaltige, prosperierende Stadtentwicklung darstellen, schließt die Sicherung und Qualifizierung der sogenannten weichen Standortfaktoren, zu denen eine angemessene kulturelle Ausstattung gehört, mit ein. Trotz des großen Rückhalts in Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft können die wichtigsten kulturpolitischen Herausforderungen bis 2027 nicht nur auf einen Themenschwerpunkt heruntergebrochen werden. Die Kulturverwaltung einer Stadt unserer Größenordnung betrachtet immer den Gesamtkontext zwischen professionellen Angeboten innerhalb der städtischen

Kultureinrichtungen, den geförderten freien Trägern, externen kommerziellen Anbietern und der freischaffenden Kulturszene. Schwerpunkte der Tätigkeit bilden die Sicherung und der Ausbau eines breiten Kulturlebens mit ausgewogenen und barrierefreien Angeboten unter Beachtung der gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen. Dabei sind Schlaglichter wie der demografische Wandel und der damit verbundene Rückgang an qualifiziertem Personal für die Kulturarbeit und die zunehmende gesellschaftliche Veränderung hinsichtlich Medien- und Sozialverhalten zu beachten. Gleichzeitig sind die Verminderung ungleicher Bildungschancen und die Etablierung niederschwelliger Zugänge zu Kulturangeboten zu befördern. Hier fungiert die Vier-Tore-Stadt als Vermittlerin, Unterstützerin und koordinierende Stelle für die Kreativwirtschaft.

Zukünftig wird es von besonderer Bedeutung sein, sich noch stärker für die lokale Szene hinsichtlich notwendiger Ko-Finanzierungen seitens des Landes und des Bundes einzusetzen. Ein Handlungsbedarf wird auch darin bestehen, Akteure zu vernetzen, neue Ideen gezielt zu unterstützen und selbst zu initiieren, um auf veränderte Bedarfe und offene Wünsche des Publikums einzugehen. Dies schließt schmerzhaftige Aufgabenkritik hinsichtlich abklingender Bedarfe nicht aus. Das fortlaufend breite Interesse der Gäste von nah und fern an unseren vielfältigen kulturellen Angeboten stimmt dennoch optimistisch, diesen Herausforderungen gut gewappnet begegnen zu können.

Silvio Witt ist Oberbürgermeister von Neubrandenburg

Münster

CORNELIA WILKENS

In den nächsten Jahren steht die Gesellschaft und damit auch die Kulturpolitik vor vielen und vielfältigen Herausforderungen; erwähnt seien der Fachkräftemangel, der demografische Wandel oder der (zunehmende) Rechtsruck. Die Bewältigung des Kulturkampfes von rechts wird die Kulturinstitutionen in besonderer Weise fordern. Dieser Kampf manifestiert sich in einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und einer politischen Instrumentalisierung von Kultur, die die kulturelle Vielfalt und die Freiheit der Kunst bedroht.

Der Kulturkampf von rechts manifestiert sich in einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und einer politischen Instrumentalisierung von Kultur, die die kulturelle Vielfalt und die Freiheit der Kunst bedroht

In den letzten Jahren haben rechtspopulistische Bewegungen und Parteien in vielen Ländern an Einfluss gewonnen. Mit ihrer konservativen und nationalistischen Agenda versuchen sie, die kulturelle Landschaft nach ihren Vorstellungen zu formen. Dies äußert

sich in Forderungen nach einer »Leitkultur«, die oft auf homogene, traditionelle Werte und Normen abzielt und eine Ablehnung von Diversität und kultureller Pluralität impliziert. Eine der Haupttaktiken im Kulturkampf von rechts ist die Diskreditierung und Diffamierung von Künstlern und Künstlerinnen, Intellektuellen sowie Kulturinstitutionen, die als zu liberal oder links betrachtet werden. Dies geschieht durch gezielte Angriffe in den sozialen Medien, durch politische Druckausübung und manchmal sogar durch Kürzungen öffentlicher Fördermittel. Solche Angriffe haben nicht nur direkte Auswirkungen auf Betroffene, sondern schaffen ein Klima der Selbstzensur und der Einschränkung der künstlerischen Freiheit.

Die Herausforderung besteht darin, die Unabhängigkeit und Vielfalt der Kultur zu verteidigen und (damit) gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Dies erfordert eine aktive Auseinandersetzung mit den Ideen und Argumenten derjenigen, die ein tradiertes Wertesystem vorziehen, sowie eine klare Verteidigung demokratischer Werte wie Meinungsfreiheit, Toleranz und kulturelle Offenheit.

Wichtig ist, dass die Zivilgesellschaft mit den Kulturschaffenden zusammenarbeitet und solidarisch gegen den Kulturkampf von rechts eintritt. Nur durch gemeinsame Anstrengungen und eine starke demokratische Mobilisierung können kulturelle Vielfalt und die Freiheit der Kunst langfristig gesichert und eine offene und pluralistische Gesellschaft bewahrt werden.

Kulturschaffende müssen sich bewusst sein, dass sie (auch) in einem politischen Kontext agieren und bei ihrer Tätigkeit ihre Unabhängigkeit und Integrität verteidigen. Dies erfordert

Wichtig ist, dass die Zivilgesellschaft mit den Kulturschaffenden zusammenarbeitet und solidarisch gegen den Kulturkampf von rechts eintritt

eine klare Positionierung gegen Diskriminierung, Intoleranz und kulturelle Vereinnahmung sowie eine offene und transparente Kommunikation mit der Öffentlichkeit über ihre Arbeit und Werte.

Kulturpolitik und -förderung sollten daher darauf abzielen, die Zugänglichkeit von Kunst und Kultur für alle Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Eine gezielte Förderung von Projekten und Initiativen soll die Vielfalt und Pluralität der Gesellschaft widerspiegeln und eine Sensibilisierung für die Bedeutung von Kultur als Motor für sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Integration bewirken.

Cornelia Wilkens ist Beigeordnete für Soziales und Kultur bei der Stadt Münster

Oldenburg

JÜRGEN KROGMANN

Die wichtigste Herausforderung in den nächsten drei Jahren ist für die Stadt Oldenburg der Erhalt und die Weiterentwicklung unserer vielfältigen kulturellen Infrastruktur sowie die Gewährleistung und Gestaltung von Vielfalt und Qualität der kulturellen Angebote, um den chancengleichen Zugang zu Kultur und Bildung sicherzustellen und kulturelle Teilhabemöglichkeiten zu sichern. Dies vor dem Hintergrund der umfangreichen Aufgabenbereiche einer Kommunalverwaltung, den Anforderungen aufgrund der Digitalisierung und Entwicklung der künstlichen Intelligenz sowie der sich verändernden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und klimatischen Bedingungen.

Als Oberbürgermeister und Kulturdezernent der Stadt Oldenburg verstehe ich Kunst und Kultur als Reflexionsort und Impulsgeber für gesellschaftliche Entwicklungen mit einem großen Potenzial für eine lebenswerte, offene und gerechte Stadtgesellschaft.

Die großen Schlagwörter aktueller kulturpolitischer Debatten und die damit verbundenen Themen wie Globalisierung, Digitalität, Individualisierung, Diversität und demografischer Wandel sowie Nachhaltigkeit sind auch in Oldenburg relevant.

Aus meiner Sicht bedeutet dies für die Stadt Oldenburg im Konkreten, dass in den folgenden Jahren der Fokus darauf liegen muss, begrenzte Ressourcen zielgerichtet einzusetzen,

um kulturelle Einrichtungen zu stärken und Angebote zu ermöglichen. Kulturelle Angebote müssen so gestaltet sein, dass sie auf die Lebenswirklichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner treffen und diesen ermöglichen, aktiv daran teilzuhaben.

Die großen Schlagwörter aktueller kulturpolitischer Debatten und die damit verbundenen Themen wie Globalisierung, Digitalität, Individualisierung, Diversität und demografischer Wandel sowie Nachhaltigkeit sind auch in Oldenburg relevant

Es ist erforderlich, eine Kulturstrategie klug, im Sinne von pragmatisch und gleichzeitig zukunftsweisend, zu implementieren, um gesellschaftliche Diskussionen zu initiieren, zu befördern und zu gestalten.

Ich bin davon überzeugt, dass ein Thematisieren und Zur-Diskussion-Stellen von Herausforderungen und aktuellen Themen uns resilient macht und darüber hinaus Kraft, Fantasie und Freiheit gibt, um Zukunftsbilder gemeinsam zu entwickeln.

Jürgen Krogmann ist Oberbürgermeister von Oldenburg



Stelzenläufer bei der »Langen Nacht der Kultur« in Bremerhaven, Bremen

FOTO: MAGISTRATSPRESSESTELLE / HEIKO SANDELMANN

Regensburg

WOLFGANG DERSCH

Wir leben in einer Ära des radikalen Wandels, die offenbart, wo die zukünftigen Herausforderungen für Kommunen nicht nur gesellschaftlich, sondern auch kulturpolitisch liegen: Digitalisierung und künstliche Intelligenz, Green Culture, faire Honorare, Globalisierung oder Migration lauten auch in Regensburg die Schlagworte in einer Welt komplexer Abhängigkeiten, die sich verschränken, überlagern und akzelerieren.

Darüber hinaus steht insbesondere hier in der UNESCO-Weltkulturerbestadt die Entwicklung und Ertüchtigung sanierungsbedürftiger Kulturimmobilien im Vordergrund. Eine davon ist das Velodrom, die bislang größte Spielstätte des Theater Regensburg mit rund 600 Plätzen, das jedoch aus sicherheitsrelevanten Gründen bereits 2021 geschlossen werden musste. Gerade mit der Erhebung zum bayerischen Staatstheater zur Spielzeit 2025/2026 benötigt das Fünf-Sparten-

Haus neben der Hauptbühne am Bismarckplatz einen zusätzlichen Durchführungsort für größere Produktionen. Bei den komplexen Abstimmungsprozessen, die mit dem Bauen im historischen Bestand verbunden sind, zählen Denkmalschutz und Kostenstruktur zu den entscheidenden Protagonisten.

Auch das Historische Museum sieht sich mit diesen Schwierigkeiten konfrontiert, wenn es um die dringend erforderliche Instandsetzung des weitläufigen Gebäudekomplexes geht, die zunächst eine inhaltliche Neuausrichtung des Hauses voraussetzt. Neben der zentralen Frage der Finanzierung stellt die Implementierung von partizipativen Beteiligungsformaten in diesem integrativen Prozess eine komplexe Aufgabe dar. Zudem wird die meistbesuchte Kultureinrichtung der Stadt, das Besucherzentrum Welterbe, mit Blick auf den Donaulimes als zweiter UNESCO-Titel neu konzipiert und im Zuge dessen baulich saniert. Und nicht zuletzt fehlt Regensburg mit knapp 180.000 Einwohnenden eine zeitgemäße Konzert- und

Kunsthalle, die als kulturelles Leuchtturmprojekt in den gesamten ostbayerischen Raum ausstrahlt.

In Summe setzen allein die hier lediglich exemplarisch genannten Kulturbauten den ohnehin angespannten Haushalt unter Druck. Als wachsende Stadt muss Regensburg jedoch vielen Erfordernissen und Erwartungen einer zunehmend diversen Stadtgesellschaft gerecht werden, sodass die kommunalen Bauaufgaben verschiedener Funktionalitäten und Nutzungen – von Kultur über Bildung bis hin zur Infrastruktur – angesichts begrenzter Ressourcen miteinander konkurrieren. Aber auch darüber hinaus wird sich die Kultur immer wieder als wichtiger Standortfaktor beweisen müssen, damit ihre freiwilligen Leistungen nicht nur zur Pflichtaufgabe werden, sondern sich in einer jungen dynamischen Stadt mit kreativem Potenzial entsprechend der Ansprüche und Bedarfe weiterentwickeln.

Wolfgang Dersch ist seit 2019 Kulturreferent der Stadt Regensburg

Saarbrücken

SABINE DENGEL

Die Landeshauptstadt Saarbrücken steht in mancher Hinsicht vor ähnlichen kulturpolitischen Herausforderungen wie vergleichbare andere Großstädte, wozu unter anderem der Fachkräftemangel sowie Preissteigerungen von bis zu 40 Prozent für Kulturveranstaltungen gehören. Saarbrücken hat aber das Glück, dass sich Politik und Stadtverwaltung diesen Herausforderungen gemeinsam und engagiert stellen, auch wenn das für eine Haushaltsnotstandkommune bedeutet, erhebliche Mehrsummen in die Zukunft der Saarbrücker Leuchttürme wie das Filmfestival Max Ophüls Preis investieren zu müssen. Zahlreiche andere Formate verschiedenster Träger mit Strahlkraft in die Region warten noch auf zukunftsfähige Finanzierungen. Dem Anspruch

»Kultur für alle« gerecht zu werden, begegnet Saarbrücken mit einer breiten Palette kostenfreier Angebote und einem alle Kultur- und Bildungsinstitutionen umfassenden »Netzwerk kulturelle Bildung«, das durch enge Kooperation und kurze Wege manche Finanzlücke kompensiert. Trotz Anstiegs des Kulturhaushalts in den letzten drei Jahren kann dringenden Notwendigkeiten wie z. B. einer auskömmlichen Förderung der freien Szenen oder einer klimgerechten Sanierung historischer Kulturimmobilien nicht immer zufriedenstellend entsprochen werden. Zukunftsorientierte Kulturpolitik in Saarbrücken erzwingt das Setzen von Prioritäten. Gelungen ist es beispielsweise, entscheidende Schritte in Richtung digitaler Langzeitarchivierung der Dokumente des Stadtarchivs zu gehen und hochwertige digitale Rechercheangebote wie ein jüdisches Gedenkbuch zu

erarbeiten. Daneben werden gemeinsam mit Initiativen aus der Bevölkerung Erinnerungs- und Mahnmalprojekte umgesetzt, die nicht nur einem hohen künstlerischen Anspruch genü-

Dem Anspruch »Kultur für alle« begegnet Saarbrücken mit einer breiten Palette kostenfreier Angebote und einem umfassenden »Netzwerk kulturelle Bildung«

gen, sondern auch dem Desiderat einer Beteiligung der Betroffenen folgen. Kulturpolitik in Saarbrücken ist dort besonders erfolgreich, wo sie sich mit bildungspolitischen Zielen verbinden und

Rostock

EVA-MARIA KRÖGER

O bwohl Rostock zu den kleineren Großstädten in Deutschland gehört, so werden hier doch zahlreiche kulturelle Ausrufezeichen gesetzt, die weit über die Stadtgrenzen hinaus und auch bis in den Ostseeraum strahlen.

Mitten in der Stadt und in Sichtweite des früheren Stadthafens wird in den kommenden vier Jahren ein architektonischer Hingucker entstehen, der die Stadtsilhouette beeindruckend ergänzt

Erst vor wenigen Tagen konnten wir den offiziellen Spatenstich für den Neubau unseres Volkstheaters feiern. Mitten in der Stadt und in Sichtweite des früheren Stadthafens wird in den kommenden vier Jahren ein architektonischer Hingucker entstehen, der die Stadtsilhouette beeindruckend ergänzt. Acht Jahrzehnte nach der Zerstörung des repräsentativen Theaterbaus während des Zweiten Weltkriegs hat die Zeit der Theater-Provisorien damit ein Ende und Rostock bekommt endlich wieder ein den Künsten angemessenes Gebäude. Der Bau ist zugleich auch ein Versprechen, die Traditionen eines deutschen Stadttheaters mit vier Sparten in Rostock fortzuschreiben.

Kultur braucht unsere Unterstützung. Trotz schwieriger Haushaltslage wurden die Mittel für die anderen Kulturbereiche in unserer Stadt aufgestockt, um ein breites und vielfältiges Angebot zu ermöglichen. So gibt es hier eine durchaus bunte freie Kulturszene, die auch in den unterschiedlichen Stadtteilen wichtige Akzente setzt. Wir als Kommune sind dabei gefordert, Rahmenbedingungen für ihre Sichtbarkeit zu gewährleisten und Planungssicherheit zu ermöglichen.

Zu Rostock als Kulturstadt gehören auch mehrere Museen mit kulturhistorischen und maritimen Schwerpunkten, eine renommierte

Hochschule für Musik und Theater sowie zwei Musikschulen. Die Kunsthalle Rostock, einziger Museumsneubau der DDR, wurde durch großes Engagement aus der Stadtgesellschaft heraus Anfang der 2000er Jahre gerettet und erstrahlt heute nicht nur baulich in neuem Glanz. Und mit dem Archäologischen Landesmuseum wird am Rostocker Stadthafen, nur wenige Hundert Meter vom künftigen Theater entfernt, ein ganz neues Museum entstehen, das die Zeugnisse der Ur- und Frühgeschichte Mecklenburgs und Vorpommerns in Szene setzt.

Kultur braucht Sicherheit. Um die kulturelle Entwicklung in der Stadt nachhaltig zu gewährleisten und zu gestalten, haben wir in diesem Jahr einen Beteiligungsprozess mit vielen Kulturschaffenden und zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgesellschaft begonnen. Ziel ist ein verbindlicher Kulturentwicklungsplan, der Planungssicherheit für Kulturprojekte bietet und eine auskömmliche Kulturfinanzierung dauerhaft sichert.

Um die kulturelle Entwicklung nachhaltig zu gewährleisten, haben wir einen Beteiligungsprozess mit vielen Kulturschaffenden und zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgesellschaft begonnen

Als Kommunalpolitik und als Stadtverwaltung sind wir gut beraten, auf die Signale der Menschen zu hören, die Kultur erst möglich machen. Denn Kultur ist Können und Kreativität, Kultur braucht Freiheit und Unabhängigkeit. Wenn wir unsere Stadt als lebendigen Kulturraum weiterentwickeln wollen, dann geht das nur gemeinsam. Wir alle bestimmen den kulturvollen Umgang in unserer Gemeinschaft! Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns das auch in den kommenden Jahren gelingt!

Eva-Maria Kröger ist seit Februar 2023 Oberbürgermeisterin der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

puncto Pädagogik und Sprachförderung völlig neue Wege betritt. Ebenso gefördert mit Interreg-Mitteln fährt der Bi-Bus, der vollelektrische Bücherbus der Stadtbibliothek und ihrer französischen Partner, die Grundschulen im Eurodistrikt SaarMoselle an. Die Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit als eine der wichtigsten kulturpolitischen Herausforderungen hat für Saarbrücken eine europäische gesellschaftspolitische Dimension: Die Alternativen, eine pulsierende Stadt in der Mitte Europas oder eine provinziell geprägte Stadt am Rande Deutschlands zu sein, sind auch abhängig von Wahlausgängen in Europa, die demokratische Akteure als künftige Kooperationspartner an den Start bringen.

Sabine Dengel ist Dezernentin für Bildung, Kultur und Jugend der Landeshauptstadt Saarbrücken

Trier

MARKUS NÖHL

Bunter, vielfältiger und diverser: So entwickelt sich unsere Gesellschaft. Die zunehmende Individualisierung unserer Gesellschaft, die globalisierte Welt und Migration, aber auch die politische Diversifizierung tragen dazu bei, dass sich unser Gemeinwesen immer dynamischer entwickelt. Das hat massive Auswirkungen auf unsere Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden. Denn so differenziert unsere Gesellschaft ist, so verschieden ist auch das Publikum.

Die Geschwindigkeit der Veränderung schlägt somit direkt auf die Arbeitsweise der Kultur zurück. Selten war der Veränderungsdruck so hoch, weiterhin die Breite der Gesellschaft zu erreichen. Und genau hiervon leitet sich auch die gesellschaftliche Relevanz der Kulturträger ab. Somit wird die Anpassung an das sich ändernde Publikum auch ein Auftrag, den Stellenwert in unserer Gesellschaft zu bewahren und unter Umständen sogar zu steigern. Denn Kunst und Kultur können viel leisten: Identität spenden, Gemeinschaft herstellen, Werte

vermitteln, Fragen aufwerfen. Doch für diesen Mehrwert müssen sie die Menschen erreichen. Was tun, sprach Zeus?

Zunächst einmal muss das Angebot differenziert werden. Kulturinstitutionen müssen einen breiten Fächer von Angeboten bedienen. Klassische Angebote müssen mit modernen, zeitgenössischen Formen verbunden werden. Experimente gehören genauso dazu, wie bestehende Seh- und Hörgewohnheiten zu bedienen. Insbesondere der kulturellen Bildung kommt wachsender Stellenwert zu. Nicht nur Kinder und Jugendliche müssen an die Kunst, Kultur und ihre Institutionen herangeführt werden, auch Menschen, die bisher wenig Kontakt hatten, brauchen eine Begleitung beim Abenteuer Kultur. Dabei zeichnet sich ab, dass insbesondere dezentrale Angebote in der kulturellen Bildung von Erfolg gekrönt sind. Die Kulturinstitutionen müssen rausgehen und vor Ort im Quartier mit den Menschen arbeiten.

Kooperationen kommt zunehmend mehr Bedeutung zu. Kultur braucht Bündnispartner in der Gesellschaft, um neue Zielgruppen anzusprechen. Einen

Opernabend mit Bizets »Carmen« zusammen mit dem Frauenhaus zu gestalten, eine Podiumsdiskussion oder gemeinsame Stückbesprechungen anzubieten, eröffnet nicht nur neue Perspektiven, sondern kann weitere Personengruppen ansprechen, die nun auch im Theater ihre Heimat finden. Um hier nur ein Beispiel zu nennen. Schulen, gemeinwesenorientierte Akteure, soziale Träger und Initiativen sind dabei zentrale Ansprechpartnerinnen und -partner.

Doch diese große Herausforderung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Unsere Kulturschaffenden und -institutionen leisten bereits viel. Doch kulturelle Bildungsprogramme, dezentrale Angebote und Kooperationen brauchen zusätzliche Ressourcen.

Gelingt es, die Kulturinstitutionen zu öffnen, die Kulturschaffenden breiter aufzustellen, kann die Kultur eine entscheidende Rolle übernehmen. In einer Welt, die immer unübersichtlicher wird, kann sie Orientierung geben. Das brauchen wir heute mehr als je zuvor.

Markus Nöhl ist Kulturdezernent der Stadt Trier

Zwickau

SEBASTIAN LASCH

Wenn es die Stadt Zwickau in die Schlagzeilen der überregionalen Presse schafft, dann hat das leider selten einen positiven Hintergrund. So auch im Juli 2023, als auf spiegel.de zu lesen war: »Theater Plauen-Zwickau wehrt sich gegen Genderverbot«. Vorangegangen war ein Antrag der AfD-Fraktion im Zwickauer Stadtrat, der den Unternehmen der Stadt – zu denen das Theater zählt – den Gebrauch geschlechtersensibler Sprache mit Binnen-I, Asterisken und Ähnlichem verbietet. Die Debatte im Stadtrat zu diesem Antrag, der sich explizit gegen eine entsprechende Praxis des Theaters richtete, war geprägt von den tiefen identitätspolitischen Gräben unserer Zeit. Schließlich fand sich eine breite Mehrheit für das sogenannte »Genderverbot«, die von rechtspopulistischen Kräften bis weit hinein in eine konservativ grundiertere bürgerliche Mitte reichte.

Dieser Sachverhalt wirft zugleich ein Schlaglicht auf die kulturpolitische Lage in Sachsen. Eine sehr heterogene Mehrheit sowohl der politischen Akteure als

auch der Bürgerinnen und Bürger empfindet kulturelle Experimente und Provokationen oftmals als »geschmacklos«. Kunst hat in dieser Wahrnehmung der »Mehrheitsgesellschaft« zu gefallen und nicht »Minderheitenpositionen« zu betonen. Diese politische Lage droht sich nach den Kommunalwahlen im Juni und der Landtagswahl im September noch zu verschärfen. Meinungsumfragen prognostizieren eine Mehrheit für eine rechts- und eine linkspopulistische Partei und damit eine Minderheitenposition für die Parteien der demokratischen Mitte. In dieser politisch schwierigen Lage treten nun die Kostensteigerungen insbesondere für das Personal sowie die Finanzierungslücken öffentlich geförderter Kultur in Sachsen auf die Agenda – dringender und drastischer als ohnehin schon. Es wird in den nächsten Monaten in Zwickau, in vielen anderen Städten und in Sachsen insgesamt über die öffentliche Finanzierung von Kultur zu diskutieren und zu entscheiden sein. Bei einigen politischen Akteuren stehen die Zeichen dabei ganz klar auf das »Defunding« einer als missliebig wahrgenommenen Kunstszene.

Die wichtigste kulturpolitische Herausforderung der nächsten Jahre, über die hier zu schreiben ich eingeladen wurde, ist – so pathetisch es klingen mag – die Bewahrung der Kunstfreiheit.

Es kann an dieser Stelle hilfreich sein, an den Leitsatz des Mephisto-Urteils des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1971 zu erinnern: »Sinn und Aufgabe des Grundrechts aus Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG ist es vor allem, die auf der Eigengesetzlichkeit der Kunst beruhenden, von ästhetischen Rücksichten bestimmten Prozesse, Verhaltensweisen und Entscheidungen von jeglicher Ingerenz öffentlicher Gewalt freizuhalten.«

Zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehört eine freie Kunst. Beides steht in Zwickau und in Sachsen in diesem Jahr 2024 auf dem Spiel.

Sebastian Lasch verantwortet als Bürgermeister für Finanzen und Ordnung in der Stadt Zwickau auch den Bereich Kultur. Zudem ist er Mitglied der Aufsichtsräte des Theaters Plauen-Zwickau, des Puppentheaters Zwickau und der Kultour Z. GmbH

Würzburg

ACHIM KÖNNEKE

Immmer öfter sehe ich mich genötigt, in kulturpolitischen Debatten Theodor W. Adornos Credo aus dem Jahr 1951 auszurufen: »Aufgabe von Kunst heute ist es, Chaos in die Ordnung zu bringen.« Die allumfassende Instrumentalisierung und Gleichschaltung der

Es macht Sinn, sich zu vergegenwärtigen, wie klug die Väter und Mütter des Grundgesetzes in genau diesem Kontext und Klima ausgerechnet die Kunstfreiheit als hohes Gut der neuen Gesellschaft im Grundgesetz verankert haben

Künste im Nationalsozialismus auf uneingeschränkt affirmative »Systemrelevanz« war bei den meisten Deutschen kurz nach dem zweiten verlorenen Weltkrieg noch stark verinnerlicht. »Freiheitliche und liberale Demokratie« war nicht mehr als ein rudimentäres Projekt eines experimentellen Gesellschaft-Narrativs. Gerade mal im Konjunktiv wurde von Wenigen unser heutiges Verständnis einer offenen Gesellschaft in einem vereinten Europa imaginiert.

Es macht Sinn, sich zu vergegenwärtigen, wie klug und weitsichtig die »Väter und Mütter des Grundgesetzes« in genau diesem Kontext und Klima ausgerechnet die »Kunstfreiheit« als hohes Gut der neuen Gesellschaft im Grundgesetz verankert haben: als unbedingten Schutz der Kunst vor staatlicher Bevormundung, Lenkung und Zensur und zugleich als Verpflichtung des Staates, diese Freiheit aktiv zu befördern und zu schützen.

Nach Jahren systematischer ideologischer Vereinnahmungsversuche der Kultur seitens der ausgrenzenden AfD und anderer extremistischer Hetzer haben sich die Toleranzgrenzen heute auch auf kommunaler Ebene deutlich verschoben. Das Gift wirkt! Mit viel »Ja, aber« werden hart erarbeitete Freiheiten relativiert, werden vom Kulturbereich wieder Vorbildcharakter, staatsnahe Haltungen

und untadeliges Sozialverhalten von Kunstakteuren eingefordert und Möglichkeitsräume der Kunst verengt. Achtsamkeit schlägt immer öfter in Angst um. Selbstzensur in Kulturinstitutionen ist längst Alltag. Statt die wichtigen Freiheitsräume der Kunst auch für Verstörendes und Unbequemes vehement zu verteidigen, werden Künstlerinnen und Künstler und ihre Werke immer ängstlicher auf etwaige Irritationspotenziale durchleuchtet und im Zweifel in Quarantäne geschickt. Verkehrte Welt. Allumfassende Triggerwarnungen sind nur das satirische Sinnbild dieser fragwürdigen Verschiebungen.

Die Angst, angreifbar zu werden in einer immer weniger differenzierenden und immer weniger zum Diskurs fähigen polarisierten Gesellschaft, zeugt von wenig Vertrauen in das, was unsere Kunst und unsere offene Gesellschaft aushalten können müsste: Perspektivenvielfalt und Kontroverse. Demokratie lebt von Respekt, Streit und Diskurs. Ich wage zu bezweifeln, dass die aktuellen Verirrungen mit ihren zunehmenden Haltungs-Verordnungen den Geist unseres Grundgesetzes noch überzeugend spiegeln. Aber wo bleibt der Aufschrei!

Statt die wichtigen Freiheitsräume der Kunst vehement zu verteidigen, werden Künstlerinnen und Künstler und ihre Werke immer ängstlicher auf etwaige Irritationspotenziale durchleuchtet und im Zweifel in Quarantäne geschickt

Der Grad der Kunst-, Meinungs- und Pressefreiheit ist der Lackmustrtest der Verfasstheit unserer Demokratie. Deren schleichende Vergiftung zu stoppen, wird leider eine zentrale auch kulturpolitische Herausforderung bleiben.

Achim Könncke ist bis Juni 2024 berufsmäßiger Stadtrat und Referent für Kultur und Tourismus der Stadt Würzburg, 1. Vorsitzender des Vereins »STADTKULTUR – Netzwerk Bayerischer Städte«



Opening-Night der Theatertage Rheinland-Pfalz 2024 im Theater Trier

Kurz-Schluss

Wie ich einmal am realistischen Besuch eines mir gehörenden Planeten aufgrund leicht vermeidbarer menschlicher Schwächen scheiterte

THEO GEISLER

Die literarische Früherziehung beginnt in meinem Falle mit ungefähr drei Lebens-Jahren und endet frühestens mit dem ersten Teil des letzten Doppelwortes. Früher Forscherdrang wird oft mit dem heutzutage zu Unrecht rein kapitalistisch konnotierten Koppel-Begriff »Neu-Gier« beschnitten. Das schränkt natürlich den Homo-sapiens-formenden, -fördernden, -vorwärtstreibenden, sozusagen chromosomenbedingten Charakterzug unseres sicherlich an digitaler Abnutzung darbenenden Menschseins ein.

Langer Rede kurzer Sinn: Am Krankenbett meiner von Windpocken, Keuchhusten, Mumps und Masern reichlich gesäumten frühen Kindheit durfte ich einen Luxus erleben. Meine liebe Mutter (Gott hab sie selig) las mir immer aus einem dicken grünen Folianten »Grimms Märchen« vor. Rasch und trotz oder dank hoher Fieberschübe bemerkte ich, dass es immer dieselben etwas flachen Geschichten waren: »Hans im Glück«, »Dornröschen«, allenfalls die jedes Mal geretteten »Sieben Geißlein«, oft mit dem Hinweis, dass ja auch ich bald gesund würde. Rasch merkte ich Schlingel, dass in diesem fetten Buch doch noch etwas anderes zu finden sein müsse – und grabschte es mir in heimlichen Stunden. Da ich die drei genannten Stors schon bis zum Erbrechen auswendig kannte, fiel es mir dank etlicher Spezialbegabungen nicht schwer, die dort verwandten

Hieroglyphen in Buchstaben umzudenken – und immer flotter lesen zu lernen. Abgründe taten sich auf, die (vermutlich) meine spätere engagierte Welt- und Voraussicht auf dystopische Ereignisse aller Art früh formten: »Fitchers Vogel« – ein Hexenmeister, der sich als Bettler tarnte und in bester Tatortmanier schöne junge Mädels raubte und in Besitz nahm (kein Happy End, Erstveröffentlichung 20. Dezember 1812!). Oder: »Märchen von dem Machandelbaum«: Ein reiches Ehepaar wünscht sich ein Kind, so weiß wie Schnee, so rot wie Blut. Beim Schälen eines Apfels schnitt sich die Mochtegerm-Mutter in den Finger. Sie wird schwanger, stirbt bei der Geburt und wird unterm Machandelbaum begraben. Dass das Kind vom Rumpelstilzchen gefressen wird, ist freilich eine meiner schon damals typischen Fantasie-Fortsetzungen.

Wenige Jahre später entdeckte ich am Gmunder Bahnhofs-Kiosk, Inhaberin Frau Nickelbauer, sehr nett, im Rahmen des Bierholens für meinen Vater, die Science-Fiction-Heftchen-Reihe »Terra«. Durfte reinschmökern und blieb gefesselt. Ich war um drei »Terra-Hefte« (Koryphäen-Autoren K.H. Scheer, Jesko von Puttkamer) reicher. Mein Vater bemerkte den Verlust einer Flasche (von acht) des Tegernseer »Gambrius-Bockes« nicht mehr. Mir eröffnete sich allerdings der Weltraum, später literarisch (Isaac Asimov), cineastisch (Kubricks 2001: Odyssee im Weltraum)

oder TV-Serien-süchtig: (Raumpatrouille Orion, Bügeleisen-Raumschiff, Vivi Bach), perfekter schon »Star Trek« – Lieutenant Uhura – wunderbar, u.s.w....

Wie das Leben so spielt, befreundete ich mich Jahrzehnte später (auch aus gewissen professionellen Gründen) mit einem etwas exzentrischen Kulturfunktionär, der einerseits die Schleimpilz-Fotografie als Hobby hatte, andererseits wie ich die Weltraumforschung. Heimlich hatte er sich auf dem Berliner Teufelsberg ein super Radio-Teleskop mit Verbindung zum Webb-Satelliten-Fernrohr eingerichtet, was in mir als Weltraumexperte von Kindesbeinen an, selbstverständlich gewisse Neidgefühle hervorrief. Nach Wochen harter Instruktion durfte ich das Wundergerät nutzen. Mein Astro-Mäzen ging derweil auf die Schleimpilz-Pirsch.

Dass die Profi-Astronomen mit super Hightech vermutlich in schwarzen Löchern nach widerstandsfähigen weißen Greisen suchten, kam mir zupass. Bekanntlich verzweigten quantitätsfixierte Himmelschnüffler unserer Sonne den wunderhübschen »Pluto« zum Kleinplaneten. Da waren's nur noch acht. Ich hingegen hatte schon vor etlicher Zeit mit meinem »Kosmos-Starfinder« eine wunderbare winzige Anomalie weit jenseits der Neptun-Bahn entdeckt und konnte nun dokumentieren, dass in zirka anderthalbfacher Lichtjahr-Entfernung ein etwa erdgroßer neuer Planet in recht unregelmäßiger Bahn unsere Sonne umkreiste. Die Schöpfung ist eben unberechenbar.

Beim Schweizer Office für extraterrestrischen Geländeverkauf Bärenbuckel & Co. KG meldete ich meinen Fund und meine Ansprüche an – und ließ sie gleich nach bolivianischem Recht verbriefen. Was nun? Schließlich möchte man anfassen, was man erworben hat.

Also zoomte ich ein wenig mit meinem alten Spezi Elon Musk. Ich hatte ihm seinerzeit die hoch geheime Antriebstechnik der Walther-U-Boote von General und Reichspräsident Karl Dönitz günstig als Konstruktions-Grundlage für seine Teslas verschaffen können. Gegen fünfzig Prozent der Planetenfläche und einer Kompensation von achtzig Prozent an »X« für mich versprach er mir jede Hilfe. Da traf es sich gut, dass die von Musk gemeinsam mit Trump und Putin geplante Unterfütterung des nordkoreanischen Halbinselteils zwecks Terraformings der Mondrückseite mittels hochpotenten Ionen-Triebwerken noch nicht ganz fertiggestellt war. Flugs wurden nach dem Walther-Prinzip die Ionen-Triebwerke gebündelt und in den Elon-Star-Chopper »Rusty Daniels« eingepflegt. Höchstgeschwindigkeit ab Mond 98 Prozent Light-Speed. Besatzung: Elon, ich und als Pilot*in: Lieutenant Uhura, ein(e?) Spitzen-KI.

Elon ließ mich mit ionisiert-aufgebrezeltem Space-Chopper in Usedom abholen. Wir wurden, um Fliehkräfte in jeder Hinsicht zu reduzieren, in einer der bayerischen Schweinssülze nicht unähnlichen Masse versenkt und bekamen Virtual Glasses mit Musik-Clips übergestülpt. Alles lief bestens, wir durchquerten gerade den Asteroidengürtel zwischen Erde und Mars fast lichtgeschwind. Da plärrte und flimmerte der

absolut dekadenteste und blödeste Hippodrom-Kotzbrocken namens »Friesenjung« als Virtual Projection mit einem blauen windmühlenförmigen Blondblödi an der Seite des sehr alten weißen Mannes Otto Waalkes vor Aug und Ohr. Ich ahnte nichts Gutes und musste mich erstmal in meine Sülz-Wanne erbrechen. Abbrechen tat auch die Projektion. An die Stelle des Klang-Schrotts trat – immer tiefer werdend – die Stimme von Pilot*in Uhura. Sie rappte »Hänschen klein, ging allein... (tiefer, langsamer:) Ännschen klein, kink... (sehr tief, sehr langsam:) Ännschen ein Männschän...

Ich wollte aus der Sülze hüpfen, aber zwei alte Wolga-Kotflügel-Montage-Roboter drückten mich immer tiefer in die Tunke. Das Lied, die Melodie kam mir noch irgendwie bekannt vor ...



Theo Geisler ist Herausgeber von Politik & Kultur

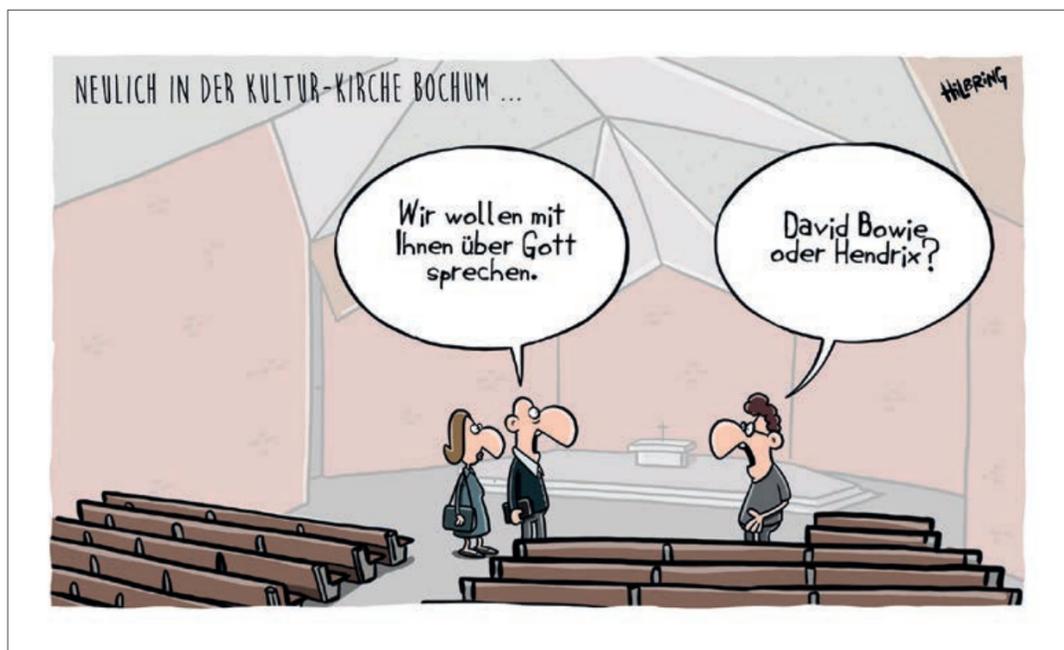
LAWROWS TRÄUME

Berlin: Der Streamingdienst Spotify versammelte die Musikbranche zum täglichen All Music Friday vor rund 19 Gästen in die Berliner Borchardt-Kneipe: Mit dem Event wollte Spotify über die Zukunft der Musikindustrie debattieren und neue Impulse setzen – im Fokus standen dabei Themen wie Streamingvergütung, Playlisten oder die Wiederbelebung von Katalogtiteln. Fono-Oberlobbyist Traniel Drüsenedieb lobte das TikTok-Vorgehen – bis auf eine kleine Ausnahme: »Die paar Peanuts, die noch an sogenannte Künstler (Interpreten, Komponisten) gehen, sollten der darbenenden Industrie auch noch für dringende nötige Event-Zwecke zufließen. Prost.« Und trank aus seinem Halbliter-Cola-Glas einen satten Schluck Pinot Noir 1945 Romanée-Conti.

Magdeburg: Sachsen-Anhalts Staats-, Kultur- und Europaminister Rainer Robra (CDU) hält am 1. Mai im Landtag eine Regierungserklärung mit dem Titel »Sachsen-Anhalt wählt ein starkes Europa!«. Er richtet sich damit an die wahlberechtigten Menschen in Sachsen-Anhalt, die aufgerufen sind, am 9. Juni 2024 ihre Stimme bei der Europawahl abzugeben. Dazu Robra: »Als Boss in allen wichtigen Ressorts

sage ich Euch: Wählt mich wieder, dann spart Ihr viel Geld. Wer mich nicht wählt, wird landesgesetzlich verpflichtet, im Dienste der Freundschaft zu Sachsen zehn sächsische Halloren, gefüllt mit Wasabi, plus zehn Portionen »Kötel mit Lehm und Stroh« (frisch vom Feld) innerhalb einer Viertelstunde runterzuwürgen, gölt mithilfe eines Liters Pisskosher Vodka.«

Istanbul: Ein 60 Kilo schwerer und tiefgefrorener Dönerspieß – eine solche Fracht dürfte noch nie an Bord einer deutschen Präsidentenmaschine gewesen sein. Als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit einem Airbus A350 der Flugbereitschaft der Bundeswehr in Istanbul landete, brachte er genau das mit – und den dazugehörenden Imbissbudenbesitzer. Beide wollen so in der Türkei für eine deutsche Spezialität werben und die von Freundschaft dominierten Beziehungen verdeutlichen. Der Döner besteht zu hundert Prozent aus echt westdeutschem Eulfleisch im Federmantel. Steinmeier: »Lasst uns Eulen nach Istanbul tragen.« Das zugehörige Gedicht, im Ullstein-Verlag erschienen, stammt von Jan Böhmermann. tg



KARIKATUR: OLI HILBRING/CATPRINT MEDIA GMBH

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10, 10115 Berlin
Telefon: 030.226 05 280
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geisler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P.),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Barbara Haack (Chefin vom Dienst),
Lisa Weber, Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Anna Göbel

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Martina Wagner
Telefon: 0941.945 93-35,
Fax: 0941.945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.